



4. Heft | 27. Februar 1913

EDUARD BERNSTEIN · PROBLEME DER BRITISCHEN ARBEITERPARTEI

1 · DER VERMEINTLICHE GRUNDFEHLER

AUF dem 13. Jahreskongreß der *Labour Party*, der vom 29. bis zum 31. Januar in London tagte, ist es zu verschiedenen bemerkenswerten Beschlüssen gekommen. Die *Labour Party* ist bekanntlich die umfassendste politische Organisation der britischen Arbeiterklasse. Ihr gehören fast alle Gewerkschaften des Vereinigten Königreichs, zwei der ausgesprochen sozialistischen Organisationen nationalen Umfangs (die *Independent Labour Party* und die *Fabian Society*) sowie noch allerhand Arbeitervereine an, die mit Gewerkschaftssektionen und Ortsmitgliederschaften der genannten beiden sozialistischen Vereine zu örtlichen oder Bezirksarbeitsparteien verbunden sind. Der Mitgliederzahl nach sind die angeschlossenen Gewerkschaften so überwiegend stärker als alle anderen Zweige der Partei, daß sie sie bei Abstimmungen nach dem Proportionalprinzip einfach erdrücken würden. Aber sie haben vom ersten Tag des Bestehens der Partei an nie einen derartigen Versuch gemacht. Vielmehr haben sie bei den Wahlen zum Vollziehungsausschuß der Partei den sozialistischen Gruppen stets mehr Vertreter eingeräumt als diesen zahlgemäß zugekommen wären. Überhaupt ist ein ernsthafter Konflikt zwischen dem Gros der Gewerkschaften und der Mehrheit der sozialistischen Mitglieder der *Labour Party* bisher nicht zu verzeichnen gewesen.

An Versuchen solchen hervorzurufen hat es freilich nicht gefehlt. Von Anfang an hatte die Arbeiterpartei einen verdrossenen Kritiker in der *Social Democratic Federation*, der sich bald die Mehrheit der um das Wochenblatt *Clarion* Robert Blatchfords sich gruppierenden sozialistischen Klubs und Zirkel zugesellte, und der der äußerste linke Flügel der angeschlossenen *Independent Labour Party* nicht selten sekundierte. Die Kritik hat zum Ausgangspunkt 3 Eigentümlichkeiten der Arbeiterpartei: ihre Programmlosigkeit, ihren sogenannten *Labourismus* und ihre politische Taktik. Alle Angriffe auf diese Partei, alle Verdächtigungen ihrer führenden Vertreter drehen sich um diese Punkte.

Nun kann, um mit dem ersten zu beginnen, die Programmlosigkeit einer politischen Partei sicher eine sehr üble Eigenschaft sein. Aber wenn, wie hier, die Partei ihrer Zusammensetzung und ihrem statutarisch fixierten Zweck nach selbst schon ein Programm darstellt, dann schrumpft die Lücke des fehlenden spezialisierten Programms sehr zusammen. Die Arbeiterpartei hat nach ihrem Statut den Zweck die Arbeitervertreter im Parlament zu einer von den bürgerlichen Parteien getrennten parlamentarischen Fraktion mit eigenem Einpeitscher zusammenzuschweißen. Eine solche Partei könnte reaktionär oder ein schwaches Rohr im Winde sein, wenn sie nur eine Handvoll Gewerkschaften umfaßte. Hier aber, wo sie Gewerkschaften mit zusammen nahezu 2 Millionen Mitgliedern, Gewerkschaften gelernter wie solche ungelerner Arbeiter repräsentiert, ist sie von vornherein selbst ein Programm. Denn als politische Potenz kann die Vertretung der Arbeiter aller Kategorieen gar nichts anderes sein als der Träger der demokratischen Forderungen für Staat und Gemeinde, für Wirtschaft und Recht. Wäre dem nicht so, so würde damit der Marxschen Geschichts- und Gesellschaftstheorie ein tödlicherer Stoß gegeben sein als ihn ihr die scharfsinnigste Kritik versetzen könnte, und es ist der Humor der Sache, daß die Übertreibung der Nachteile der Programmlosigkeit der Arbeiterpartei ganz besonders von Leuten ausgeht, die sich in England als die Oberweisen der marxistischen Wissenschaft gebärden. *Luci a non lucendo.*

Auch die Kritiken des *Labourismus* der Arbeiterpartei sind wenig stichhaltig. Man versteht unter diesem Begriff das Ablehnen jeder andern Bezeichnung der Parteistellung als die Worte *Labour man* oder *Labour Party* und das Anerkennen von keinen anderen Ideen als denen der Arbeiterklasse und von keinen anderen Kandidaten als denen der Arbeiterschaft. Hinter dem einen kann sich unzweifelhaft ein arger Opportunismus, hinter dem andern ein beschränkter Kultus der *schwierigen Faust* bergen, und an Elementen, auf die das eine oder das andere zutrifft, wird es in den Reihen der Gewerkschaften auch nicht fehlen. Wie stark bis in die jüngste Zeit hinein englische Gewerkschaften gelernter Arbeiter zünftlerischen Tendenzen unterworfen waren, ist bekannt. Es wäre also nicht gerade ein Wunder, wenn sich Widerspiegelungen von diesen auch in der Politik der *Labour Party* geltend machen würden. Faktisch sind es jedoch nicht Kundgebungen dieser Art, die jenen Kritiken zugrunde liegen. Die Gegnerschaft gegen den *Labourismus* geht teils von Sozialisten in mehr oder weniger bürgerlicher Lebensstellung aus, von Beamten, Künstlern, Schriftstellern, Lehrern und dergleichen, die sich sozial nicht der Lohnarbeiterschaft zurechnen und deshalb am Begriff *Arbeiterpartei* als zu eng Anstoß nehmen; wobei vielen der Gedanke vorschwebt, der Sozialismus müsse in erster Linie sich als Kulturbewegung bezeichnen. Teils ist sie Ausfluß von mehr oder weniger utopistisch-sektiererhafter Auffassung des Sozialismus und der politischen Aufgaben der sozialistischen Parteien. Das zeigt sich deutlich, wenn man die Angriffe dieser Elemente auf die politische Taktik der Arbeiterpartei heranzieht.

Die Politik der Arbeiterpartei ist nämlich ihren Kritikern im sozialistischen Lager nicht zu viel sondern zu wenig sektiererhaft, nicht zu viel sondern zu wenig ungeschlacht, nicht zu viel sondern zu wenig Politik der *schwierigen Faust*, nicht zu beengt sondern zu weit umfassend. Oder, mit anderen

Worten, nicht zu wenig sondern zu viel die Politik der Partei eines Kulturideals. Alle Angriffe, die von den oben bezeichneten Sozialisten gegen die Arbeiterpartei geschleudert worden sind, und von denen verschiedene in den Organen unseres deutschen *Radikalismus* ihr Echo gefunden haben,¹⁾ stellen sich bei näherer Prüfung als Ausflüsse solcher Anschauungen heraus. Die auf dem diesmaligen Kongreß der Arbeiterpartei gegen deren Politik zum besten gegebene Kritik macht davon keine Ausnahme.

2) DIE PARLAMENTARISCHE SITUATION

AIE Stellung der *Labour Party* im Parlament ist durch die Eigentümlichkeiten des englischen Parlamentarismus bestimmt. Die Fraktion der Arbeitervertreter sieht sich zwei großen, auf einen Riesenapparat politischer Bearbeitung gestützten Parteien gegenüber, die einander in der Herrschaft ablösen. Wie soll sie sich zu ihnen verhalten, nach welchen Regeln soll sie bei entscheidenden Abstimmungen ihre Stimmen in die Wagschale werfen? Von radikaler Seite wurde seinerzeit folgende Formel aufgestellt: Da beide Parteien kapitalistisch sind, immer sich in Opposition gegen diejenige Partei verhalten, die gerade an der Regierung ist! Eine Formel von wahrhaft bezaubernder Einfachheit, ohne Zweifel. Schade nur, daß es so etwas wie eine Entwicklung der Dinge und Menschen gibt, und daß die Wirklichkeit des politisch-sozialen Lebens ganzer Nationen sich nicht nach so einfacher Schablone abspielt. In obiger Weise angewendet, wird der Begriff *kapitalistisch* zum wirksamen Mittel, das Bild der tatsächlichen Entwicklung mit einem mystischen Schleier zu umgeben, der ein rationelles Urteil über sie und damit eine rationelle Politik unmöglich macht. Die Übereinstimmung der beiden großen Parteien in Sachen des Kapitalismus ist so weit vorhanden, um der Arbeiterklasse es zum Gebot zu machen jeder von ihnen gegenüber ihre geistige und politische *U n a b h ä n g i g k e i t* zu wahren. Sie geht aber nicht weit genug, um irgendeiner Partei der Arbeiter, wie immer sie sich nennen mag und welches auch ihr Programm sei, die Ignorierung der großen Unterschiede zu erlauben, die der Sammelbegriff *kapitalistische Gesellschaftsordnung* verdeckt. Denn diese Ignorierung hieße Ignorierung und damit Vernachlässigung, je nachdem sogar direkte Schädigung derjenigen großen Interessen, die die Arbeiter noch auf dem Boden dieser Wirtschaftsordnung wahrzunehmen haben.

Ein solches wichtiges Interesse der Arbeiter stand auf dem Spiel, als in der Wintersession 1905-1906 die liberale Partei in England ans Ruder kam. Der Entscheid des höchsten Gerichtshofes in der Angelegenheit des Prozesses der *Taffaleisenbahngesellschaft* gegen den Eisenbahnvorstand hatte den Gewerkschaften eine zivilrechtliche Haftbarkeit für Streikschäden auferlegt, die sie in ihren gewerkschaftlichen Aktionen lahmzulegen drohte. Beseitigung dieser Fessel war Lebensfrage für diese wichtigen Organe der kämpfenden Arbeiterschaft, und die liberale Partei übernahm es durch ein Gesetz den Gewerkschaften die gefährdete Freiheit zurückzugeben. Damals war das

¹⁾ Bezeichnend ist dafür aus allerjüngster Zeit ein Artikel der *Leipziger Volkszeitung* vom 18. Februar über die Haltung der *Labour Party* in der *Osbornefrage*. Es wird darin der Arbeiterpartei (seines Zurückweichen) vorgeworfen, wobei aber verschwiegen wird, daß ihre Fraktion nur 40 unter 670 Abgeordneten stark ist, also nur mäßigen parlamentarischen Einfluß ausüben kann.

Stimmenverhältnis im Parlament ein solches, daß die Arbeiterpartei sich den Luxus einer absoluten Opposition hätte leisten können, ohne das Zustandekommen jenes Gesetzes zu gefährden. Aber es wäre eine erbärmliche Komödie gewesen, die vor der Frage nicht Stand gehalten hätte, wie sich die Arbeiterpartei verhalten würde, wenn das Schicksal jenes Gesetzes von ihren Stimmen abhinge. In Wirklichkeit war die Haltung der Arbeiterpartei zugleich wirksamer und würdiger. Die Partei bewies ihre Unabhängigkeit dadurch, daß sie ihre Zustimmung zu dem Gesetz davon abhängig machte, daß auch diejenigen Bestimmungen des liberalen Gesetzentwurfs, die eine Haftung der Gewerkschaften für von ihnen offiziell angeordnete Maßnahmen beibehalten wollten, aus dem Gesetz entfernt würden, und dadurch deren Streichung erzielte.

Seitdem haben zwei allgemeine Neuwahlen die liberale Mehrheit erheblich reduziert. Säßen die Irländer nicht im Hause der Gemeinen, so würde die Fraktion der Arbeiterpartei das Zünglein an der Wage der beiden großen Parteien bilden. Ja, da die Liberalen mit den irischen Nationalisten zusammen jetzt nur etwa 80 Stimmen mehr zählen als die unionistische Koalition, können unter Umständen (zum Beispiel wenn eine nennenswerte Anzahl Liberaler sich vom Gros der Partei trennt, wie das bei dem Gesetz über die Entstaatlichung der anglikanischen Kirche in Wales geschehen ist) die Arbeiterpartei durch Stimmen mit den Unionisten die jetzige Regierung in die Minderheit bringen. Und jedenfalls ist es für sie nicht unmöglich die Obstruktionsmanöver der Unionisten gegen die Gesetzesvorlagen der Liberalen so erfolgreich zu gestalten, daß diese dadurch parlamentarisch gelähmt, zum *Pflügen von Sand* verurteilt würden.

Aber was wäre für die sozialistische Propaganda in England, was für die britischen Arbeiter als Klasse erreicht, wenn die Fraktion der Arbeiterpartei diese Politik befolgte? Die Gesetzgebung der Liberalen bewegt sich im ganzen auf der Linie der politischen und wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterklasse. Sie bleibt zwar in vielen Punkten hinter den Forderungen der sozialistisch denkenden Arbeiterschaft zurück und weicht auch in Einzelheiten von ihnen ab. Aber der Grundgedanke aller von der liberalen Regierung eingebrachten politischen und wirtschaftspolitischen Gesetzesvorlagen entspricht dem Gegenwartsprogramm der Sozialdemokratie. Dagegen ist die Opposition der konservativ-unionistischen Koalition gegen diese Vorlagen durchaus reaktionär. Es gibt kein einziges Gebiet der Gesetzgebung, auf dem diese Koalition heute fortschrittlichere Ideen vertritt als die Liberalen. Die Zeiten sind vorbei, wo die englischen Konservativen, was Fabrikgesetzgebung und sonstigen Arbeiterschutz anlangt, kühner waren als die Liberalen oder es unter einem schlaun Führer fertig brachten sie in der Frage der Wahlreform zu schlagen. Heute ist ihre Politik in dieser Hinsicht nur noch aufs Hemmen und Verwässern gerichtet, und die einzige Lockspeise, die sie den Arbeitern anbieten, ist der Schutzzoll. Sturz der Liberalen, um die Konservativen ans Ruder zu bringen, hieß also die Verwirklichung politischer Reformen hinausschieben und einer Zollpolitik die Tür öffnen, die für Englands kleine Industrien von zweifelhaftem Nutzen, für Englands große Stapelindustrien aber von großem Nachteil sein würde.

Die Arbeiterpartei kann daher jene Politik nicht betreiben, ohne die Gegen-

wartsinteressen der englischen Arbeiter schwer zu schädigen. Aber sie würde mit ihr auch der sozialistischen Propaganda schwere Wunden schlagen. Es mag einzelnen liberalen Führern schwer ankommen die Süßigkeiten des Minister- usw. Postens entbehren zu müsse., aber den Liberalen als Partei könnte gar nichts Willkommeneres geschehen als daß die Arbeiterpartei einschließlich ihrer erklärt sozialistischen Mitglieder den Konservativen in deren Kampf um die Herrschaft Beihilfe leistete. Sie wären auf lange Zeit hinaus der Konkurrenz der Arbeiterpartei und der Sozialisten bei den Wahlen so gut wie enthoben. Hat diesen bisher schon der Vorwurf, daß sie durch Zersplitterung der Stimmen der reformfreundlichen Wähler die Geschäfte der Konservativen besorgten, den Wahlkampf Liberalen gegenüber ungemein erschwert, so würden nach einer solchen Aktion die Aussichten der Kandidaten der Arbeiterparteien im Wahlkampf sich dem Nullpunkt nähern. Der Wähler zum englischen Parlament hat zu entscheiden, welche Partei oder Parteikoalition regieren oder nicht regieren soll. Für diese Frage kommen die Parteien der Arbeiterklasse aber noch nicht in Betracht. Will der Wähler verhindern, daß die Konservativen ans Ruder kommen oder am Ruder bleiben, so muß er für deren entschiedenste Gegner stimmen, und als das würden bei solcher Taktik der Arbeiterpartei in den Augen aller Wähler, die nicht zum engen Kreis der organisierten Sozialisten und der zu ihnen haltenden Arbeiterpartei gehören, nur noch die Liberalen und ihre Verbündeten gelten. Die Arbeiterparteien würden von den einen als von den Konservativen gekauft, von den anderen als Werkzeuge unpraktischer Utopisten und politischer Abenteurer betrachtet werden. Solchen Parteien seine Stimme geben heißt aber in einem parlamentarisch regierten Land wie England und unter einem Wahlsystem wie das englische, bei dem das relative Mehr über das Mandat entscheidet, seine Wahlstimme wegwerfen. Für eine vernunftgemäß handelnde Partei ist daher jene simplistische Taktik eine politische Unmöglichkeit.

3 · DER SCHATTEN PARNELLS

WIE können aber englische Sozialisten sich für ein Verhalten der Arbeiterpartei erwärmen, das in seinen Konsequenzen auf jene Schablone hinausliefere? Dies ist wesentlich darauf zurückzuführen, daß die Erinnerung an den Erfolg, den der Führer der irischen *Homerule*partei, Parnell, in den achtziger Jahren des abgelaufenen Jahrhunderts durch eine ähnliche Taktik erzielte, vielen diese Politik als mustergültig erscheinen läßt. Parnell gab bei der Wahl von 1885 für seine Partei die Parole aus gegen die Liberalen zu stimmen, und erzielte dadurch eine solche Verschiebung im Stimmenverhältnis der Parteien, daß seine Fraktion in der Tat zwischen Liberalen und Konservativen die Entscheidung in die Hand bekam. Es standen nämlich nach der Wahl von 1885 331 Liberalen 267 Konservative gegenüber, mit den 82 irischen Nationalisten hätten die Konservativen also über 349 Stimmen verfügt und eine liberale Regierung unmöglich machen können. Dieser Konstellation wird es zugeschrieben, daß Gladstone sich plötzlich entschloß das *Homerule*programm Parnells zu akzeptieren. Wenn also die Arbeiterpartei es wie Parnell macht, folgern viele, so wird sie den Liberalen viel weitergehende Reformen abpressen können als bei ihrer jetzigen Taktik.

So einleuchtend diese Folgerung auf den ersten Blick erscheint, als so beweisunkräftig erweist sie sich bei näherer Prüfung. Es ist wie mit dem Geschrei unserer deutschen Nationalliberalen nach der Politik Bismarcks. Diese Leute blendet der Erfolg der Bismarckschen Draufgängerei. Aber man weiß, an wie wenig es hing, daß diese Draufgängerei im Jahr 1866 fehlschlug. Bismarcks damaliges Spiel war, wie er selbst offen ausgesprochen hat, ein *Va banque*. Wären die Preußen in Böhmen von den Österreichern geschlagen worden, was durchaus im Bereich der Möglichkeit lag, ja, wäre es den Österreichern nur gelungen den Krieg lange hinzuziehen, dann war es um den Weltruhm Bismarcks geschehen, er stünde in der Geschichte als der abenteuernde Politiker da, als den ihn unsere Liberalen bis dahin befehdet hatten. Daß er mehr war als das, bewies er vielmehr durch seine kluge Mäßigung Österreich gegenüber nach dem Sieg der preußischen Waffen. Auch Parnells politische Kunst bestand darin, daß er Energie und Mäßigung zu verbinden verstand. Er kämpfte für eine begrenzte nationalpolitische Forderung, für die er derjenigen englischen Partei, die sich zu ihrer Bewilligung entschließen wollte, die Stimmen seiner Partei durch dick und dünn zur Verfügung zu stellen bereit war. Was denn auch sein Schüler und Nachfolger John Redmond jetzt vollzogen hat. Wie aber zur 1866er Politik eines Bismarck nicht nur ein Mann seines Kalibers sondern auch seine damalige Situation und Ziele gehören, so auch zur 1885er Politik eines Parnell dessen damalige Situation und Ziele. Wer der Arbeiterpartei die Politik Parnells zum Muster setzt, der muß logischerweise dafür eintreten, daß sie, wie Parnell, ihre Ziele einschränkt und gleich ihm sich bereit erklärt ein festes Bündnis mit derjenigen Partei einzugehen, die diese Ziele auf ihr Aktionsprogramm setzt. Weder das eine noch das andere wollen aber die sozialistischen Kritiker der Arbeiterpartei. Sie muten dieser zu ein Stück der Politik Parnells nachzumachen und dann von dem Ergänzungsstück abzusehen, das dem andern Stück Sinn und Zweck gab. Sie bezeichnen es als einen Beweis für die Fehlerhaftigkeit der Taktik der Arbeiterpartei im Parlament, daß sie von den Liberalen nicht einmal so viele Zugeständnisse erlangt habe wie die irischen Nationalisten, deren Forderung die Liberalen jetzt wieder eine ganze Session geopfert haben. Worauf ihnen vor einiger Zeit in der *Socialist Review* treffend erwidert wurde: Gerade weil die Arbeiterpartei sich unabhängig von den Liberalen hält, weil sie mit ihnen keinen Bund eingegangen ist, konnte sie ihnen nicht in gleicher Weise Bedingungen stellen wie die irischen Nationalisten. Es gehört in der Tat kein übermenschlicher Grad von Logik dazu zu begreifen, daß die Politik der Partei der Arbeiterklasse, deren Aufgaben sich nicht in einigen wenigen Änderungen der Gesetzgebung erschöpfen sondern auf eine soziale Neuordnung der Gesellschaft abzielen, eine ganz andere sein muß als die Politik einer nationalistischen Partei, die vom Reichsparlament nur einen bestimmten Grad nationaler Selbstregierung verlangt.

Wie sehr aber die Erinnerung an die Taktik Parnells von 1885 und ihren unmittelbaren Erfolg noch in sozialistischen und sonstigen radikalreformistischen Kreisen nachwirkt, haben der Fall Lansbury und die Agitation der als *Suffragettes* bezeichneten Frauenrechtlerinnen gezeigt, die beide den Parteitag der Arbeiterpartei beschäftigt haben.

Der Fall Lansbury kam als Frage der Parteidisziplin vor den Kongreß. George Lansbury, ursprünglich Mitglied der *Social Democratic Federation* und dann der *Independent Labour Party*, hat, wie man weiß, vor etlichen Monaten plötzlich ohne jede Rücksprache mit seinen Kollegen sein Mandat als Abgeordneter für Bow und Bromley (Ostlondon), das ihm seinerzeit als Kandidaten der Arbeiterpartei zu teil geworden war, niedergelegt, um sich von den Wählern die Erlaubnis zu erwirken fortan ohne Rücksicht auf die Fraktionsbeschlüsse der Arbeiterpartei und gegebenenfalls gegen sie im Parlament nach seinem Ermessen zu kämpfen. Insbesondere wollte er das Recht haben gemäß der Parole der *Suffragettes* so lange mit der konservativen Opposition bei jeder Gelegenheit gegen die liberale Regierung zu stimmen, bis diese eine den Forderungen der *Suffragettes* entsprechende Frauenwahlrechtsvorlage als Regierungsantrag eingebracht und durch das Haus gepeitscht hätte. Das hätte geheißen, alle anderen von der Arbeiterpartei als notwendig anerkannten Reformmaßregeln der einen Frauenwahlrechtsfrage unterordnen und würde, da sich dafür in der Fraktion der Arbeiterpartei keine Mehrheit fand, unter Umständen Lansbury auch gestattet haben der Arbeiterpartei in den Rücken zu fallen. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß auch die Gesetzesvorlage, die den Gewerkschaften das ihnen durch das Erkenntnis im Osborneprozess genommene Recht politischer Betätigung wiedererstatten sollte, eine Regierungsvorlage war.

In Deutschland würde ein Vorgehen, wie das Lansburys, unzweifelhaft zur Folge gehabt haben, daß die Partei dem aus ihrem Verband Ausgeschiedenen bei der Nachwahl einen Gegenkandidaten gegenüber gestellt hätte. Unter viel weniger provozierenden Umständen hat die Partei zum Beispiel im Jahr 1884 es dem alten Rittinghausen gegenüber so gehalten. Ein gleiches Vorgehen verbot sich in England der Arbeiterpartei aus verschiedenen Gründen. Sie stellte Lansbury keinen Gegenkandidaten gegenüber sondern verkündete nur, daß sie seine neue Kandidatur nicht unterstützen könne. 4 seinerzeit als Kandidaten der Arbeiterpartei gewählte Abgeordnete, nämlich O'Grady, Keir Hardie, Snowden und Thorne, begnügten sich jedoch nicht damit sondern wirkten in Wahlversammlungen direkt für die Wiederwahl Lansburys. Dies schien nun dem Vollziehungsausschuß der Arbeiterpartei jedem noch so bescheidenen Maß von Parteidisziplin zu widersprechen. Er machte die Organisationen, als deren Mitglieder die Genannten zugleich Mitglieder der Arbeiterpartei sind, auf dies Verhalten aufmerksam. Außerdem beantragte er auf dem Parteitag dem Paragraphen im Statut der Partei, der vom Verfahren gegenüber Parlamentsmitgliedern handelt, die sich illoyaler Handlungen gegen die Partei schuldig machen, eine solche Form zu geben, daß er ausdrücklich Zuwiderhandlungen gegen die in Parteibeschlüssen niedergelegten Grundsätze und politischen Richtlinien der Partei sowie beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse der Fraktion treffe.

Die Debatten des Parteitags über diese Angelegenheit gestalteten sich sehr lebhaft. Thorne, der Mitglied der *British Socialist Party* ²⁾ ist, kämpfte gegen Bericht und Antrag des Vollziehungsausschusses mit Ausfällen an, die viele

²⁾ Über die Gründung dieser Partei siehe Glasier *Die angebliche neue Einigung der englischen Sozialisten in den Sozialistischen Monatsheften*, 1911, 3. Band, pag. 1530 ff.

Unterbrechungen hervorriefen. Er bezeichnete ihn als einseitig gegen den radikalen Flügel der Partei gerichtet, der in der Fraktion in der Minderheit sei, während Verstöße von Fraktionsmitgliedern, die zur liberalen Partei hinneigten, ungerügt blieben. Von den 40 Mitgliedern der Fraktion der Arbeiterpartei seien 27, erklärte er, überhaupt keine Sozialisten, daher sei es für die 13 erklärten Sozialisten ganz unmöglich sich mit jenen zu identifizieren, besonders wo ökonomische Fragen in Betracht kämen. In Fragen wie Weltlichkeit der Schule zum Beispiel würde keine Verständigung zu erzielen sein. Der radikale Flügel der Partei habe Anspruch auf größere Freiheit in der Verfechtung seiner Grundsätze. Den stärksten Widerleger seiner Behauptungen fand Thorne in Anderson vom Vollziehungsausschuß der *Independent Labour Party*. Anderson stellte fest, daß von den furchtbaren Gegensätzen, die nach Thorne in der Fraktion der Arbeiterpartei herrschten, in der Praxis blutwenig zutage getreten sei. In theoretischen Fragen würden die Gewerkschaftsvertreter wahrscheinlich nicht alles unterschreiben, was von den Sozialisten vorgebracht werde, bei praktischen Maßnahmen zur Hebung der Arbeiterklasse habe sich dagegen überhaupt kein Gegensatz herausgestellt. Den sozialistischen Mitgliedern der Fraktion sei von dem gewerkschaftlichen Flügel niemals das geringste Hindernis in den Weg gelegt worden, wenn sie sozialistische Erklärungen im Parlament abgaben, mochten die Reden noch so radikal lauten. Nicht einen Fall, der für das Gegenteil zeugte, könne Thorne zitieren. Die vorgeschlagene Statutenänderung wende sich gegen keine einzelne Richtung in der Partei sondern treffe alle. Sie bedeute keinerlei Gesinnungszwang. Sie verlange nur das Mindestmaß von Loyalität und Disziplin, ohne das Parteien überhaupt nicht bestehen könnten. Diese Ausführungen schlugen durch. Mit allen gegen etliche 20 Stimmen nahm der Parteitag den Antrag des Ausschusses an. Man kann auch wirklich nicht sagen, daß er Unbilliges forderte. Er schreibt keinerlei unbedingte Unterwerfung unter Mehrheitsbeschlüsse vor sondern legt nur die Bedingungen kollegialen Zusammenarbeitens fest. Um so bemerkenswerter, daß er gerade von Angehörigen jener sozialistischen Richtung bekämpft wurde, deren Vertreter sonst am schnellsten mit Exkommunikationen bei der Hand sind.

4 · DER "IMPOSSIBILISMUS" UND DIE ARBEITERPARTEI

NICHT erfolgreicher waren die Vertreter des extremen Flügels mit einem Antrag, der der Parlamentsfraktion der Arbeiterpartei ungenügende Wahrnehmung der Arbeiterinteressen vorwarf. Es lohnte nicht der Mühe ihn zu erwähnen, wenn er nicht in einem Teil der deutschen Partei als Zeichen einer weitverbreiteten Unzufriedenheit mit der Arbeiterpartei bezeichnet worden wäre. Sein Schicksal war ein glänzendes Vertrauensvotum für die angeschuldigte Fraktion. Ihre Mitglieder Henderson und Smillie (der letztgenannte ein sehr entschiedener Sozialist) bewiesen an so vielen Beispielen, daß die Arbeiterfraktion beständig auf der Wacht gewesen ist, wo es galt Arbeiterinteressen wahrzunehmen, sie konnten so überzeugende Dankeserklärungen von Gewerkschaften für die Hilfe, die ihnen die Fraktion bei den großen Streiks geleistet, erbringen, daß sich, obwohl die Verfechter des beantragten Tadelsvotums das letzte Wort hatten, schließlich von über 500 Delegierten

nur ganze 14 fanden, die dafür stimmten. Diese Niederlage auf dem Parteitag, wo ihre Schlagworte vor der Wucht der Tatsachenbeweise zerschellten, wird freilich die Anfeinder der Arbeiterpartei nicht abhalten den Feldzug der Verdächtigungen fortzusetzen.

Ein anderer Antrag wollte den Kandidaten der Arbeiterpartei vorschreiben bei Wahlen die Unterstützung von allen Personen zurückzuweisen, die nicht Mitglieder der Arbeiterpartei seien. Ihm liegen Vorkommnisse zugrunde, die man gewiß nicht als normal bezeichnen kann, die sich aber aus der Jugend und dem föderativen Charakter der Arbeiterpartei erklären und nur durch Aufklärungsarbeit zu überwinden sind. Der Antrag aber schüttet das Kind mit dem Bad aus. Nach ihm würde zum Beispiel in einem Wahlkreis, wo dem Arbeiterkandidaten nur noch ein konservativer Kandidat gegenübersteht, den Liberalen, die ihre Wähler auffordern wollen für den Arbeiterkandidaten zu stimmen, fortan nicht mehr zu gestatten sein dies von der Tribüne der Arbeiterpartei herab zu tun. Trotz ziemlich plausibler Begründung, die sich auf Vorkommnisse der vorbezeichneten Art stützte, wollte der Parteitag von einem so weitgehenden Verbot nichts wissen und ging über den Antrag zur Tagesordnung über.

Ein weiteres Verbot beantragte der Arbeiterwahlbund von South Lambeth (Südlondon). Danach sollte keinem Abgeordneten oder Beamten der Arbeiterpartei mehr gestattet sein von einer der beiden bürgerlichen Parteien ein bezahltes Staatsamt anzunehmen, und Zuwiderhandlungen sollten mit Ausstoßung aus der Partei bestraft werden. Auch für diesen Antrag konnten allerhand einleuchtende Argumente ins Feld geführt werden. In Ländern mit völlig parlamentarischer Regierung verfügen die großen bürgerlichen Parteien, sobald sie an der Regierung sind, über allerhand Staatsämter und damit auch über große Mittel politischen Gesinnungskaufs. Daß die Arbeiterpartei sich gegen Korruption ihrer Mitglieder zu sichern suchen muß, ist selbstverständlich. Aber schwerlich ist ein Verbot so genereller Art, das die verschiedensten Dinge durcheinanderwirft, das richtige Abhilfsmittel. Die Posten, um die es sich da handelt, sind zum Teil solche, an deren Besetzung durch Personen aus ihren Reihen die Arbeiter ein sehr starkes Interesse haben können. Auch wird ein Verbot wie das vorerwähnte niemals die Wirkung haben, daß sich keine Leute finden jene Posten zu übernehmen. Es kann nur bewirken, daß diese entweder von Leuten außerhalb der Arbeiterbewegung oder von Leuten besetzt werden, die sich durch die Übernahme dem Vorwurf des Renegatentums aussetzen. Daß dies ein materieller Vorteil für die Arbeiterpartei sei, wird niemand behaupten wollen. Aber auch der moralische Vorteil eines solchen Zustands ist sehr zweifelhaft. Immer offenbart sich in einem solchen Verbot ein Mangel an Zuversicht in die innere Kraft der eigenen Bewegung. Von viel größerer Kraft einer Partei zeugt es, wenn sie, statt absoluter Verbote, bestimmte Normen für die Annahme solcher Stellungen festsetzt, zum Beispiel für den Fall der Annahme die vorherige Verständigung mit der Partei vorschreibt. Dadurch, daß man diejenigen, die staatliche Ämter übernehmen, in der Arbeiterpartei festhält, arbeitet man der korumpierenden Wirkung der Übertragung dieser Ämter viel stärker entgegen als dadurch, daß man über die Ämter die Inschrift setzt *Nur für Gesinnungslumpen zugänglich*. Der Antrag wurde denn auch mit

erdrückender Mehrheit abgelehnt, wozu namentlich die Feststellung beitrug, daß nach ihm selbst ein Mann wie MacDonald aus der Partei ausgestoßen werden müßte, da er zurzeit als Mitglied der großen Untersuchungskommission über die Verwaltung Indiens ein vom Staat bezahltes Amt bekleidet.

5 · DER EINFLUSS DER FRAUENRECHTLER



LS einen Beschluß, der leicht verhängnisvoll werden kann, muß man die Annahme eines Zusatzantrags zu einer Resolution für das Frauenwahlrecht bezeichnen, der die Arbeiterfraktion des Parlaments verpflichtet jeder Wahlreformvorlage der Regierung Widerstand entgegenzusetzen, die nicht die Gewährung des Frauenwahlrechts einschließt. Soll er nämlich heißen, daß die Abgeordneten der Arbeiterpartei die Annahme jeder Vorlage vereiteln sollen, die nicht das Frauenwahlrecht bringt, dann kann er die Wirkung haben der Ungeduld der Frauenrechtler sehr wichtige Interessen der Arbeiterschaft aufzuopfern.

Die Wahlreformfrage dreht sich zurzeit in England um 4 Punkte:

1. Beseitigung des Pluralwahlrechts, das in einer größern Zahl von Wahlkreisen die Liberalen und die Arbeiter benachteiligt.
 2. Beseitigung der großen Ungleichheit der Wahlkreise, die ebenfalls die Arbeiterpartei benachteiligt.
 3. Beseitigung des jetzigen hohen Aufenthaltszensus, infolgedessen gegen 3 Millionen Männer (überwiegend Arbeiter), die das Wahlalter erreicht haben, noch vom Wahlrecht ausgeschlossen sind.
 4. Ausdehnung des Wahlrechts zum Parlament auf das weibliche Geschlecht.
- Punkt 1 und 3 sind Maßregeln, deren Durchführung ganz unzweifelhaft eine Verstärkung des politischen Einflusses der Arbeiterklasse bedeuten würde. Von der Verleihung des Wahlrechts an die Frauen kann das gleiche nicht gesagt werden. Die Frauen sind keine soziale Klasse im ökonomischen Sinn dieses Wortes, sie gehören den verschiedensten Gesellschaftsschichten an. Es ist daher der größte Widersinn die Beseitigung des Pluralwahlrechts und des Aufenthaltszensus aus dem jetzigen Wahlrecht als ein Interesse der Männer im Gegensatz zum Interesse der Frauen hinzustellen, wie das nicht nur die hektischen Frauen, die sich *Suffragettes* nennen und deren schiefe Logik das ganze Frauenwahlrecht *ad absurdum* führen könnte, sondern erstaunlicherweise auch sonst sehr vernünftige Sozialisten Englands heute tun. Wenn jene Frauenrechtler rufen, man dürfe nicht noch mehr Männern das Stimmrecht geben, bevor auch die Frauen es haben, so geben sie damit zu erkennen, daß ihnen das Interesse ihres Geschlechts über dem großen sozialen Interesse steht, das die Arbeiterklasse ohne Unterschied des Geschlechts an der Befähigung des Wahlprivilegiums der Begüterten hat. Wenn aber Sozialisten in den gleichen Ruf einstimmen, dann lassen sie sich von einem an sich edlen Gefühl zu einer großen Donquixoterie hinreißen. Denn der Effekt dieses Rufes würde nicht der sein, daß das Frauenwahlrecht nun kommt, sondern nur der, daß die Demokratisierung des Wahlrechts verschleppt wird. Die Ausdehnung des Stimmrechts auf 3 Millionen Männer, die es bisher nicht hatten, heißt nicht Vermehrung des Stimmrechts der Männer als Geschlecht sondern Verminderung der Stimmenmacht einer Klasse bisher privilegierter Männer.

Die Politik der besagten Frauenstimmrechtler ist nach dem Schema der Politik Parnells gemodelt. Sie betreiben den Sturz der liberalen Regierung, weil diese ihnen nicht zu Willen ist. Daß dieser Sturz die Konservativen ans Ruder bringen muß, kümmert sie nicht. Sie lassen sich auch dadurch nicht beeinflussen, daß von den konservativen Parlamentariern höchstens ein Drittel, von den liberalen Parlamentariern aber über zwei Drittel erklärte Anhänger des Frauenstimmrechts sind. Ihre Berechnung ist die folgende: Sobald die Liberalen nur erst wieder außer Amts seien, werde deren Sehnsucht nach den Fleischtöpfen der Regierungsherrlichkeit so groß werden, daß sie, nun durch die Tatsachen belehrt, daß die Frauen eine politische Macht sind, ohne die der Wiedergewinn einer regierungsfähigen Parlamentsmehrheit für sie nicht zu erreichen ist, das Frauenstimmrecht in ihr offizielles Aktionsprogramm aufnehmen und sich damit zu dessen Durchführung verpflichten werden. So sei es mit *Homerule* gegangen, und so werde es auch hier gehen. Überdies sei es nicht unmöglich, daß unter den gegebenen Umständen schon die Konservativen, wenn sie zur Herrschaft gelangten, wenigstens ein partielles Frauenwahlrecht einführen würden. Vom Standpunkt derjenigen, für die vor der Frage des Frauenwahlrechts alle anderen Fragen der Zeit in nichts versinken, ist diese Berechnung verständlich genug. Es ist in der Tat nicht unmöglich, daß die englischen Konservativen, sobald sie über die Mehrheit verfügen, ein beschränktes Frauenwahlrecht zur Verwirklichung bringen werden. Ein solches kann ja leicht so eingerichtet werden, daß es die Herrschaft der konservativ-unionistischen Koalition auf lange hinaus befestigt. Aber weil dem so ist, ist es mehr als fraglich, ob die Arbeiterpartei diese Politik würde mitmachen können, würde mitmachen dürfen. Denn sie hieße nicht nur auf lange hinaus die Demokratisierung des Wahlrechts vertagen, sie hieße auch sich mitverantwortlich machen für die Realisierung der weltpolitischen und handelspolitischen Pläne der Konservativen.

Vor dieser bedeutungsvollen Entscheidung steht jetzt die Arbeiterpartei. Nicht ohne starke Opposition ist der obenerwähnte Zusatzantrag auf ihrem Parteitag zur Annahme gelangt. Er erzielte bei Abstimmung nach der Stärke der vertretenen Organisationen 850 000 gegen 437 000 Stimmen, also nur knapp eine Zweidrittelmehrheit, und auch dies nur dank der hinreißend feurigen Rede Philip Snowdens, der das Schlußwort hatte und alle edlen Gefühle, die der Arbeiter für politisch Rechtlose hegt, für die Sache des Frauenstimmrechts aufrief. Die Annahme des Antrags war das Produkt einer hochherzigen Gemütsaufwallung. Die weiterreichenden großen politischen Konsequenzen des Beschlusses waren dagegen auf dem Parteitag gar nicht in Erwägung gezogen worden. Je deutlicher sie sich abzeichnen, um so mehr wird an die Arbeiterpartei die Notwendigkeit herantreten die Frage in Wiedererwägung zu ziehen. Schon hat der in einem Bergarbeiterwahlkreis Lancashires gewählte Arbeiterabgeordnete Stephen Walsh, der auf dem Parteitag vergeblich gegen den Antrag angekämpft hatte, seinem Wahlausschuß sein Mandat zur Verfügung gestellt, falls ihm nicht gestattet werde entgegen jenem Beschluß für die liberale Wahlreform zu stimmen. Der Schritt ist ein Gegenstück zum Fall Lansbury. Allerdings mit dem Unterschied, daß Lansbury ohne Rücksprache mit irgend jemand sein Mandat niedergelegt hatte, Walsh aber sich an den Wahlausschuß wendet, der ihn in das Parlament entsandt hat. Wie, wenn dieser ihm die geforderte Erlaubnis

gibt? Lansbury mag einem schönen Gefühl gefolgt sein, aber die größere politische Logik ist ohne Zweifel auf der Seite des Walsh.

Das Frauenstimmrecht ist eine große Sache, aber es ist nicht die Frage aller Fragen. In keinem Großstaat Europas ist es als Stimmrecht zum Parlament seiner Verwirklichung näher als in England, in keinem ist es in den Lokalverwaltungen stärker verwirklicht als hier, in keinem ist daher die Ungeduld seiner Anhänger weniger berechtigt als hier. Sie hat hier vom Standpunkt sozialistischer Reformpolitik um so weniger Anspruch auf Berücksichtigung, als sie mit dem Anspruch auftritt, ihr müsse jede andere Reform geopfert werden. Die Bewegung der *Suffragettes* ist nicht so sehr ein Kampf um die Sache als ein Kampf um das *Datum*. Die Demokratisierung des jetzigen Wahlrechts ist dagegen die sicherste Vorstufe für die Verwirklichung eines Frauenwahlrechts, das kein Klassenprivilegium einer Minderheit der Frauen ist.

XX
**ROBERT SCHMIDT · DAS THEATERGESETZ-
 PROJEKT**

REKANNTLICH hat die Regierung vor kurzem den Entwurf eines Theatergesetzes zur Diskussion gestellt, in dem eine Reihe von Wünschen aus den Kreisen der Bühnenwelt Beachtung gefunden hat. Auch hier hat sich wieder die alte Erfahrung bestätigt, daß die Gesetzgebung erst dann für eine bestimmte Interessentengruppe in Gang gebracht werden kann, wenn diese selbst als die Wortführerin ihrer Forderungen in die Öffentlichkeit tritt.

Die erste Anregung zu einer gesetzlichen Regelung der Schauspielerverträge dürfte wohl von der Sozialdemokratie ausgegangen sein. Die Novelle zur Gewerbeordnung vom Jahr 1895 wollte unter anderm auch die Konzessionserteilung für Theaterunternehmungen verschärften Bedingungen unterwerfen. In der Sitzung vom 1. Februar 1895 wies ich als Fraktionsredner bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß auch das Vertragsverhältnis der Schauspieler durch die Gewerbeordnung geregelt werden müsse, und ich motivierte diese Forderung durch eingehende Darlegung der Übelstände, unter denen die Schauspieler leiden. Es ist interessant sich heute ins Gedächtnis zurückzurufen, wie gleichgültig sich damals die bürgerlichen Parteien gegen die geschilderten Mißstände im Schauspielerberuf zeigten: gegen die hohen Vermittlergebühren in den Theateragenturen, die einseitigen Kündigungsfristen, die Entlassung des Schauspielers im Probemonat, die Kostümfrage usw. Ein Teil der bürgerlichen Presse verhielt sich sympathisch zu meiner Anregung. Aber im Reichstag selbst, besonders auch in der Kommissionsberatung, fanden die Anträge der Sozialdemokraten, die die Beseitigung zunächst einmal der schwersten Schäden erstrebten, keinerlei Unterstützung von anderer Seite. Ich hatte nur den einen Erfolg, daß die Kommission nach der Prüfung des von mir vorgelegten Materials, besonders eines Vertragsformulars des *Deutschen Bühnenvereins*, der Regierung unsere Anträge wenigstens zur Beachtung empfahl. Die Regierung wandte ein, daß innerhalb der Gewerbeordnung die Frage gar nicht zu regeln sei; wolle man darauf eingehen, so müsse ein besonderes Gesetz ausgearbeitet werden. Dieser Einwand kam

den Vertretern der anderen Parteien sehr gelegen, da ihnen, wie sie selbst zugaben, die Verhältnisse im Schauspielerberuf völlig unbekannt waren. Als Sachverständiger galt in der Kommission der nationalliberale Abgeordnete Dr. Bürklin, der Intendant des großherzoglichen Theaters in Karlsruhe war. Er verteidigte die Bestimmungen der *Bühnenuvereinsverträge* und fand die Rücksichtnahme auf die Anregungen der Sozialdemokraten überhaupt unnötig. Da vor Erledigung der Gewerbeordnungsnovelle die Session geschlossen wurde, mußte auch die Schauspielerfrage bis zum Jahr 1896 vertagt werden; der Redner der Sozialdemokratie, der Abgeordnete Reißhaus, brachte sie bei der abermaligen Beratung der Novelle dann wiederum zur Sprache, jedoch mit gleich negativem Ergebnis.

In den Kreisen der Schauspieler selbst weckte die Darlegung der sozialen Mißstände in ihrem Beruf ein lebhaftes Echo. Eine kleine Gruppe, die Verständnis für die Frage zeigte, bemühte sich unter den Berufsgenossen um eine Kundgebung zugunsten der sozialdemokratischen Forderungen. Der Erfolg war, daß uns gegen 4000 Zustimmungserklärungen zuzingen. Aber die Organisation der Schauspieler, die *Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger*, war damals noch nicht so weit, um die Aktion zu führen. Von dieser Seite wurde unser Vorgehen in keiner Weise unterstützt. Über die kleine Zahl derjenigen, die vorwärts drängten, siegte das Phlegma der Berufskollegen, die der sozialpolitischen Betätigung ein starkes Mißtrauen entgegenbrachten und im übrigen die Dinge gehen ließen wie sie eben gingen. Man versprach sich in der *Genossenschaft* eine Besserung der Vertragsbestimmungen durch Verhandlungen mit dem *Bühnenuverein*. Solche Verhandlungen wurden später tatsächlich eingeleitet, endeten aber nach langem Hin und Her im Jahr 1908 mit einem vollständigen Bruch zwischen den beiden Korporationen.

Dieser Bruch war für die Schauspieler von außerordentlichem Nutzen. Er führte zur Aufhebung des allgemeinen Vertragsverhältnisses zwischen *Genossenschaft* und *Bühnenuverein* und damit auch der bisherigen Bühnenschiedsgerichte und zwang die Parteien Streitigkeiten vor den ordentlichen Gerichten auszutragen. So erfuhren die Schauspieler, wie die ordentliche Rechtsprechung über die bei ihnen üblichen Verträge und besonders über die oft höchst eigenartigen Entlassungsgründe der Direktoren urteilt. Die ordentlichen Gerichte waren durchweg für die Schauspieler erheblich günstiger als die bisherigen Bühnenschiedsgerichte. Das lag zum guten Teil daran, daß in den Bühnenschiedsgerichten noch das mittelalterliche Verfahren üblich gewesen war: Die Schiedsrichter traten nicht zur Verhandlung zusammen, sondern das Urteil wurde in dem sogenannten *Umlaufverfahren* erzielt, das heißt die Akten zirkulierten von einem zum andern, und jeder legte sein Votum schriftlich nieder. Dadurch entstand nicht allein eine unendliche Verzögerung der Schiedssprüche, sondern auch ein fühlbarer Mangel an grundsätzlichen Entscheidungen. Zudem fanden die Interessen der Direktoren stets stärkere Berücksichtigung als die der Schauspieler. Es ist deshalb sehr erklärlich, wenn gegenwärtig die *Genossenschaft* durchaus nicht zu einer Verständigung mit dem *Bühnenuverein* drängt; jede Rückkehr zu den alten Zuständen würde nur den Schauspielern zum Schaden ausschlagen. Nur auf Grund einer vollständigen Umgestaltung der Verträge und einer Änderung des Schiedsgerichtsverfahrens könnte von einer

wirklichen Verständigung die Rede sein. Indes, auch heute noch besteht in der *Genossenschaft* durchaus nicht auf allen Seiten eine klare Erkenntnis der Sachlage. Das beweisen die schweren Differenzen innerhalb dieser Organisation, die vorläufig (und hoffentlich auch für die Dauer) mit dem Sieg derjenigen Richtung endeten, die die Rechte der Schauspieler und Schauspielerinnen gegenüber den Direktoren in entschiedener Weise zu erweitern sucht.

Der Konflikt zwischen *Bühnenverein* und *Genossenschaft* weckte nun auch endlich in den Kreisen der Schauspieler eine lebhaftere Stimmung für die Vertretung ihrer beruflichen Interessen, die schließlich in einem Appell an die soziale Gesetzgebung ausklang. Die Anregungen, die die Sozialdemokratie bereits vor etwa 15 Jahren zum erstenmal gegeben hatte, wurden endlich aktuell. Es ist wohl der Sympathie zu danken, die die Schauspieler im allgemeinen in der Öffentlichkeit genießen, daß die Gesetzgebung ihren Wünschen nach gesetzlichem Schutz schneller nachzukommen versuchte als wir das sonst in der Regel beobachten können.

In dem Gesetzentwurf der Regierung sind zunächst einige verschärfende Bedingungen für die Konzessionserteilung an Theaterunternehmungen vorgesehen. Nun erscheint es immer bedenklich der Polizei bei solchen Konzessionserteilungen allzu weite Machtbefugnisse einzuräumen. So soll der § 32 der Gewerbeordnung dahin abgeändert werden, daß das Bühnenunternehmen bei der Behörde einen so hohen Geldbetrag zu hinterlegen hat, daß die Forderungen der Angestellten unbedingt gesichert werden. Eine solche Hinterlegung konnte in gewissem Umfang auch bisher schon gefordert werden. Ist es nun richtig eventuell den ganzen Gagenetat, der für ein mittleres Theater mindestens 100 000 Mark beträgt, als Hinterlegungssumme zu verlangen? Die Schauspieler freilich wären dann in jedem Fall sicher gestellt. Auf der andern Seite aber würde dadurch bewirkt, daß Theaterunternehmungen nur noch von großkapitalistischen Interessengruppen finanziert werden könnten. Die Folge wäre aber kaum eine künstlerische Hebung der Theater, eher das Gegenteil. Wenn, wie die Schauspieler meinen, die finanzielle Existenzfähigkeit der Theaterunternehmungen durch zu zahlreiche Neugründungen gefährdet ist, so besteht doch auch ein starkes Überangebot an schauspielerischen Kräften, und eine unnötige Beschränkung der Theaterbetriebe müßte notwendigerweise die Beschäftigungslosigkeit im Schauspielerberuf noch erhöhen. Ebenso wäre eine Verteuerung der Eintrittspreise die Wirkung solcher Bestimmungen. Der Besuch des Theaters darf aber nicht so verteuert werden, daß er für viele unmöglich wird. Der Entwurf sieht ferner vor, daß der Bundesrat Vorschriften darüber zu erlassen hat, wie die Bühnenunternehmer ihre Bücher führen, und welcher polizeilichen Kontrolle sie sich unterwerfen müssen. Das ist eine Verschärfung der Polizeiaufsicht, die die Theaterunternehmungen mit den Pfandleihinstituten auf eine Stufe stellt. Ohne die dringendste Notwendigkeit soll man aber ein Gewerbe nicht unter Polizeiaufsicht stellen.

Unbedingt abzulehnen ist die Bestimmung in § 32 a, die der Polizei bei Ortsveränderungen eines Bühnenunternehmens die Prüfung überlassen will, ob ein Bedürfnis für die Zulassung am andern Ort vorliegt. Das Zensurrecht der Polizeibehörde erführe mit dieser Vorschrift eine bedeutende Verstärkung,

die wiederum das künstlerische Niveau der Theater nicht gerade erhöhen könnte; denn damit wäre die Polizei zum unumschränkten Richter darüber eingesetzt, ob künstlerische und literarische Bedürfnisse in einem bestimmten Bevölkerungskreis bestehen oder nicht.

Die gewerbsmäßige Veranstaltung gesanglicher oder deklamatorischer Vorträge unterlag auch bisher schon besonderer Erlaubnis. Nach dem Entwurf sollen für phonographische und kinematographische Vorführungen die gleichen Beschränkungen gelten, das heißt, es kann zum Beispiel die Genehmigung für eine derartige Veranstaltung versagt werden, wenn sie in dem gleichen Gemeindebezirk bereits für eine genügende Anzahl Personen erteilt worden ist. Das, was man sich etwa von solchen Konzessionsbeschränkungen für Kinematographentheater verspricht: eine Erhöhung ihrer künstlerischen Leistungen, wäre gewiß oft zu wünschen, aber schwerlich durch dies Mittel zu erreichen. Genau so erscheint es fraglich, ob es notwendig ist, wie § 33 b des Gesetzes fordert, eine polizeiliche Erlaubnis für jeden Leierkasten zu fordern. Man darf eben nicht gleich überall nach polizeilichem Schutz schreien, wo irgendwelche Belästigung für einzelne vorliegt. Anders verhält es sich freilich mit dem Verlangen radaumäßige Vorführungen auf sogenannten *Rummelplätzen* untersagen zu dürfen.

Der § 35 gibt die Möglichkeit die Erteilung von musikalischem oder dramatischem Unterricht zu untersagen, wenn Tatsachen vorliegen, die die Unzuverlässigkeit des Unternehmens dartun. Die Schauspieler selbst hoffen vielleicht, daß dadurch die überflüssige Gründung von Theaterschulen gehemmt werden könnte. Darin aber irren sie; denn aus solchen Gründen dürfte es ja nur in sehr seltenen Fällen zu einer Schließung der Schulen kommen. Dem Unfug solcher Lehranstalten, die nicht die künstlerische Ausbildung sondern nur eine materielle Ausnutzung ihrer Schüler erstreben, kann nicht auf gesetzlichem Weg sondern nur durch eine zweckmäßige Aufklärung des Publikums durch die Schauspielerorganisation selbst entgegengetreten werden.

Freudig zu begrüßen ist die Ausdehnung der §§ 120 a bis f der Gewerbeordnung auf die Bühnenunternehmungen. Sie legen den Direktoren die Verpflichtung auf in bestimmter Art für die Ordnung und Sicherheit im Bühnenraum zu sorgen, damit die Gefahr für Leben und Gesundheit der Angestellten verringert wird.

Der zweite Teil des Gesetzentwurfs enthält dann die Regelung der Vertragsbestimmungen für Bühnen- und Orchestermitglieder; die wichtigsten Vorschriften sollen auch auf die im Zirkus und in Variététheatern Auftretenden Anwendung finden. Die Vorteile des Gesetzes würden aber den Angehörigen dieser letzten Gruppe nicht voll zugute kommen, weil die Fassung des Paragraphen nicht klar genug ist, um widerspruchslos alle Beteiligten in die Bestimmungen einzubeziehen.

Den in den Schauspielerverträgen vielfach üblichen Probemonat hebt zwar der Gesetzentwurf nicht völlig auf, doch dürfte seine Geltung, wie die Schauspieler selber glauben, eine Einschränkung erfahren. Es wird dem Direktor nicht mehr das Recht zuerkannt den Vertrag, der den Schauspieler für ein Spieljahr bindet, einseitig zu lösen; die Kündigungsfristen müssen vielmehr auf beiden Seiten gleiche sein. Auch darf die Aufrechterhaltung des Vertrags nicht von dem Ausfall eines Gastspiels abhängig gemacht werden.

Allerdings besteht kein Hindernis Verträge nur auf 1 Monat abzuschließen und auf diese Art den Probemonat in einer andern Form wieder einzuführen. Auch bleibt der Direktor gegenüber dem Schauspieler ohnedies stets im Vorteil. Er kann nach dem Beginn des Spieljahrs das Engagement lösen oder den Abschluß eines längern Vertrags mit niedrigerer Gage anbieten. Der Schauspieler dagegen besitzt zwar ebenfalls das formale Recht nach der gleichen Zeit den Vertrag aufzuheben. Tatsächlich steht aber für ihn sehr viel mehr auf dem Spiel. Denn wie die Verhältnisse im Schauspielerberuf heute liegen, hat der Direktor bedeutend mehr Chance als der Schauspieler ein neues Engagement abzuschließen. Besonders bedürftigen in dieser Hinsicht natürlich die kleineren Schauspieler, die Darsteller der Nebenrollen, dringend eines gesetzlichen Schutzes.

Für Vorproben soll dem Künstler das gesetzliche Recht auf die Gewährung einer Entschädigung in Höhe des halben Betrags einer Tagesgage zustehen. Damit wäre dem Unfug gesteuert, daß der Schauspieler lange vor Beginn seines Engagements unentgeltlich an den Vorproben teilnehmen muß. Eine Einschränkung der Proben ist durch die Bestimmung vorgesehen, daß der Schauspieler nach der Abendaufführung die Teilnahme an einer Probe ablehnen darf. Besser wäre es die Abhaltung solcher Proben lieber ganz zu untersagen. Denn es ist klar, daß es dem Direktor sehr leicht werden dürfte den Schauspieler eventuell zu sogenannter *freiwilliger Beteiligung* zu veranlassen. An Sonn- und Feiertagen sollen Proben nur in dringenden Fällen gestattet sein. Als besondere Entschädigung ist dann dem Schauspieler ein Viertel der Tagesgage zu gewähren. Ein kleiner Riegel wäre damit der Willkür vorgeschoben.

Ist ein Bühnenmitglied durch unverschuldetes Unglück verhindert seinen schauspielerischen Verpflichtungen nachzukommen, so muß nach dem Gesetz dennoch die Gage weitergezahlt werden; und zwar 6 Wochen lang für den Fall, daß der Vertrag über 5 Monate abgeschlossen ist, bei kürzeren Verträgen nicht unter 1 Monat. Bei einem Vertrag von 1 Monat und darunter soll eine Weiterzahlung nur erfolgen, wenn die Dienstleistung nur unerhebliche Zeit unterbrochen worden ist. Das gleiche gilt für den Fall der Schwangerschaft bei verheirateten Schauspielerinnen. Eine Gage, die über 400 Mark im Monat hinausgeht, wird in solchen Fällen nicht weitergezahlt, außerdem kann im Vertrag vereinbart werden, daß Bezüge aus der staatlichen Versicherung in Abzug kommen. Die Bestimmung, daß nur die verheirateten Schauspielerinnen bei Schwangerschaft Anspruch auf Gagenzahlung haben, ist sinnlos; das ausschlaggebende Moment muß hier einfach die wirtschaftliche Notlage der Schauspielerin sein. Die Hilfstätigkeit des Frauenkomitees der *Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger* beweist aber, daß die unverheiratete Schauspielerin in Schwangerschaften stets noch mehr der Unterstützung bedarf als die verheiratete. Bei kurzfristigen Verträgen sollte man die ganze Einschränkung der Bestimmung über die Weiterzahlung bei Unfällen fortlassen. Unter dieser Einschränkung würden an erster Stelle die Variétékünstler sehr zu leiden haben, deren Verträge fast stets nur auf 1 Monat oder noch kürzere Zeit abgeschlossen werden. Gerade bei ihnen kann aber schon der unbedeutendste Unfall ein weiteres Auftreten hindern. Eine Unfallversicherung existiert für sie nicht, und so blieben sie also bereits bei einer Spielunterbrechung von einer Woche gänzlich ohne wirtschaftliche

Hilfsquelle; denn bei einem Vertrag auf nur 14 Tage oder 4 Wochen kann sehr wohl schon eine einzige Woche als eine »erhebliche Zeit« im Sinn des Gesetzes betrachtet werden.

Über die äußerst wichtige Kostümfrage, für deren Regelung besonders die Schauspielerinnen mit größtem Eifer eintraten, sieht der Entwurf die folgende Vorschrift vor: »Der Bühnenunternehmer hat dem Mitglied die zur Aufführung eines Bühnenwerks erforderlichen Kleidungsstücke zu liefern, mit Ausnahme solcher, die ohne erhebliche Änderung außerhalb der Bühne getragen werden können. Diese Verpflichtung kann nicht durch Vertrag aufgehoben oder beschränkt werden, es sei denn, daß das Mitglied nur zu einem Gastspiel angenommen wird.« Die Schauspielerinnen erklärten diese Regelung der Frage sofort als ungenügend, da sie die Direktion zur Lieferung der modernen Toiletten nicht mitverpflichtet. Indessen ist eine unbedingt einwandfreie Lösung der Kostümfrage wohl an sich nicht möglich. Man kann durch Gesetz nicht die vielfachen Schikanen verhindern, durch die der Direktor auf die verschiedenste Art einen Druck auf die Schauspielerin ausüben könnte (er bietet ihr zum Beispiel ein Kostüm an, das ihr im höchsten Grad mißfällt), und ebensowenig ist es möglich gesetzlich zu verbieten, daß die Künstlerin in ihrer eigenen Kleidung auftritt. In der Kostümfrage ließen sich eben nur die offenkundigsten Mißstände beseitigen.

Die Beträge für die Geldstrafen, die in einigen Theaterverträgen recht reichlich angesetzt sind, sollen künftig nicht mehr in die Kasse des Direktors fließen sondern zugunsten der Bühnenangehörigen verwandt werden. Wünschenswert wäre eine ergänzende Bestimmung, die über einen gewissen Betrag hinaus die Verwaltung der Strafgeelder durch die Direktion verbietet; auch sollte eine Vertretung der Schauspieler zu dieser Verwaltung mitherangezogen werden.

Daß das Gesetz eine Reihe von Fällen vorsieht, in denen ein Vertrag ohne Innehaltung der Kündigung aufzuheben ist, erscheint selbstverständlich. Über diese Fälle hinaus aber dürfte keine vertragliche Bestimmung zulässig sein, die zu einer vorzeitigen Lösung des Engagements führen kann. Ebenso ist die Bestimmung des Entwurfs zu bekämpfen, die dem Direktor bei Kontrakten, die auf mehr als 1 Jahr lauten, nach Abschluß der ersten Spielzeit ein einseitiges Kündigungsrecht zubilligt. Dieser letzte Passus dürfte freilich von der Regierung selbst aufgegeben werden, nachdem man im Reichsamt des Innern die Vertreter der *Bühnengenossenschaft* und des *Bühnenvereins* darüber befragt hat. Es ist jedoch klar, daß, wenn in einem Vertrag auch andere als die im Gesetz genannten Gründe vereinbart werden können, um eine vorzeitige Lösung des Vertrags herbeizuführen, der überwiegende Vorteil tatsächlich stets auf der Seite der Direktion liegt. So könnte etwa ein Vertrag die Bestimmung enthalten, daß im Fall einer ungünstigen Pressekritik beide Kontrahenten vom Kontrakt zurücktreten können. Gegen ähnliche Paragraphen, wie sie gegenwärtig schon sehr häufig in den Verträgen der Variétékünstler stehen, wenden diese sich nun mit gutem Recht. Die Benachteiligten sind in solchen Fällen ausschließlich die Künstler. Sie sind zum Beispiel mit ihrer Truppe für einen Monat engagiert; nach einigen Tagen werden sie vom Repertoire gestrichen, der Vertrag wird gelöst, und sie stehen nun ohne Engagement da.

Sehr wenig glücklich ist auch die Lösung, die der Entwurf für eine andere für den Schauspieler wichtige Frage gefunden hat: wie er davor geschützt werden kann, daß die Direktion ihn absichtlich kalt stellt. Das Gesetz billigt ihm in solchen Fällen das Recht zu ohne Einhaltung der Kündigungsfrist vom Vertrag zurückzutreten. Damit jedoch ist der gewünschte Zweck ganz und gar nicht erreicht; denn eben diese Wirkung wollte der Direktor vielleicht gerade erzielen, die Bestimmung nützt also nicht dem Schauspieler sondern dem Direktor. Überdies könnte der Künstler sein Recht dann nur in einem langwierigen Prozeß erkämpfen, und es wäre durchaus nicht von vornherein sicher, ob das Gericht schon eine »beharrliche« Weigerung des Direktors zur angemessenen Beschäftigung des Schauspielers in jedem Fall nach dem Empfinden des Schauspielers annimmt. Außerdem: Welcher Schauspieler ist überhaupt in der Lage mitten in der Saison sein Engagement aufzugeben? Und könnte der *Bühnenverein* nicht auch leicht genug während der ganzen Spielzeit den Künstler dann von jedem Engagement aussperren?

Von besonderer Bedeutung für die Darsteller in Zirkus- und Variététheatern ist ein Verbot der Konkurrenzklause. Gegenwärtig wird in die Verträge dieser Künstler gewöhnlich die Bestimmung aufgenommen, daß die engagierte Truppe in der selben Stadt nicht an anderen Orten zugleich auftreten dürfe. Eine solche Klausel erscheint berechtigt, soweit sie sich auf die Dauer des Vertrags oder vielleicht noch auf kurze Zeit darüber hinaus bezieht, nicht aber, wenn es sich um längere Zeitperioden oder gar um ein dauerndes Verbot des Auftretens dabei handelt. Wie unerhörte Bedingungen hier zuweilen gestellt werden, mag der folgende Passus eines bekannten Vertrags zeigen: »Weder vor Beginn des gegenwärtigen Vertrags noch innerhalb 18 Monate vom letzten Spieltag gerechnet darf bei irgendeinem andern Etablissement am hiesigen Platz ein Engagement abgeschlossen werden, welche Verpflichtung auch dann in Kraft bleibt, wenn der gegenwärtige Vertrag von einer der beiden Seiten gelöst werden sollte.« Derartig drückende vertragliche Bestimmungen müssen unbedingt durch gesetzliches Verbot für unzulässig erklärt werden.

So bedarf der Gesetzentwurf noch mancher Änderungen und Ergänzungen, um alteingewurzelte Mißstände im Theaterleben ausrotten zu können. Die Gesetzgebung allein wird jedoch das nicht bewirken können. Neben den wichtigen Aufgaben, die ihr hier zugewiesen werden, verbleiben der Berufsorganisation noch wichtigere: den Bühnengehörigen gegen unbillige Zumutungen zu schützen, seine Rechte zu verteidigen, in seiner Not hilfsbereit einzugreifen und seinen sozialen Aufstieg zu fördern.

XX
KARL KOLLWITZ · ÄRZTE UND KRANKEN-
KASSEN



ANGE schon verdient die Stellung der Ärzte zu den Krankenkassen Gegenstand der allgemeinen Aufmerksamkeit zu werden, und ganz besonders jetzt, wo die Kassenarztfrage durch das bevorstehende Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung vielleicht für 20 Millionen Menschen eine praktische Bedeutung gewinnt. Aber jeder, der sich nicht eingehend mit diesem Stoff beschäftigt

hat, wird durch den Gegensatz der verschiedenen Standpunkte leicht verwirrt. Es empfiehlt sich daher zur Klärung der Sachlage eine kurze Übersicht über die bisherige Entwicklung und die gegenwärtige Gestaltung der Kassenarzfrage zu geben.

Der Stand der Ärzte hat in den letzten Jahrzehnten einen immer wichtigeren sozialen Charakter bekommen. Während in früheren Zeiten die Krankheiten als individuelle Übel aufgefaßt wurden und es dem einzelnen überlassen blieb sich gegen seine speziellen Leiden, wo und wie er es konnte, Hilfe zu suchen, bahnte sich allmählich die Erkenntnis einen Weg, daß die individuellen Leiden die Erscheinungsformen und die Folgen sozialer Ursachen seien. Daraus ergab sich die Notwendigkeit die Krankheiten der einzelnen durch soziale Maßnahmen zu bekämpfen; sei es, daß man soziale Mißstände verbesserte, sei es, daß man soziale Kräfte zur Verfügung stellte. Am Anfang waren es wohl nur die Infektionskrankheiten, gegen die sich der Kampf mit sozialen Mitteln richtete. Allmählich wurden immer mehr Krankheitsgebiete hineingezogen. So finden wir in der Gegenwart eine soziale Bekämpfung der Tuberkulose, des Krebses, der Säuglingskrankheiten, der Krankheiten des schulpflichtigen Alters, der Gewerkrankheiten, der Geschlechtskrankheiten und anderer mehr. Zur erfolgreichen Durchführung solcher Maßnahmen war aber der ärztliche Stand der sich zunächst darbietende und unumgängliche Faktor, er war gewissermaßen das Instrument, dessen sich die Gesellschaft bedienen mußte, wollte sie die Lösung dieser Aufgaben erreichen. Noch mehr wuchs die soziale Bedeutung des ärztlichen Standes, als das Riesennetz der sozialen Versicherung der Industriearbeiter gegen Krankheit und Invalidität zur Ausführung kam. Denn diese Arbeit konnte nur durchgeführt werden, wenn ein leistungsfähiger ärztlicher Stand vorhanden war, der für das geringe Honorar, das die Krankenkassen bieten konnten, seine Arbeit in den Dienst der öffentlichen Interessen stellte.

Man hätte bei dieser Entwicklung der Dinge erwarten können, daß der Staat so wichtige und unentbehrliche soziale Leistungen nicht mehr einem ganz individualistisch und privatwirtschaftlich gegliederten Stand übertragen sondern die Konsequenzen ziehen und dem Ärzteswesen einen Beamtencharakter verleihen oder auf irgendeine Weise dafür sorgen würde, daß der ärztliche Stand ein jederzeit bereites und ausreichend instandgesetztes Werkzeug sei, um die an ihn herantretenden sozialen Aufgaben zu erfüllen. Aber während das Gesetz die Verhältnisse und die finanzielle Versorgung der Kassen, die es ins Leben rief, auf das minutiöseste bestimmte, bekümmerte es sich um die Ärzte überhaupt nicht, wahrscheinlich weil die Gesetzgeber der Meinung waren, daß die Beziehungen der Kassen zu den Ärzten sich leicht von selbst regeln würden. Der ärztliche Stand blieb somit, trotz der erhöhten sozialen Bedeutung, rein individualistisch gegliedert. War dies für den Staat bequem, weil er dadurch der Mühe überhoben wurde für die finanzielle Sicherstellung der Ärzte zu sorgen, und vorteilhaft, weil er sich die größere Beweglichkeit, Anschmiegsamkeit und Initiative eines freien Berufs gegenüber einer Beamtenkategorie erhielt, so war es für den ärztlichen Stand nur zum Teil gut, zum Teil sehr ungünstig. Er blieb dadurch in der Lage irgendeines andern Berufs, der der freien Kon-

kurrenz ausgesetzt ist und den Einwirkungen des Angebots und der Nachfrage unterliegt. Ein Mehr von Angebot von Kräften als dem unbedingten Bedürfnis entsprach mußte die Konkurrenz entfesseln und das Einkommen des einzelnen sinken lassen. Auf frühere Zeiten, in denen die Ärzte dem Mammon stolz gegenüberstanden, überhaupt keine Rechnungen schickten und es dem Kranken überließen die Höhe des Honorars zu bestimmen, folgten andere, in denen die Konkurrenz sich in mäßigen Grenzen hielt und die eigentliche Standesethik nicht gefährdete, und dann solche, in denen die Konkurrenz die schlimmsten Folgen für den Stand zeitigte, so daß ein Arbeiter in einer Versammlung das Verhalten eines Teils der Ärzte als hündische Unterwürfigkeit kennzeichnen zu müssen glaubte. Die Ursache für das Überhandnehmen der Konkurrenz lag einmal in dem stärkern Zustrom zum ärztlichen Beruf (bedingt durch den großen Aufschwung der Naturwissenschaften und die Erfolge der ärztlichen Wissenschaft sowie durch die Aussicht auf das Krankenkassengesetz, das unendliche Mehrbeschäftigung für die Ärzte und sichern Erwerb zu bieten schien). Dazu kam die Ausschaltung eines großen Teils der Ärzte von der Arbeiterpraxis, dadurch daß die Kassen fixierte Ärzte anstellten, die allein die Praxis bei diesen ausüben durften. Hierzu brauchten sie aber namentlich in großen Städten nur einen kleinen Teil der vorhandenen Ärzte. Als letzte Ursache wirkte der Umstand, daß die Kassen als staatlich und gesetzlich ausgerüstete Organismen einem unorganisierten Stand oder eigentlich nur einzelnen Individuen, die unter einander fast nicht organisiert waren, als Partner gegenüber standen. Zwar gab es auch damals eine Organisation der Ärzte, die sogenannten *ärztlichen Standesvereine* und dann den *Ärztevereinsbund*, der es sich zur Aufgabe machte die wissenschaftlichen und praktischen Interessen des ärztlichen Standes zu vertreten. Aber beide hatten nicht ausreichenden Einfluß und umfaßten einen viel zu kleinen Teil der Ärzteschaft, um verhindern zu können, daß die Einwirkung der Krankenkassengesetzgebung auf den ärztlichen Stand eine direkt verheerende wurde. Später kam die Regierung den Ärzten zu Hilfe, indem sie Ärztekammern und ärztliche Ehrengerichte schuf, durch die dem ärztlichen Stand eine staatlich anerkannte und unterstützte Vertretung seiner wirtschaftlichen und beruflichen Interessen geboten, und in Form der Ehrengerichtbarkeit eine Eindämmung der größten Auswüchse der Konkurrenz ermöglicht wurde. Alle diese Einrichtungen waren aber nicht imstande den einmal begangenen Fehler wesentlich zu verbessern und auf die Stellung der Krankenkassen zu den Ärzten Einfluß zu gewinnen.

So bot sich in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts etwa folgendes Bild der Beziehungen zwischen Ärzten und Krankenkassen: Die Krankenkassen waren nach verschiedenen wirtschaftlichen Gesichtspunkten aufgebaut und führten verschiedene Namen: Ortskasse, Betriebskasse, Innungskasse, freie Hilfskasse usw. Sie umfaßten im Jahr 1888 etwa 5½ Millionen Versicherter unter 48 Millionen Einwohner. Ihnen standen etwa 18 000 Ärzte gegenüber. Das war für den Bedarf der Kassen viel zu viel. Dem Vorstand der einzelnen Kassen oder Kassengruppe stand das Recht zu mit bestimmten Ärzten Verträge über die ärztliche Versorgung der Mitglieder zu schließen. Er schrieb die Stellen aus und verlangte meist schriftliche Bewerbung und persönliche Vorstellung. Über die Anstellung

des Bewerbers entschied allein der Kassenvorstand, ebenso verfaßte er den Arztervertrag, bestimmte die Instruktionen und die Höhe des ärztlichen Honorars, das meist in Form eines Pauschale angeboten wurde und nach Kopf der Kassenmitglieder und pro Jahr berechnet war. Seine Höhe war ganz in das Belieben des Vorstands gestellt und erwies sich als ein sehr nachgiebiger und elastischer Faktor. Es wurde aus den Beiträgen der Mitglieder bestritten, die außerdem für die Arznei- und Krankenhauskosten, die Verwaltungskosten, die Geldunterstützung arbeitsunfähiger Mitglieder, die Sterbegeld- und Wöchnerinnenunterstützung ausreichen mußten. Es lag nahe, daß die Kassenvorstände am Arzthonorar zu sparen versuchten und die anderen den Kassenmitgliedern direkt zugute kommenden Ausgaben, namentlich die Höhe des wöchentlichen Krankengelds und die Dauer der Krankenunterstützung, nicht einschränken mochten. Hierzu war ihnen durch die Konkurrenz unter den Ärzten günstige Gelegenheit geboten. Auf jede ausgetobene Kassenarztstelle meldete sich ein Heer von Bewerbern. Der Besitz einer Kassenarztstelle galt als ein großes Glück. Darum fragte der glückliche Bewerber kaum, welche Werte für die Einzelleistung in dem angebotenen Pauschale der Kassen enthalten seien. Auf diese Weise konnten Pauschale angeboten werden, die die Einzelleistungen mit 5, 8 oder 10 Pfennig bewerteten. Die Folge war, daß der Ertrag einer vollen ärztlichen Tagesarbeit sich auf 2,50 bis 3 oder 5 Mark bezifferte, wenn nicht Einnahmen aus der Privatpraxis hinzukamen. Auf dieses nicht mehr erträgliche Minimum des Einkommens reagierten die Ärzte, ohne irgendwelche Verabredung, rein ihrem Instinkt folgend, meist mit pauschaler Behandlungsweise, das heißt sie untersuchten die Kranken nur in den schwierigsten Fällen, im übrigen begnügten sie sich mit dem Ausfüllen der Kassenscheine und Verschreiben der Rezepte. Dadurch zogen sie sich nun wieder den Unwillen der Kassenpatienten zu, die mit Recht eine ordentliche Untersuchung verlangten und ihren Unwillen dem Arzt gegenüber und in der Öffentlichkeit drastisch zum Ausdruck brachten. Es kam dazu, daß der Kassenarzt eine viel geschmähte und oft gehaßte Persönlichkeit war. Das Signum jener Zeit war für die Ärzte: Schwierigkeit, fast Unmöglichkeit auf loyalem Weg zu einer Kassenarztstelle zu gelangen, minimale Bezahlung bei schwerer Arbeit, Rechtlosigkeit gegenüber dem Kassenvorstand, Unsicherheit der sozialen Existenz, innerliche Unbefriedigung über den Erfolg der Tätigkeit.

In dieser Richtung zum Schlechten, ja zum Unerträglichen schien es weiter gehen zu wollen, als ungefähr um 1890 die Bewegung für freie Arztwahl einsetzte. Diese stellte sich zur Aufgabe im Kassenarztwesen eine Besserung zu erreichen. Als Weg dazu erstrebte sie: 1. Freie Wahl des Arztes durch das Kassenmitglied. Die Kassenmitglieder sollten nicht mehr genötigt sein einen vorgeschriebenen Kassenarzt aufzusuchen, auch wenn sie kein Vertrauen zu ihm hatten. 2. Zulassung aller Ärzte zur Behandlung, die sich bereit erklärten unter Erfüllung bestimmter Bedingungen Kassenmitglieder zu behandeln. 3. Honorierung der Ärzte wennmöglich nach Einzelleistung, nicht durch ein Pauschale. Durch diese Forderungen wollte die Bewegung den Ärzten und den Kassenmitgliedern nützen. Den Kassenmitgliedern insofern, als sie ihnen jeden Grund von Mißtrauen gegen den Kassenarzt nahm. Wenn sie nicht mehr gezwungen waren sich an einen bestimmten, ihnen zugewiesenen Arzt zu wenden sondern die Freiheit be-

kamen unter allen sich zur Verfügung stellenden Ärzten sich den Mann ihres Vertrauens auszusuchen, und wenn sie noch dazu den Arzt wechseln durften, dann konnten sie nicht mehr das Mißtrauen haben, daß auch dieser Arzt oberflächlich und nicht *gewissenhaft* sein würde. Daß dies auch eine für die Ärzte sehr erstrebenswerte Änderung ergeben mußte, liegt auf der Hand. Die Forderung der Erhöhung des Ärztehonorars ergab sich aus den damaligen Verhältnissen als eine unbedingte Notwendigkeit. Die Bezahlung der Einzelleistung, nicht mittels eines Pauschale, wurde aus verschiedenen Gründen gefordert. Einmal ergab diese Art die beste Übersicht über den Wert der Einzelleistung, ferner gewährte sie die Möglichkeit, daß der Arzt bei erhöhter Tätigkeit auch mehr verdiente, während die Pauschalbezahlung dem Arzt gleichen Verdienst gab, ob er viel oder wenig am Tag zu tun hatte. Die Honorierung der Einzelleistung verband sich organisch mit dem Streben nach freier Arztwahl. Diese Forderungen standen in striktem Gegensatz zu dem bisherigen Gebrauch und riefen die lebhafteste Opposition unter den Kassenvorständen hervor. Diese wandten dagegen ein, daß das freie Arztwahlssystem mit der Kassenökonomie sich nicht vertrage, und zwar aus folgenden Gründen: 1. Sie führe das Prinzip der freien Konkurrenz unter den Kassenärzten ein. Jeder von ihnen würde dahin streben so viel Patienten wie möglich zu bekommen. Man würde sich im Entgegenkommen gegen die Mitglieder zu überbieten suchen, sie nach Wunsch krank schreiben, ihnen nach Wunsch Stärkungsmittel und kostspielige Arzneien verschreiben, die Simulation fördern. Auf diese Weise würde der Ausgabenetat der Kassen ins Ungemessene belastet, die Kassen müßten ruiniert werden. 2. Der Kassenvorstand hätte keine Mittel in den Händen gegen zu hohe Honorarforderungen der Ärzte Gegenmittel anzuwenden. Die Kassen wären den Ärzten ausgeliefert, und diese würden die Kassen ausbeuten.

Trotz der Einwendungen der Kassenvorstände aber errang die freie Arztwahl, wenigstens in Berlin, bald große Erfolge. Ganz unscheinbar einsetzend eroberte sich diese Bewegung, an der Ärzte aller Richtungen und aller politischen Schattierungen und nicht zum wenigsten die sozialistischen Ärzte sich beteiligten, bald das leidenschaftliche Interesse der Kassenmitglieder und selbst vieler Vorstände. Durch die vereinigten Anstrengungen gelang es fast im Sturmschritt die größten Krankenkassen Berlins zu erobern, und es schien, als wäre die Einführung der organisierten unbeschränkten freien Arztwahl in Berlin der Verwirklichung nahe. Da aber wurden Fehler über Fehler gemacht, und bald zeigte sich als Folge ein ebenso rascher Niedergang. Nach kurzer Zeit schwenkten die größten und einflußreichsten Kassen ab, und nur ganz wenige behielten dieses neue Arztsystem bei. Dadurch sank die Bedeutung dieser Bewegung für die Ärzte auf ein Minimum, und das Ansehen der Gegner wuchs erheblich. Aber ohne Erfolg ist sie dennoch nicht geblieben. Denn einmal traten im Lauf der Jahre wieder neue Kassen, zum Beispiel die große Betriebskrankenkasse der Stadtgemeinde Berlin, hinzu. Dann ist das an ihrer Stelle von vielen Berliner Kassen angenommene System der beschränkten freien Arztwahl nach dem Muster der organisierten unbeschränkten freien Arztwahl gebildet und nur durch den großen Einfluß des freien Arztwahlgedankens zustande gekommen. Ferner ist die Erhöhung des Honorars, die in der

Folge allmählich kam, nur dem Umstand zu danken, daß die freie Arztwahlbewegung die Honorarfrage in Fluß gebracht hatte. Endlich ruhten seit einiger Zeit die Organisations- und Einigungsbestrebungen unter den Ärzten nicht mehr, und was späterhin zustande gebracht wurde, ist diesen Anfängen zu danken.

Zunächst freilich war durch den Niedergang der freien Arztwahlbewegung der Gedanke einheitlicher Organisation des ärztlichen Standes (auf die es allein ankam, wollte man den Kassen gegenüber etwas erreichen) in weite Ferne gerückt. Es blieb nunmehr der ärztliche Stand in viele Interessengruppen zerrissen, die sich zum Teil feindlich gegenüberstanden. Da gab es Anhänger der unbeschränkten freien Arztwahl, Anhänger der beschränkten freien Arztwahl, eifrige Verteidiger des fixierten Kassenarztsystems, gänzlich auf die Privatpraxis sich stellende und andere fast beschäftigungslose Ärzte. In diesen Wirrwarr der Interessen und der Gegensätze eine zusammenfassende Einigung hervorzubringen schien fast unmöglich. Dennoch ist diese Arbeit geleistet oder fast geleistet. Und dies geschah in der Form des *Verbandes der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen*, genannt der *Leipziger Verband*, im Jahr 1900. In diesem Verband sind von 32 000 deutschen Ärzten 24 000 organisiert. 8000 stehen noch außerhalb des Verbands. Der Verband hat sich im allgemeinen zur Aufgabe gestellt die ärztlichen Verhältnisse und namentlich die Verhältnisse der Kassenärzte zu bessern. Solange dies nicht anders zu erreichen ist, will er es auf dem Weg des Kampfes gegen Krankenkassen und Behörden erreichen. Der Zweck des Verbands ist nach § 2 seiner Satzungen die deutschen Ärzte zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage zusammenzuschließen, insbesondere solche Kollegen zu unterstützen, die in Wahrung der Standesinteressen gegenüber Krankenkassen und ähnlichen Korporationen materielle Einbuße erlitten haben oder zu erleiden befürchten müssen. Unter den Mitteln sein Ziel zu erreichen, steht obenan die Einführung freier Arztwahl bei den Krankenkassen. Mit diesem Programm und dessen konsequenter Anwendung ist es dem Verband gelungen auch die anfänglichen Gegner unter den Ärzten zu sich herüberzuziehen und in vielen Kämpfen der Ärzte mit Krankenkassen und Behörden den Ärzten zum Sieg zu verhelfen. Er betrachtet sich aber nicht als bloßes Kampforgan sondern sucht durch Unterstützungskassen, Stellennachweis, Herausgabe aufklärender Schriften die sozialen Verhältnisse im ärztlichen Stand zu bessern. Der *Leipziger Verband* muß heute als die bedeutendste ärztliche Organisation angesehen werden. Er hat es in den 12 Jahren seines Bestehens dazu gebracht von den Kassen respektiert zu werden, freilich nicht ohne zugleich das Maß der Erbitterung der Kassen gegen die ärztliche Organisation ins Ungemessene zu steigern. Und in der Tat muß man sagen, daß die Mittel, die er in seinem Eifer angewandt hat, zu einem großen Teil nicht zu billigen sind. Er ist vor persönlicher Kampfweise, selbst vor Denunziationen nicht zurückgeschreckt, und ihm ist es zuzuschreiben, daß der Streit auf das parteipolitische Gebiet übertragen wurde. (Davon ist weiter unten noch die Rede.) Die Kassen mußten seine Art als ungerecht und brutal empfinden. Und wenn der Kampf selbst sich auch gemildert hat, so ist die Stimmung doch geblieben. So bietet die Gegenwart das Bild heftiger Feindschaft und Erbitterung der

beiden für den Erfolg der sozialen Gesetzgebung ausschlaggebenden Gruppen: der Kassen und der Ärzte.

Soll dies nun weiterhin so bleiben? Und wem zum Nutzen? So kann man fragen. Gewiß hat auch die bisherige Feindschaft Errungenschaften gezeitigt: Sie hat den Ärzten eine feste Organisation gegeben, und sie hat die Kassen enger an einander gekettet. Diese haben in der Zeit einige wertvolle Einrichtungen getroffen, wie die Gründung eines Instituts in Berlin zur Behandlung der Kassenmitglieder mit Bädern, Massagen, Licht- und zu eigenen Röntgenuntersuchungen. Sie geben ferner Jahr für Jahr ein Arzneiverordnungsbuch heraus, daß die für ökonomische Verordnung gültigen Gesichtspunkte zusammenstellt und die für die Kassenpraxis zuzulassenden Arzneimittel enthält. Das ist ein für die Kassen sehr lohnendes und für die Ärzte wertvolles Unternehmen. Ferner sind die sehr segensreichen Walderholungsstätten zu nennen und die Gründung eigener Erholungsheime, wie die Lungenheilstätte der Berliner Ortskrankenkasse der Kaufleute in Müllrose. Aber schließlich sind diese Leistungen doch unbedeutend im Verhältnis zu dem, was hätte geleistet werden können, wenn von Anfang an beide Gruppen gemeinsam gearbeitet und sich den Blick für die großen sozialen Aufgaben frei erhalten hätten statt ihre Kräfte in gegenseitiger Befehdung zu verbrauchen. Die Zersplitterung in kleine und kleinste Kassengruppen mit ihren engen Gesichtspunkten und ihrer Kirchturmspolitik hätten längst beseitigt werden können. Die Unbequemlichkeit für die Kassenmitglieder, daß sie bald dieser, bald jener Kassengruppe angehören und dann auf verschiedene Ärzte angewiesen sind und weite Wege zum Kassenarzt zurückzulegen haben, hätte längst behoben sein können. Für die unheilbar Lungenkranken hätte besser als bisher gesorgt werden können, die Kassen hätten einen eigenen Arbeitsnachweis für Schwächliche und teilweise invalide Kranke einführen können. Auch der Gedanke der Beschaffung geeigneten Pflegepersonals für bettlägerige Kranke im Haus war naheliegend. Es sind das freilich alles Maßnahmen, die zwar nicht unmittelbar zur Aufgabe der Krankenkassen gehören, aber dennoch hätten in Angriff genommen werden können.

In Anbetracht aller dieser Umstände erscheint als die einzig rationelle Lösung des Problems der Ausgleich zwischen Krankenkassen und Ärzten. Es läßt sich schwer begreifen warum dieser Ausgleich noch länger auf sich warten lassen sollte. Denn bei näherer Untersuchung erscheinen die Hinderungsgründe als nicht durch die Sachlage sondern durch Fehler in der Entwicklung und falscher Auffassung der gegenseitigen Verhältnisse begründet.

Als ein solcher Fehler erscheint mir die Ansicht, daß es sich in diesem Streit um entgegengesetzte politische Interessen handelt. Die Kassen, nimmt man vielfach an, vertreten die Forderungen der Sozialdemokratie, die Ärzte die des Liberalismus, und weil es zwischen diesen Parteien eine Versöhnung nicht geben könne, sieht man in diesen politischen Gegensätzen die Erklärung für den unversöhnlichen Gegensatz zwischen den Kassen und den Ärzten. Diese Auffassung ist meiner Ansicht nach völlig verkehrt, sie entspricht nicht den Tatsachen und ist in sich haltlos. Die Kassen bilden zwar eine als Gegensatz zu den Ärzten gedachte Einheit,

sind aber unter einander sehr verschieden und verfolgen verschiedene Bestrebungen. Neben den Ortskrankenkassen gibt es Innungs- und Betriebskassen, Kassen christlicher Vereine, Hirsch-Dunckersche Kassen usw. Es ist nun sehr unwahrscheinlich, daß zum Beispiel die Vorstände der Betriebskrankenkassen sozialdemokratische Tendenzen bei der Regelung ihrer Beziehungen zu den Ärzten verfolgen sollten. Wenn sie und die Vorstände anderer Kassen mit den angeblich sozialdemokratischen Ortskassen zusammengehen, so kann dies nur geschehen, soweit dabei eine politische Absicht ausgeschlossen ist und nur versicherungstechnische Fragen zu lösen sind. Schon hieraus geht hervor, daß es nicht politische Differenzen sein können, die den Gegensatz erklären, sondern versicherungstechnische Schwierigkeiten. Wenn politische Motive in diesen Kampf hineingetragen sind, so sind sie ein nicht hingehöriges Moment. Das einzige Interesse, das man der sozialdemokratischen Partei hierbei imputieren könnte, wäre höchstens dieses, daß der Kampf der Krankenkassen gegen die Ärzte ein Mittel ist die Mitglieder der Krankenkassen zu organisieren und aus ihrer Interesselosigkeit zu wecken, um sie auf anderen Gebieten in Bereitschaft zu haben. Das wäre dann aber ein Bestreben, das mit dem Gegensatz zwischen Ärzten und Krankenkassen nichts zu tun hat, und würde bedeuten, daß dieser gewissermaßen künstlich aufrecht erhalten wird, um ein Kampfobjekt und Organisationsmotiv zu schaffen: eine Unterstellung, die bisher auch kaum ein Gegner der Sozialdemokratie gewagt hat. Das selbe Resultat ergibt sich, wenn wir einzelne Forderungen der Kassen auf ihre politische Tendenz prüfen. Die Forderung fixierter Distriktsärzte entspricht durchaus nicht dem sozialdemokratischen Prinzip, dürfte unter den gegenwärtigen Verhältnissen vielmehr reaktionäre Wirkungen haben, insofern als sie die Macht des einzelnen Arztes beträchtlich erweitert und die Bewegungsfreiheit der einzelnen Versicherten im Verhältnis zu dem System der freien Arztwahl erheblich einschränkt. Die Forderung des Rechts der Anstellung und Beaufsichtigung der Ärzte ist gleichfalls reaktionär und ähnelt den Forderungen der Fabrikbesitzer, die sich das Recht der Anstellung und Entlassung der Arbeiter nicht nehmen lassen wollen, weil sie *Herr im eigenen Haus* bleiben wollen. Die Forderung der Niedrighaltung des ärztlichen Honorars entspricht ökonomischen Tendenzen und hat mit der Politik nichts zu tun. Die so oft wiederkehrende Behauptung im ärztlichen Lager, daß die Opposition der Krankenkassen gegen die ärztlichen Forderungen auf die politische Gegnerschaft der Krankenkassen zurückzuführen ist, scheint mir somit gänzlich widerlegt.

Ebensowenig haben die Forderungen der Ärzte nach Erhöhung des Honorars und Unabhängigkeit bei der Anstellung und Ausübung des Berufs einen politischen Charakter. Sie entspringen nicht dem Boden des Liberalismus, wie dies von Theodor Plaut in seinem Buch *Der Gewerkschaftskampf der deutschen Ärzte*, meiner Meinung nach ganz zu Unrecht, angenommen wird. Zur Aufstellung der Forderung der freien Arztwahl ist man erst dadurch gekommen, daß die bisherige Lösung der Kassenarzfrage, wie oben auseinandergesetzt wurde, die schwersten Mängel für die Versicherten und den ärztlichen Stand enthielt. Die Forderung der Honorarerhöhung könnte einen politischen Hintergrund haben, wenn man den Ärzten unterschiebt, daß sie nur deswegen höhere Einnahmen haben wollen, weil sie glauben einer

höhern, der Arbeiterschaft feindlich gegenüberstehenden Bevölkerungsklasse anzugehören, und wenn diese Forderung ganz ohne Rücksicht auf das Einkommen der Kassen aufgestellt würde. Die Begründung, die die Ärzte dieser Forderung geben, entbehrt aber jedes politischen Hintergrunds. Sie halten sie für berechtigt und notwendig, weil jede Herabsetzung der Bezahlung der Einzelleistung deren Qualität ungünstig beeinflussen muß, so daß durch ein Mehr an Einzelleistungen eingebracht werden muß, was an der gesellschaftlich notwendigen Höhe der Bezahlung verloren geht, wenn ein gewisser *standard of life* erhalten werden soll, den der einzelne Arzt haben muß, um seine Tätigkeit mit den Hilfsmitteln der Wissenschaft ausüben zu können. Die Forderung wird deswegen nicht nur den Arbeiterkrankenkassen, sondern auch allen staatlichen sowohl wie privaten gegenüber geltend gemacht.

Es ist daher falsch den Gegensatz zwischen Krankenkassen und Ärzten aus politischen Motiven erklären zu wollen, und man muß die Annahme fallen lassen, daß deswegen die Gegensätze unausgleichbar seien.

Als zweiten Grund für die Unversöhnbarkeit der beiden Gruppen führt man den wirtschaftlichen Gegensatz an. Jede Erhöhung des Arzthonorars bringt für die Kassen als Folge eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge. Wenn diese nun schon bei nicht ausreichendem Honorar unerschwingbar hohe sind, wie die Kassen behaupten, dann muß es einen Unsinn bedeuten sie durch Bewilligung höherer Honorarforderungen noch weiter steigern zu wollen. Verzichten die Kassen ferner etwa durch Einführung der freien Arztwahl auf das Anstellungsrecht den Ärzten gegenüber und das damit verbundene Aufsichtsrecht, so daß sie nicht mehr überwachen können, ob die ärztlichen Leistungen die Anforderungen der Mitglieder befriedigen, dann haben sie nicht einmal die Sicherheit, daß die erhöhten Mitgliederbeiträge mit Verbesserungen der ärztlichen Leistungen gelohnt werden. Nun erscheint es mir aber keineswegs ausgemacht, daß die Mitgliederbeiträge schon jetzt im allgemeinen unerschwinglich hohe sind, wenn man in Betracht zieht, welche Gegenleistungen die Mitglieder dafür zu erwarten haben. Sie erhalten freien Arzt, freie Arznei, freien Krankenhausaufenthalt, bares Krankengeld wöchentlich für die Dauer von 26 Wochen, Wöchnerinnenunterstützung und Sterbegeld. In Anbetracht dieser Gegenleistung, die von einer großen Anzahl Kassenmitglieder sehr oft, von manchen Jahr für Jahr teilweise in Anspruch genommen wird, erscheint es nur billig, daß auch die Kassenbeiträge eine entsprechende, wenn auch natürlich erschwingliche Höhe haben müssen. Unmögliches zu verlangen und ausbeuterisch zu wirken liegt den ärztlichen Forderungen auch vollkommen fern, wie aus dem Vertragsentwurf hervorgeht, den der Ausschuß des *Verbandes der Berliner Kassenärzte* ausgearbeitet hat. Der Referent, Sanitätsrat Sternberg, schlug vor von den Kassen das Honorar in Form eines Pauschale, berechnet nach Kopf der Mitglieder, zu verlangen, das je nach der Leistungsfähigkeit der Kassen gestaffelt wird. Er sagt: »Die zukünftigen Forderungen müssen sich auf einer mittlern Linie bewegen, bedingt durch die Interessen der Ärzte einerseits und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kassen andererseits.« Er hat gefunden, daß die Beiträge der Kassenmitglieder in Berlin verschieden hoch sind und zwischen 27 und 60 Mark schwanken. Er

schlägt vor für die Kassen mit niedrigstem Beitrag eine Grundgebühr zu fordern, und dann eine Gruppeneinteilung von 5 zu 5 Mark zu machen und dementsprechend die Pauschalforderungen von Stufe zu Stufe zu erhöhen. Diese Vorschläge erscheinen durchaus diskutabel. Jedenfalls lassen sie erkennen, daß eine absolute Verständnislosigkeit in sozialen Fragen bei den Ärzten nicht vorliegt, und die Honorarfrage keineswegs die Annahme der Unüberbrückbarkeit der Gegensätze zwischen Kassen und Ärzten rechtfertigt.

Auch das Überwachungsrecht der ärztlichen Tätigkeit durch die Kassen darf nicht Gegenstand dauernder Kämpfe bleiben. Durch die Einrichtung von Schiedsgerichten, die zu gleichen Teilen aus Ärzten und Kassenmitgliedern mit einem unparteiischen Vorsitzenden bestehen, ist den Kassen eine vollkommene Gelegenheit geboten über minderwertige ärztliche Leistungen, Mangel an Interesse und Rücksicht gegenüber den Kassenkranken, über Verschleuderung von Kassenvermögen und Nichtbefolgung der Instruktionen Beschwerde zu führen.

Von großer Wichtigkeit bleibt noch die Einigung über das Arztsystem. Es wäre von gar nicht genug zu würdigender Bedeutung, wenn auch dieses einheitlich bei allen Kassen geregelt werden könnte, nach dem Muster der freien Arztwahl, und damit die kleinlichen Interessengegensätze unter den Ärzten beseitigt würden. Bei der gegenwärtigen Stellung der Kassen zu dem System der freien Arztwahl ist darauf aber nicht zu hoffen. Der *Verband der Berliner Kassenärzte* hat diesem Umstand Rechnung getragen, indem er in seinem Vertragsentwurf es den Kassen überläßt das Arztsystem, das sie haben wollen, selbst zu bestimmen. Damit ist jedenfalls einer der wesentlichsten Streitpunkte aus dem Weg geräumt. Es bleibt dann nur übrig die gegenseitige Erbitterung zu überwinden, die jeden Ausgleichsversuch von vornherein lahmzulegen droht, weil sie sich nicht nur auf objektive Gründe stützt sondern aus sich heraus eigene Kraft saugt und zu einer Sache der Persönlichkeit geworden ist. Den Kassen ist, wie oben gesagt, der *Leipziger Verband* gründlich verhaßt, sie bekämpfen alles, was von ihm kommt, schon deshalb, weil es von ihm kommt, und der *Leipziger Verband* haßt die Kassen, weil er sie für verbohrt und parteiisch hält. *Ausbeuter* schallt es von der einen Seite, *sozialdemokratische Drahtzieher* hallt es von der andern zurück. Dieser Haß verdunkelt jede Klarheit des Wegs. Soll dieser unwürdige, hoffnungslose Zustand überwunden werden, so muß die Vergangenheit als Vergangenheit angesehen werden, und die Tonart muß sich ändern. So hoch ich die Tatsache schätze, daß durch den *Leipziger Verband* eine Organisation der Ärzte Deutschlands zustande gekommen ist, so möchte ich in ihm doch nicht ein Organ des Kampfes sehen, das diesen Kampf mit den rigorosesten Mitteln durchzuführen hat, sondern noch viel mehr ein Organ der Vermittlung zwischen Ärzten und Krankenkassen, das mit seinen großen Mitteln die Humanitas der Ärzte in breitester Fläche zu bewähren hat. Nur dann wird der *Leipziger Verband* Ärzten und Kassen zugleich zum Segen gereichen.

Ich habe nachzuweisen versucht, daß es prinzipielle Gegensätze zwischen Krankenkassen und Ärzten, die einen dauernden Zwiespalt berechtigt erscheinen lassen würden, nicht gibt. Es leuchtet ein, daß bei einigem guten

Willen eine Einigung über alle bisherigen Differenzen zustande kommen kann. Die Gelegenheit dazu bietet sich jetzt durch die Neugestaltung des Kassenwesens infolge der Reichsversicherungsordnung und die bevorstehenden Vertragsverhandlungen zwischen Kassen und Ärzten. Es ist die höchste soziale Pflicht der mit den Verhandlungen Betrauten diese Gelegenheit wahrzunehmen auf alle kleinlichen Rechthabereien zu verzichten und das große Werk der Einigung zustande zu bringen, von dem aus eine neue Ära der Entwicklung des Kassenwesens beginnen könnte.

XX
PAUL KAMPFFMEYER · DAS PROBLEM DER PROSTITUTION

 EDEN wir heute von der Überführung der Produktions- und Verkehrsmittel in die Hände der Gesellschaft, so werden wir dabei nicht nur die verschiedenen Formen der organisierten Gesellschaft: den Staat, die Gemeinde, die öffentlichrechtlichen sozialen Körperschaften, die Genossenschaften usw. ins Auge fassen, sondern auch die historischen Entwicklungsphasen aller dieser Gemeinschaftsformen. Wir sind uns nicht nur bewußt, daß bestimmte soziale Fragen allein vom Staat oder von der Gemeinde, sondern auch, daß sie von einem ganz bestimmt konstruierten Staat und einer ganz konkret aufgebauten Gemeinde gelöst werden können. Mit einem Wort, wir sind dem historisch-sozialen Moment der Gesellschaftsformen auf die Spur gekommen. Die sozialistische Gesellschaft ist uns ein historischer Begriff geworden, und wir sehen eine ganze Reihe sozialistischer Gesellschaftsformen voraus, die wohl alle auf einem gewissen gesellschaftlichen Gemeinbesitz fußen, die aber nach dem Reifegrad der Produktionsentwicklung große Unterschiede in ihrer Struktur und ihren Funktionen aufzuweisen haben. Im *Kapital* spricht Marx einmal von einer sozialistisch produzierenden Gesellschaft, von einem Verein freier Menschen, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten, und in dieser Gesellschaft wechselt die Art der Verteilung der Arbeitsprodukte »mit der besondern Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden geschichtlichen Entwicklungshöhe der Produzenten«. Die sozialistische Gesellschaft ist somit kein fester Kristall sondern ein sehr bildsamer, entwicklungsfähiger Organismus. Und diese Gesellschaft, wie sie selbst mannigfaltigen Umbildungen unterliegt, kennt selbstverständlich in ihrem Werdeprozeß verschiedene Vorstadien. Ein Sprung vom rassenrechten Kapitalismus zum reinen Sozialismus ist eben undenkbar. Das Utopistische, das in der Vorstellung dieses luftigen Riesensprungs liegt, ist heute durchweg überwunden. Wir stellen uns die sozialistische Gesellschaft sehr konkret vor, namentlich die mit dem Kapitalismus noch eng zusammenhängende sozialistische Gesellschaft. Und im Hinblick auf diesen engen und festen Zusammenhang der beiden historischen sozialen Welten begreifen wir, daß es nie sogenannte *endgültige, absolute Lösungen bestimmter sozialer Fragen* gibt sondern nur relative.

Die nur relative, historische Lösbarkeit, die allen großen sozialen Problemen eigentümlich ist, tritt nun kaum so lebendig, so greifbar in Erschei-

nung wie bei der Prostitutionsfrage. Vor etwa 20 Jahren fanden wir für das Sphinxrätsel der Prostitution noch sehr schnell das erlösende Wort: Beseitigung des Kapitalismus durch den Sozialismus. In diesem Sinn führte die radikale jungsozialistische Schrift des Genossen Dr. H. Lux über die Prostitution aus, daß nur die Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise der Prostitution die Lebensader unterbinden könne. Denn die wirtschaftlichen Verhältnisse spitzen sich ständig zu, immer größer werde die Reservearmee der Arbeitslosen, und immer mehr Frauen und Kinder werden für Hungerlöhne eingestellt, und daher können die zur Bekämpfung der Prostitution angewandten Palliativmittel das unaufhaltsame Fortschreiten der Dekadenz, der immer weitem Ausbreitung der Prostitution nicht in Wirklichkeit hindern. Diese Entwicklung mit ihrer vollständigen Syphilisation der Gesellschaft sah Dr. Lux als naturnotwendig an. »Die gegenwärtige Gesellschaft«, meinte er, »aus der die sozialistische Gesellschaft mit Naturnotwendigkeit sich heraus entwickelt, ist freilich verfault bis in das innerste Mark der Knochen, und, wie wir gesehen haben, schon die unschuldigen Kinder werden im Mutterleib vergiftet. Keine Gesellschaftsschicht mehr ist frei von dem Gift der Syphilis, und ein körperlich degeneriertes Geschlecht wird das Erbe des verendenden Kapitalismus antreten. Darüber kann kein Streit sein.« Hier war einmal mit Konsequenz die Verelendungstheorie bis auf die äußerste Spitze getrieben: Das ganze menschliche Geschlecht degenerierte da unter der vom Kapitalismus treibhausmäßig entwickelten Massenprostitution. Eine prächtige Aussicht eröffnete sich der neuen sozialistischen Menschheit, die Aussicht auf ein völlig syphilitisiertes Geschlecht, und ein schöner Trost ward der degenerierten, zugrunde gerichteten Rasse zuteil: der Trost auf die Wissenschaft, die uns dann Bahnen weisen wird dem gefährlichen Feind der Menschheit, der Syphilis, unsere Stärke zu zeigen. Ob aber einem völlig degenerierten Geschlecht selbst die besten wissenschaftlichen Behandlungen der Syphilis, die vollkommensten Ehrlich-Hata-Kuren noch helfen können, das ließ der jungsozialistische Verfasser der Prostitutionsschrift völlig unentschieden. Er sündigte literarisch in dieser Hinsicht, wie wir sozialistisch-radikale *Jungen* damals alle sündigten. Wir überboten uns in Ausdrücken über die Verelendung, die Degeneration des Proletariats und über die naturnotwendige wachsende Zuspitzung dieses Elends, ohne uns je zu überlegen, ob denn eine solche entartete, zugrunde gerichtete proletarische Rasse überhaupt noch durch den Sozialismus zu regenerieren sei.

Die Prostitutionsbroschüre unseres Genossen Dr. Lux ist ein typisches Beispiel, wie wir Sozialdemokraten früher überhaupt das Prostitutionsproblem behandelten. Heute sieht man in sozialistischen Kreisen das Prostitutionsproblem mit wesentlich anderen Augen an als in dem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts. Man umgreift heute fest den die Prostitutionsfrage einschließenden großen Komplex sozialetischer und sozialhygienischer Fragen. Die Fragen präzisieren, sie richtig stellen, das heißt aber sie zum Teil lösen oder wenigstens ihre Lösbarkeit für die Gesellschaft dartun. Man hat die sozialökonomische, die sozialetische und vor allem die sozialhygienische Seite der Prostitutionsfrage klar erfaßt, und gerade Sozialisten, wie Professor Blaschko haben uns die sozialhygienische Eigenart des Prostitutionsproblems erschlossen. Der die Rasse verwüstende Einfluß

der Prostitution wurde in seiner ganzen grauenvollen Größe in Flugblättern und Flugschriften den breiten Massen vor Augen gerückt. Und gerade bei dieser Aufklärungsarbeit betätigten sich sozialdemokratisch gerichtete Hygieniker und Propagandisten obenan. Mit einer tiefgreifenden Belehrungsarbeit verband man bald eine gründliche sanitäre Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Öffentlichrechtliche Institutionen wie Krankenkassen und Landesversicherungsanstalten wandten erhebliche Mittel zur Behandlung der venerischen Leiden auf. Namentlich hat die Berliner Landesversicherungsanstalt auf diesem Gebiet Hervorragendes geleistet.

Die frühere sozialdemokratische Anschauung von der völligen Ohnmacht der heutigen Gesellschaft gegenüber der verheerenden Volksseuche der Syphilis ist längst abgetan. Die venerischen Leiden wie die Syphilis sind vorwiegend städtische und vor allem großstädtische Leiden. Die Guttstedtsche Enquete der Geschlechtskrankheiten Preußens vom 30. April 1900 zeigte, daß von den 40 902 ermittelten Geschlechtskranken allein Berlin 11 000 aufwies. 61,36% sämtlicher geschlechtskranken Männer und 60,83% der geschlechtskranken Frauen wurden schon in 17 preußischen Großstädten angetroffen. Je kleiner im allgemeinen die Stadt, desto geringer die Zahl der venerischen Erkrankungen; das kann als gültiges Gesetz für die Verbreitung der venerischen Krankheiten im allgemeinen aufgestellt werden. Nur einige Hafen-, Fremdenverkehrs- und Garnisonstädte bilden eine Ausnahme. In welchem Umfang die venerischen Leiden wirkliche städtische Krankheiten sind, dafür diene als durchschlagender Beweis folgende von Guttstedt festgestellte Tatsache: Im Jahr 1900 befanden sich in 107 preußischen Städten mit einer erwachsenen Bevölkerung von 5,46 Millionen 32 064 Venerische, dagegen in den übrigen, vorwiegend ländlichen Ortschaften Preußens mit einer Bevölkerung von 16,68 Millionen nur 8838. Auf die Großstädte sind daher vor allem die hygienischen Maßnahmen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu konzentrieren. Hier ist die unentgeltliche Behandlung aller Geschlechtskrankheiten zum Grundsatz zu erheben, hier ist der bereits in Dänemark gehandhabte ärztliche Behandlungszwang der Venerischen einzuführen, hier ist eine sanitäre Wohnungsinspektion und Wohnungspflege zur Bekämpfung aller Volksseuchen einzuführen. Werden wir einst, so betonte ich schon vor Jahren, in dem Land der öffentlichrechtlich organisierten Krankenfürsorge noch Institute erhalten, die der Krankenversicherung nicht unterstellten Venerischen unserer Großstädte unentgeltliche Heilbehandlung und ein Krankengeld zum notwendigen Unterhalt ihres Lebens gewähren, so werden durch eine umsichtige sanitäre Wohnungspflege zahlreiche geschlechtskranke Prostituierte der Heilung ihrer Leiden zugeführt werden können. Und damit würde eine entscheidende Schlacht gegen die Venerie überhaupt geschlagen werden, denn die Prostituierte ist die Hauptverbreiterin der Geschlechtskrankheiten.

Von der Möglichkeit der Ausmerzungen der Geschlechtskrankheiten sind heute schon viele Spezialärzte für Haut- und Sexualleiden überzeugt. Ich nenne hier nur Dr. Iwan Bloch. Und doch sind erst recht bescheidene Scharmützel gegen die venerische Seuche geschlagen worden. Aber an tiefgreifenden Erfolgen in diesen kleinen Gefechten hat es nicht gefehlt.

Wo man jedoch ernsthaft den Geschlechtskrankheiten zu Leibe ging, wie in Schweden, Norwegen und Bosnien, da erzielte man nach Bloch eine »kolossale Abnahme der Zahl der Venerischen«. Die Beseitigung der Geschlechtskrankheiten durch tiefgreifende sozialhygienische Maßnahmen würde den gefährlichen Charakter der Prostitution erheblich modifizieren. Eine der wesentlichsten Wirkungen dieser sozialen Massenerscheinung ist ihre rassezerstörende Wirksamkeit, und daher sind gut drei Viertel aller unserer heutigen Vorkehrungen gegen die Prostitution *sanitätspolizeilicher*, hygienischer Natur. Als ein rein physisch-pathologisches Phänomen, als ein die Volksgesundheit schädigender Faktor ist sicher die Prostitution auszuscheiden, und in dieser Hinsicht ist sie ein lösbares Problem.

Die Lösbarkeit der Prostitutionsfrage gewinnt überhaupt dann ein völlig anderes Aussehen, wenn man sich ganz konkret die besonderen sozialgeschichtlichen Existenzbedingungen der käuflichen Liebe vergegenwärtigt. Heute gerade wie in der antiken und mittelalterlichen Zeit ist die Prostitution als Massenerscheinung vorwiegend an die Stadt gebunden. Selbst bei größter Fessellosigkeit des sexuellen Verkehrs ist auf dem platten Land die Prostitution eine verschwindende Ausnahme. Man spricht vereinzelt wohl im Braunschweigischen von *Dorhhuren*, aber diese Bezeichnung trägt hier noch etwas Altväterliches an sich. Mit *Hure* bezeichnete man früher häufig das Mädchen, das mehrere uneheliche und illegitime Kinder besaß. Die Mädchen auf dem platten Land pflegen wohl Geschlechtsverkehr, sind aber nicht käuflich. Es fehlt dort an Käufern und Käuflichen. Die Mädchen verkehren dort mit ihren Klassengenossen. Prostitution ist eben käufliche, gewerbsmäßige Hingabe einer Person. Und dort, wo nicht Klassen kaufender und sich verkaufender Personen existieren, da wurzelt die Prostitution nicht fest und tief. Die Stadt, namentlich die Großstadt mit starker Klassenmischung, ist daher der eigentliche Herd der Prostitution. Aber selbst größere Städte ohne tiefgreifende soziale Klassenunterschiede zeigen oft nur schwache Ansätze einer gewerbsmäßigen Liebe. Diese Tatsache lehrte mich vor allem die soziale Enquete, die ich im Jahr 1905 im Auftrag der *Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten* aufnahm. In Städten von sozial einheitlicher Struktur, zum Beispiel in Nurfabrikstädten wie Oberhausen, Duisburg, Remscheid, Mülheim an der Ruhr, verschwand die Prostitution fast vollständig. Von Oberhausen bemerkte die dortige Polizeiverwaltung, daß dort seit Jahren keine weiblichen Personen unter Sittenkontrolle gestanden hätten. In Duisburg war die Zahl der Prostituierten so gering, »daß eine Notwendigkeit zur Anweisung besonderer Häuser beziehungsweise Straßen für die Dirnen nicht hervorgetreten ist«. In Remscheid ist nach einer Mitteilung der Polizeiverwaltung »eine Durchseuchung der Bevölkerung mit Prostitution nicht zu konstatieren«. In Mülheim an der Ruhr standen nach einer Mitteilung des Bürgermeisters nur 2 Frauen unter sittenpolizeilicher Aufsicht. Interessant fällt in sitten- und sanitätspolizeilicher Hinsicht der Vergleich des großindustriellen Distrikts Arnberg mit der Industrie-, Verkehrs- und Fremdenstadt Berlin aus. Der Regierungsbezirk Arnberg mit Städten wie Bochum, Dortmund, Hagen, Gelsenkirchen, Siegen, Lippstadt, Hamm, Iserlohn, Altena usw. hatte 1900 ungefähr die gleiche Einwohnerzahl wie Berlin (Arnberg 1 851 319, Berlin 1 888 864). Berlin weist aber 1900 zirka 4147

Prostituierte unter sittenpolizeilicher Aufsicht auf, Arnsberg dagegen, das nur überwachte Prostituierte in Hagen, Bochum, Herne, Gelsenkirchen, Hamm und Dortmund hatte, 200 bis 300. Und dank dieser geringen Verbreitung der Prostitution bewegten sich die sexuellen Leiden in Arnsberg in verhältnismäßig engen Grenzen. Die Enquete Guttstedts über die Verbreitung der venerischen Krankheiten in Preußen ermittelte am 30. April 1900 im Regierungsbezirk Arnsberg 832 Geschlechtskranke überhaupt; auf Berlin dagegen fielen 11 598 Venerische. Die Prostitution und die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten stehen in engstem kausalem Abhängigkeitsverhältnis. Die Prostitution mit allen ihren sozialen Schattenseiten tritt in Berlin in mindestens 10facher Dimension auf als im Regierungsbezirk Arnsberg. Kapitalistisch-großindustriellen Zuschnitt haben Berlin sowohl wie der Regierungsbezirk Arnsberg (in Arnsberg ist sogar der Prozentsatz der großindustriellen Bevölkerung noch stärker als in Berlin), aber sonst differiert der soziale Charakter Arnsbergs sehr von dem Berlins. Arnsberg hat noch starke kopfreiche Familien von festem Zusammenhalt und wenig lohnarbeitende Frauen und Mädchen. In Berlin standen 1901 169 805 Frauen und Mädchen in einer krankenversicherungspflichtigen Beschäftigung, im Regierungsbezirk Arnsberg aber nur 23 715, und die Gruppen der Mädchen und Frauen, die häusliche Dienste oder wechselnde Lohnarbeit verrichteten, waren in Berlin 3mal so stark vertreten als in Arnsberg. Das große Fabrikzentrum Arnsberg weicht eben sozial wesentlich von Berlin mit seiner zahlreichen deklassierten, ökonomisch-brüchigen und daher käuflichen Bevölkerung ab. Große Gruppen einheimischer und fremder Elemente treten dieser Masse als Käufer gegenüber. In Berlin ist die Zahl der ökonomisch schlecht gelohnten Arbeiterinnen und Verkäuferinnen, der aus festem familiären und sozialen Zusammenhang losgelösten und allen Wechselfällen der Großstadt überlieferten Dienstmädchen sehr beträchtlich. Hier in der Großstadt leben in ständiger Berührung kaufende und sich verkaufende soziale Klassen. Dazu gesellt sich in Berlin eine große, planvoll organisierte Prostitutionsindustrie: das Tanzetablisement, das Nachtcafé, die Animierkneipe. Besteht einmal eine derartige Industrie an einem Ort, so hat sie die Tendenz mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Ortes selbst zu wachsen. Gerade im Hinblick auf die Ausdehnung der Prostitutionsindustrie unterscheiden sich die deutschen Großstädte sehr von einander. In München standen 1911 nur 173 Frauen unter sittenpolizeilicher Kontrolle, und nur 2574 geheime Prostituierte wurden dort gezählt. In Berlin werden seit Jahrzehnten schon 3- bis 4000 Prostituierte polizeilich überwacht, und die geheime Prostitution hat etwa dort den 10fachen Umfang wie die kontrollierte. Große Differenzen weisen Berlin und München in der eigenartigen Gestaltung des Nachtlebens, in der Zahl, der Größe und dem Charakter der Nachtcafés und Teesalons, in der Ausdehnung der Bars, in der Ausbildung besonderer Prostituiertentanzetablisements, in der Entwicklung des Animierkneipenwesens auf. Die Geschichte und der Umfang der Prostitutionsindustrie der einzelnen deutschen Großstädte ist bisher noch kaum behandelt worden, und doch dürfte sie uns sehr interessante Aufschlüsse über die eigenartigen sozialsexuellen Charaktere der einzelnen Städte geben. Eine Stadt mit einer alten Prostitutionsgeschichte entwickelt sich sozialsexuell ganz anders als eine Stadt, die erst in jüngerer

ster Vergangenheit emporschoß und ohne jede Überlieferung auf dem Gebiet käuflicher Liebe ist.

Diese Ausführungen sollen nur auf die Eigenart und Kompliziertheit des Prostitutionsproblems überhaupt hinweisen. So muß vor allem dem speziellen Charakter der großstädtischen Prostitution der Kampf gegen diese angepaßt werden. Bei aufstrebenden Großstädten ohne Prostitutionsgeschichte ist mit Umsicht jeder Ansatz zu einer Prostitutionsindustrie auszumerzen. In Städten mit starker jugendlicher Prostitution erwachsen der Jugendfürsorge ganz besondere sozialpädagogische und sozialpolitische Aufgaben. Beispielsweise wirkt die Arbeitslosigkeit furchtbar verhängnisvoll auf die jungen, vom Land gebürtigen Dienstmädchen ein. So stellt der Münchener Jugendstaatsanwalt Rupprecht in seiner Arbeit *Die Prostitution jugendlicher Mädchen in der Münchener Medizinischen Wochenschrift* für München in 25 Fällen fest, daß »das junge Mädchen schon sehr frühzeitig, oft unmittelbar nach Erledigung der Werkstattpflicht, aus dem meist mit Kindern reich gesegneten väterlichen Haus fort mußte, um bei fremden Leuten sich selbst sein Brot zu verdienen. Mit dieser Entfernung vom elterlichen Heim hört in der Regel auch die Überwachung durch die Eltern auf; sich selbst überlassen, von der Dienstherrschaft nicht betreut, häufig auch ohne Dienststelle, gerät das junge Ding auf Abwege. . . Es ist bezeichnend für die geringe Wertung ihrer menschlichen Würde, aber auch für die Geschäftsunerfahrenheit, wenn man so sagen darf, und für die oft unsagbar drückende Verlassenheit und Notlage der Dirnen dieses Alters, daß sie überwiegend um geradezu unglaublich niedrige Gegenleistungen ihren Körper prostituieren. Oft war es nur die Zeche in einem minderen Gasthaus, die als Entgelt diente; um 25 Pfennig und 50 Pfennig schon gewährten andere ihre Gunst; in 45 Fällen konnte erhoben werden, daß die Entschädigung zwischen 1 Mark und 3 Mark schwankte; nur 34 Mädchen verlangten eine höhere Bezahlung.« Ein durchgreifender Jugendschutz, der sich auf diese stellunglosen Mädchen erstreckt und der im gegebenen Fall mit weitsichtigen Fürsorgeerziehungsmaßnahmen vorgeht, könnte ganze Gruppen jugendlicher Mädchen vor dem Versinken in die Prostitution bewahren.

Den natürlichen sexuellen Umgang des Klassengenossen mit der Klassengenossin, wie er auf dem platten Land und in der Fabrikstadt üblich ist, ersetzte vielfach in der Großstadt der durch Geld vermittelte Verkehr des Mannes mit der Nichtklassengenossin. An den Umgang mit der gleichberechtigten Klassengenossin knüpfen sich in der bürgerlichen Gesellschaft zahlreiche Verpflichtungen, vor allem die Sorge für den standesgemäßen Unterhalt dieser Genossin. Weshalb nun diese lastenden Verpflichtungen auf sich nehmen, da sich der sexuelle Umgang mit Nichtklassengenossinnen durch Geld mehr oder weniger billig realisieren läßt? Da setzt die Prostitutionsindustrie ein mit ihren Agenten. Zuhälter fangen die ökonomisch und sittlich entgleisten Mädchen ein, Zuhälter halten diese an dem einmal ergriffenen Gewerbe fest. Für den Sinnenrausch sorgt das Nachtcafé mit seinem Prostitutionsparfüm, seiner leichten Operetten- und Gassenhauer- musik und seinen alkoholischen Reizmitteln. Der Aufwand für die Prostitution in Deutschland wird vom Finanzrat Losch auf 300 bis 500 Millionen

geordneten Kleinigkeiten zu spüren und die geringsten Veränderungen der materiellen Oberflächen menschlich und künstlerisch zu achten, als wären sie die Deutungen der letzten Rätsel des Daseins: er duldet nicht, daß sein Genie auf dem Niveau einer nur naiv, bewußtlos registrierenden Sensibilität blieb, sondern er machte aus ihm einen zuchtvollen künstlerischen Bewußtseinsakt, aus seinen Impressionen Leistungen, aus seiner empfangenden Passivität zeugende Tätigkeit, aus dem Gelegentlichen ein System. Der Kultus der Ruhe, der Kultus der körperlichen Trägheit war ihm der erarbeitete Gegensatz zu seiner Impressionabilität, dessen er bedurfte, um aus ihr einen Stil von vollendeter Überlegenheit zu gestalten.

Flauberts Kunst war ihm (so sehr das die Literaturklerisei verblüffen mag, die ihn mit pflichtgemäßer, aber heimlich mißbilligender Bewunderung unter die Realisten oder unter die Naturalisten gesetzt hat) zuerst und zuletzt eine Klangfrage. Er ließ seine Romane und Novellen durch sein *gueuloir* passieren. Er trug sich in dem großen Arbeitszimmer, von dem sich der Schall seiner Stimme nach Maupassants Erzählung wie der Kommandoruf eines alten Keltenhäuptlings über die breiten Wasser der untern Seine hinüberschwang, unaufhörlich selber seine Prosa vor, die er nach allen Gesetzen tragfähigen Sprachenbaus aufrichtete.

»Ein Satz ist Leben, wenn er allen Notwendigkeiten der Atmung entspricht. Ich weiß, ob er gut ist, sobald ich ihn mir ganz laut vorgetragen habe.«

In Flauberts Prosa ist die 300jährige rhetorische Tradition der *Comédie française*. Das ging bei Flaubert so weit, daß er sich dem fertigen Klang zuliebe weigerte sachliche Veränderungen in der gedanklichen Fassung vorzunehmen, selbst wenn er diese Veränderungen als notwendig betrachtete. Man bemerkte ihm, daß in der Geschichte *Ein einfältiges Herz* eine psychologische Unwahrscheinlichkeit entwickelt sei. Man sagte (sachlich sehr zu Unrecht), ein so einfältiges Herz wie die Dienstmagd Felicitas könne unmöglich auf Ideenassoziationen kommen, unter deren Einfluß sie ihren bunten Papagei Lulu mit dem Heiligen Geist verwechsle und ihn auf einen Altar stifte. Flaubert erwiderte unnötig betroffen: »Sie haben recht, aber — sehen Sie, ich müßte meinen Satzbau verändern.« Die Sache ließ ihm aber doch keine Ruhe. Er setzte sich eine ganze Nacht hin, modellierte an den Worten herum, beschrieb Seite um Seite und radierte Satz um Satz wieder aus, um neu zu schreiben. Schließlich vernichtete er die Veränderungen, um zum ursprünglichen Wortlaut zurückzukehren. Es war ihm nicht gelungen eine Phraseologie zu dichten, die der ursprünglichen an Klangschönheit ebenbürtig war. Und er schloß das verzweifelte Suchen mit den Worten: »Schlimm genug für den Sinn. Aber der Rhythmus geht über alles.«

Man suche einmal in die Manuskripttechnik Flauberts hineinzusehen. Er schrieb für eine Sache 3, 4, 5 Manuskripte. Die ersten Manuskripte wimmeln von Korrekturen und sind voller Rasur. Das letzte ist tadellos rein. Das letzte Manuskript mußte seiner unbezwinglichen, bis zur Überreiztheit, bis zur Pedanterie, bis zur Hypochondrie getriebenen Geschlechtsbegierde nach unbedingter formaler Reinlichkeit Sättigung geben. Gustave Lanson sagt, die Wahl eines Eigenschaftswortes habe dem Dichter den Angstschweiß auf die Stirn getrieben. Zeitgenossen versichern, Flaubert habe eine Leidenschaft für Boileau und alles Hochklassische, auch für den romantischen Formalismus Victor Hugos und das Polyästhetentum Gautiers gehabt und

habe von den großen Stilisten Frankreichs gesagt: »Es muß einer ein Genie sein, wenn er solche Adjektive findet.« Ihn selber bewegte sein Leben lang eigentlich nur ein Gedanke: der Gedanke an die prästabilisierte Harmonie zwischen Ding und Ausdruck. Er wachte über diesem Weltgesetz mit der feierlichen Lauterkeit eines Platonikers. Er arbeitete an der literarischen Effektivierung dieses Gesetzes mit der Anstrengung eines Lastträgers. Er bekannte dies Gesetz, das den Inbegriff seines Kunstwerks bildet, mit Worten, die berühmt geworden sind:

»Unter allen diesen Ausdrücken, allen diesen Formeln, allen diesen Wendungen gibt es immer nur einen Ausdruck, nur eine Formel, nur eine Wendung, kurz immer nur eine Möglichkeit das zu sagen, was ich sagen will.«

Dies ist der *Realist*. Sein Realismus setzte sich in Arabesken um. Nicht das Ding ist die Hauptsache sondern die stumme Identifikation des Dings mit dem Ausdruck, die geräuschlose Erschöpfung des Sachlichen durch die Form, die selbstverständliche Überwindung des Gegenstands durch die Linie, die ihn zeichnet, und die, während sie das Gegenständliche umschreibt, sich selber zur abstrakt schönen Bedeutung rundet.

»Wenn die Ereignisse der Welt (sobald sie die erste brutale Perzeption durchlaufen haben) dir wie übersetzt erscheinen, wie eine Fiktion des Dinglichen, die nur da ist, um gemacht zu sein und beschrieben zu werden, wenn alle Dinge, selbst dein eigenes Dasein, dir keinen andern Sinn mehr haben als den da: dann magst du dichten.«

Flaubert war erbitterter Formalist. Er war Künstler. Einteilungen wie Realismus, Romantik, Klassik, Naturalismus verschmelzen in der gemeinsamen Wesenheit aller Kunst. Sofern sie taugen, sind sie alle Form. Und darum, daß sie es sind, bleiben sie alle wertvoll. Allein ihre absolute Schönheit, durch die sie alle zusammen gehören und alle uns gehören, wächst aus den Relativitäten der Zeitalter hervor. Das absolute Kunstwerk existiert nicht. Es existieren nur die künstlerischen Relativa, die sich auf das gemeinschaftliche Wesen aller Kunst zurückbeziehen. So entwickelt sich auch bei Flaubert das Künstlerische an ganz besonderen Aufgaben. Trotz ihrer ungeheuren Allgemeingültigkeit geht die Kunst Flauberts von bestimmten Stofflichkeiten und von spezifisch differenzierten Anschauungsformen aus.

Madame Bovary ist eine zwingende Formulierung der Banalität des Daseins: und eine zwingende Formulierung der Hysterie, die mit dieser Banalität im täglichen, zerreibenden Kampf liegt. Dies Problem ist allgemein genug, um immer begriffen zu werden. Immer lag der hymnische Geist des Menschen mit den regungslosen Tatsächlichkeiten des Lebens, mit der schmierigen Langeweile des Zeitverlaufs, den der verzweifelnde Enthusiasmus *Entwicklung* getauft hat, im trägen Streit. Und immer wird es so bleiben. Aber Flaubert erfaßte vielleicht den klassisch öden *Sonntagnachmittag* dieses Problems. Der klassische Moment dieses Konflikts begann mit Alfred de Musset: mit jener enttäuschten, herabgestimmten Generation, deren Mütter noch wie Mütter von Gracchen in den erschütternden Tagen der Revolution und Napoleons heroisch schwanger gegangen waren. Es kam die mumifizierte Legitimität der Restauration und die bürgerliche Ereignislosigkeit der Julimonarchie. Es kam der Stumpsinn des Daseins mit einer Breite und Schwere — oder nein: mit einer Gleichgültigkeit ohne Ausmaße und ohne Gewicht, wie er vorher in der Welt vielleicht nie erhört worden war. Flaubert entwickelt das kollektive Problem der Zeit an dem ausdrucksvollsten aller Beispiele: an dem Leben der Frau eines französischen Landarztes von 1840.

Die Generation von 1810, die stolze Generation Géricaults schimmert noch herüber. Ihr Glanz liegt freilich auf Karikaturen. Sie lebt noch in dem alten Bonvivant Bovary père, der die glorreichen Zeiten des Kaiserreichs durch militärischen Rockschnitt, Faulheit, Schnapskonsum und heldische Tabagiezoten feiert. Der Sohn dieses Mannes hat schon so wenig Form, daß er seinen Namen nicht richtig sprechen kann. Charles Bovary nennt sich *Charbovary* und muß deshalb schon in der Schule 20mal *ridiculus sum* schreiben. Er hält sich als Student mit Befriedigung für einen Lebemann, weil er in einer Weiberkneipe ein paarmal Domino gespielt hat. Er hat die loyale Konkupiszenz der Untertanen Karls X. oder Louis Philippes. Er heiratet auf Befehl seiner Mama das kleine Kapital der alten Frau Dubuc, die um »Tropfen für ihren Husten und etwas Liebe« bittet: eine sentimentale Xanthippe, deren Füße »kalt wie Eisklumpen« an die Beine des Bettgenossen rühren. Dann heiratet er Emma Rouault. Seine Sinnlichkeit erreicht den Gipfel des Glücks und der erotischen Kultur: er bemerkt in der mit Läden verschlossenen Küche an einem lasziven Sommertag auf Emmas Nacken kleine, feine Schweißperlen. Emma selber erwartet vom Leben das Ungeheure, das ihr die kitschige und feige Romantik ihrer Erziehung versprochen hat. Sie hat *Paul et Virginie* mit Rührung, Walter Scott in jungfräulichem Rausch gelesen und im Klosterpensionat den liebenswürdigen Dekadenten der Legalität und der Einfalt, Chateaubriand, in Fragmenten des *Génie du christianisme* kennen gelernt. Auch erinnert sie sich in ihrer Backfischzeit einmal von einem etwas zerkratzten Porzellan gegessen zu haben, auf dem die Geschichte des Fräuleins de Lavallière abgebildet war. Mit dieser Vorbildung und einigem Hausfrauentalent heiratet sie den Landarzt Charbovary. In seinem Konsultationszimmer befindet sich ein antiquarisch gekauftes und unaufgeschnittenes Exemplar des *Handwörterbuchs der medizinischen Wissenschaften*. Während der Sprechstunde dringt der Geruch der braunen Butter durch die Wand. In der Küche kann Emma die Kranken husten und ihre Leiden erzählen hören. Die ehelichen Gespräche Karls sind »platt wie das Straßenpflaster«. Er ist im Besitz der hübschen Emma von einer empörenden Zufriedenheit und immer »froh, wenn er wieder zu Hause ist«, um mit unanständigem Appetit und mit Frau Emma gekochtes Rindfleisch zu verzehren. Ein einziges Mal geschieht etwas Begeisterndes: Der Marquis d'Andervilliers auf Vaubyessard, der als legitimistischer Oppositioneller Stimmen wirbt, lädt Herrn und Frau Bovary zu einer Soirée. Die Instinkte der *pauvre lionne* sind in ihr gekitzelt. Sie findet weniger als je Ruhe in der Nähe ihres Ehephilisters. Sie wechseln den Ort. Aber die einzige architektonische Sehenswürdigkeit in Yonville-l'Abbaye ist eine Mairie, die ein Regierungsbaumeister im Stil der französischen Renaissance erbaut hat; die einzige malerische Merkwürdigkeit ein nazarenisches Kirchenbild fünfter Güte, das der Herr Minister des Innern gestiftet hat; die einzige Intelligenz Herr Homais, der Apotheker, der von Yonville aus, ein unerschrockener Provinzheld der Freidenkerei, das Pfaffentum befiehlt, indem er pikante Anekdoten von Priestern erzählt, die in Zivil ins Theater fuhren, um die Beine des Ballets zu visieren (>je les ai connu, moi<), und indem er sich zum »Gott des Sokrates, Franklins, Voltaires und Bérangers«, zu dem Kredo des savoyischen Vikars und zu den »unsterblichen Grundsätzen von 1789« bekennt. Das einzige Ereignis in Yonville ist eine Jahresversammlung des Landwirtevereins des Departements, bei der ein Präfekturrat eine Rede über

den Segen der Landwirtschaft, über die landesväterlichen Gesinnungen des Königs Louis Philippe und wider den Geist des Umsturzes hält. Bei dieser Versammlung lernt Frau Emma den Verführer Rodolphe kennen, den ihre von der Banalität dieses Lebens niedergedrückten Triebe suchen: sie beginnt, während die Nationalgardisten von Yonville die Butterbrote mit ihren Bajonetten aufspießen, ihre *liaison dangereuse* mit dem Gutsbesitzer, dessen erotische Routine bald pseudodelikat bald frech zu Werke geht. Von ihm geht sie zu dem Rechtspraktikanten Léon, einem hübschen und schwächlichen, guten und charakterlosen Kerl, der zum Dandy zu gesinnungstüchtig und strebsam, zum Arbeitsmenschen zu lüstern ist. Er wird ihre Maitresse. Sie gerät durch ihre Toiletten in die Hände eines Wucherers mit dem entsetzlichen Namen Lheureux. Die Vernichtung ihrer Lebenskraft vollzieht sich unter der Maske eines konventionellen Konflikts: die Geldforderungen des Geschäftsmanns treiben sie in eine flatternde Frauenangst, in der sie etwas von dem Arsen des Herrn Homais verschluckt. Die Herzen gehen in diesem Säkulum an der Mürbheit der Welt zugrunde; und das nicht einmal einfach und heroisch-direkt: sie verenden jählings an der Tücke des Objekts, an dem Zufall, der ihrer mangelhaften Lebensübersicht ein Gift in die Hände spielt. Es ist die triste Sensation der *faits divers*. Bovary, der Gatte, der gute Kerl stirbt am Stupor des Witwers wie im Schmutz. Lheureux macht mit der Begründung einer Postlinie Rouen-Yonville ein glänzendes Geschäft, und Homais, der Apotheker, der Freidenker, der Winkeldoktor wird Offizier der Ehrenlegion. Seine Schrift über die Bereitung des Ciders gewinnt ein nationalökonomisches Renomme.

Maxim Du Camp hatte das Manuskript der *Madame Bovary* übernommen, um es zu publizieren. Er tadelte freundschaftlich und stupid vor allem das eine daran, daß es aus Kleinigkeiten bestehe: »Du hast deinen Roman in einem Haufen Sachen erstickt, die an sich gut gemacht, aber ganz belanglos sind. Man sieht den Roman nicht. Wir müssen ihn freilegen.« Und Maxim, der Genius der öffentlichen Meinung, machte sich an das hier niederträchtigste aller Geschäfte: er kürzte. Er wollte aus *Madame Bovary* einen Ereignisroman machen. Und *Madame Bovary* war just der klassische Roman der Ereignislosigkeit, der Unromantik, der formlosen Trivialität des 19. Jahrhunderts. Das Leben war da nichts als die räumliche und zeitliche Ausdehnung des Nichtgeschehenden: hier und in der *Education sentimentale*.

Wenn Sainte-Beuve dies einigermaßen herausbrachte, so übte er an der *Salammbô* eine Kritik, die nicht viel weniger blöde war als die heimliche Romantik des Regisseurs Du Camp, der nach Walter Scott die Aufgabe der erzählenden Prosa noch immer im schön bewegten Ablauf der ritterlichen Ereignisse erblickte. Sainte-Beuve verübelte es einem Mann, der mit Recht die eigene Zeit zum Gegenstand der Kunst mache, daß er sich aus dem Departement Seine-Inférieure entferne und nach Afrika gehe, um den Roman einer Zeit zu schreiben, von der man fast nur einige dürftige epigraphische Reste kennt: den Roman des alten Karthago. Wie konnte ein realistischer Dichter so auf die Voraussetzungen seiner eigenen Kunst verzichten? Wie war der realistische Gedanke noch durchführbar, wenn man ein Thema behandelte, das vom Standpunkt der unmittelbaren Erforschung des Wirklichen ohne Realität war? Ein Thema, das auch der gewiegtesten Quellenkunde fast unerreichbar sein mußte?

Salammô ist trotzdem da; und sie ist in der Stileinheit der Werke Flauberts trotz Sainte-Beuve kein Fremdkörper und kein Prinzipienverrat. Man darf die Sache allerdings nicht von dem kritischen Souterrainstandpunkt betrachten, den Sainte-Beuve trotz der respektablen Eleganz seiner Feuilletons zum Behagen aller Vulgärästhetiker einnimmt. Flaubert ist nie in dem ordinären Sinn Realist gewesen, den die erlauchte Klage des *avocat impérial* Ernest Pinard geltend machte, als sie erklärte, Flaubert habe durch die Darstellung der hysterischen Religionsschwärmerei der Frau Emma und durch allerhand anderes Unsittliches ein Preßverbrechen an der Unschuld unverdorbener, aber noch zu verderbender Pubertäten begangen. Flaubert war nie der Realist der staatsanwaltschaftlichen Distanzlosigkeit. Er war, wie wohl es ihm spezifisch um Wirklichkeitsausdruck zu tun war, von den Dingen genau so entfernt wie der alabasterne Buddha auf seinem Pult mit dem Ausblick auf den breiten Horizont des ungestörten Gartens zu Croisset und der Seine. Formulierung von Wirklichkeiten war ihm ein künstlerisches Prinzip: eine dichterische Gebärde. Das Fingierte, das Phantasierte, die archäologische Imagination: *Salammô* und der heilige Antonius waren ihm im Anstieg und im Fall dieser Geste nicht minder Wirklichkeit als die Ecke der Kathedrale von Rouen, wo Frau Emma und der Clerc Léon ihre Liebe in die tief farbige Dämmerung der alten Glasfenster und in den wollüstigen Duft des Weihrauchs einschlossen. Wirklich war für Flaubert alles, was er mit der Präzision seiner schöpferischen Einbildungskraft ganz genau zu bezeichnen vermochte. Wirklich war für ihn darum nicht bloß der weißliche Schlamm, den Emma Bovary erbrach, als sie sich vergiftet hatte, oder die spinnenwebengleiche Trübheit ihrer toten Augen oder das klaffende schwarze Loch ihres toten Mundes: wirklich war für ihn auch die konkrete Bestimmtheit des Imaginären. Wirklichkeit war für ihn die tolle Lebensgefahr, mit der jener schlanke Grieche Spendius, der Spion, durch die sargartigen Engen der karthagischen Wasserleitung in die Zisterne hinabschoß. Wirklichkeit war für ihn die Arbeitsverfassung in den Ergasteln des Hamilcar, die seiner archäologischen Vorstellungskraft bis in die letzten Details hinein anschaulich wurden. Wirklich war ihm der Söldnerführer Matho mit den Armen, »auf denen sich die Adern kreuzten wie Epheuranken auf den Ästen eines Baums«. Wirklichkeit war ihm die Technik der antiken Belagerungsmaschinen. Wirklichkeit war ihm der banale Kapitalistenneid, in den sich die republikanisch-nationale Tugend des berühmten Cato mit dem *Ceterum censeo* bei der Schärfe einer ganz nahen imaginären Beobachtung auflöst. Wirklichkeit war ihm die ganze Topographie Karthagos, Wirklichkeit das Leichenfleisch, das die belagerten Söldner »mit Staub einsalzten«, bevor sie es rösteten, Wirklichkeit die Geschlechtsliebe zwischen spartiatischen Söldnern, die des Weibes in Kriegen längst entwöhnt wurden und, um nicht dem Punier in die Hände zu fallen, sich gegenseitig unter Küssen und Liebesworten töteten. Wirklichkeit war ihm überall die Präzision der dichterisch-archäologischen Vorstellung, wie sie sich etwa in dieser Schilderung der Kreuzigung des feisten und tückischen Suffeten Hanno durch die empörten Söldner ausspricht:

»Man riß ihm die Reste seiner Kleidung vom Leibe; und nun erschien der nackte Körper in seiner ganzen abschreckenden Häßlichkeit. Diese ganze Fleischmasse, für die es keinen Namen gab, war über und über mit fressenden Geschwüren bedeckt. Die Nägel an den Zehen verschwanden unter der Fettmasse, die seine Beine verunstaltete; an seinen Fingern hing es wie grünliche Lappen, und die Tränen, die

zwischen den Eiterbeulen auf seinen Backen herabrollten, verliehen seinem Gesicht ein erschreckend trübseliges Aussehen, da es den Anschein hatte, als ob sie hier mehr Raum einnähmen als auf jedem andern Menschengesicht. Seine Stirnbinde hing halb gelöst herab und schleifte mit seinen weißen Haaren im Staub.« Wirklichkeitsgeist war es auf den Leibern der gekreuzigten karthagischen Senatoren jenen »Schimmer wie von weißen Schmetterlingsflügeln« wahrzunehmen, der von der Befiederung abgeschossener Pfeile ausging. Wirklichkeit war endlich der faule Odem des schwärigen Mannes, mit dem der Büßende in der Legende von Sankt Julian dem Gastfreien Leib an Leib das Bett teilt. Wirklichkeit ist die ganze »imagination sadique« Flauberts, von der Sainte-Beuve nicht ohne kritisch-ästhetische Bedenken spricht, die aber im Grunde nichts ist als die materialisierte Unerbittlichkeit eines einzigartigen, sich selber peitschenden Triebes zur exakten Beobachtung. Der ganze Salammböroman, dies einzige Meer von Gemetzel und Fleischlichkeit, ist selber nur eine substantiierte Parabel der grausamen Forschungsenergie und Formungsleidenschaft des Dichters: die Inkarnation des peinlichsten Formalismus.

Es müßte vom Standpunkt der Sainte-Beuve für Flaubert sprechen, daß er dem Salammböroman 5 solide Jahre wissenschaftlicher Studien und Reisen gewidmet hat. Er hat schon insofern die selbe Methode befolgt wie bei *Madame Bovary*: die Methode der exakten Vorbereitung, die Methode der strengsten Induktion. Dies ist keineswegs zu bestreiten. Aber es fragt sich, was diese Methode in der Rangordnung der künstlerischen Akte wert war. Und da ist wahrhaftig kein Zweifel: Die exakte, hochintellektuelle Wissenschaftlichkeit des Arbeitsverfahrens ist nur das Instrument eines bestimmten Stils: des Stils der präzisesten Begleichung der Dinge. Flaubert hat wie die ganze bürgerliche Kultur einen sehr intellektuellen Stil. Er treibt Naturwissenschaft. Aber er ist darum nicht minder Dichter. Es gibt Fälle, wo es wertlos wird über den prinzipiellen Unterschied zwischen Wissenschaft und Dichtung nachzudenken. Bei Flaubert verbinden sich beide für unser Bewußtsein zu einer einzigen, maßlos suggestiven Wirkung. Das mag zum Teil daran liegen, daß Flaubert den Intellekt des Dichters dem Unintellektuellen, dem Animalischen und Sächlichen zuwendet. Jedenfalls liegt es vor allem daran, daß er Dichter ist.

Unter diesen Gesichtspunkten sind alle Werke Flauberts gleich: einerlei ob sie in Karthago und im 3. vorchristlichen Jahrhundert oder um 1848 in Paris spielen, wie die *Education sentimentale*.

Damit ist freilich unserm Verhältnis zu den einzelnen Werken des Dichters nicht vorgegriffen. Wenn Salammbö, Felicitas, Herodias und Frau Bovary, Frédéric Moreau, der heilige Antonius und Julianus der Gastfreie als literarische Stilprobleme so gleichmäßig behandelt sind, daß keine Figur sich vor der andern für Flaubert auszeichnet und sie alle für sein reines Formbewußtsein zu anonymen Fällen werden, so heißt das nicht, daß wir die abstrakte Pflicht hätten uns auf die selbe Höhe des überwindenden Formalismus zu erheben. Wir haben ein Recht uns materieller für die Dinge zu interessieren als der Dichter, der sich durch die unsägliche Arbeit des Formens über sie hinausgehoben hat und die ganze Welt seines enzyklopädisch ausgebreiteten Bewußtseins durch eine Transsubstantiation von höchster Kultur in Stil, in Form verwandelt: durch eine Transsubstantiation, die eine um so kolossalere Spannung hat, je tierischer die Ob-

jekte sind. Wir anderen haben ein Recht in der Materie zu verweilen, wo sie uns am stärksten packt, und über der unerbittlichen Objektivität der vorgestellten Materie vielleicht sogar die Kunstform zu vergessen, die dieser Objektivität für unser Bewußtsein Gestalt gegeben, die uns die Objekte nachgewiesen hat. Nicht als ob wir in die unorganisierte Materie des Lebens zurückkehren wollten. Flauberts Romane sind wie die guten Bilder: Das Wesen der Wirklichkeit ist in konzentriertester Formung da, ohne daß sich die künstlerische *mise en scène* aufdrängt. Objekt und Form sind eine Identität geworden.

Bei keinem Roman Flauberts ist diese anscheinende Bewußtlosigkeit des dichtenden Geistes, die Anonymität der Schöpfung, die scheinbare Selbstbewegung des Objektes und die ins Innerste greifende Aktualität der Materie so vorhanden wie bei der *Education sentimentale*. *Tua res agitur*. Dies Paris der ausgehenden Julimonarchie und der Februarrevolution, dies Paris des bürgerlichen Imperialismus, in dem der erhabene Begriff des Imperiums zu einer Sache des Hauptbuchs wird, dies in seiner Hatz ereignislose, landschaftlich vegetative und wieder unheilvolle Paris ist noch immer das Symbol unserer eigenen Welt; auch vielleicht ein Gestern, von dem sich aber das Heute noch nicht geschieden hat, ein Gestern, zu dem noch immer kein Morgen gefunden ist.

Arnoux, der Gründer, treibt noch heute sein Wesen: er gründet noch immer einen Kunsthandel und macht noch immer Reklame für ihn in eigener Zeitschrift; er gründet noch heute eine Fayencefabrik mit ungeahntem Brandverfahren und einem Harem hübscher Arbeiterinnen; er endet noch heute als Händler von Saintsulpicerieen. Noch leben alle die tugendhaften Bourgeoiswitze des Finanzsalons Dambreuse über die soziale Frage. Noch lebt der Bankier, der einräumt, daß auch der Sozialismus Logik habe, und daß »wir eigentlich alle Arbeiter« seien. Und, weiß Gott, noch lebt der Sozialist Sénécal, der problematische Fanatiker, der »amerikanische Spartaner«, der da meint, Sozialismus und Banausentum seien identisch, die Kunst müsse proudhonistisch das Volk aufklären, der Sozialist müsse Puritaner sein und allerlei Abstinenz und Askese treiben: durch schlechten Anzug und jede andere Art von demagogischer Selbstverkümmern. (Im Jahr 1848 wird Sénécal Polizeibeamter im Dienst der Reaktion.) Noch immer lebt Pellerin, der desorientierte Kunstmaler, der den großen Stil sucht und ihn nicht finden kann, Deslauriers, der ruppige Advokat, der seinen Demokratismus bekundet, indem er ein venezianisches Glas, aus dem er auf die Freiheit getrunken hat, an die Wand schmeißt; Deslauriers, *le radical*, den kein Luxus besticht, sofern er ihn nicht haben kann, und den etwas später die blaue Präfektenuniform mit den silbernen Borten zu einem geschätzten Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft macht; noch lebt Frau Dambreuse, die Hochgeschlossene, mit der korrekten Hinterlist der *haute finance* und dem distinguierten Herzen für Armut und Familie, und Fräulein Vatnaz, die travestierte George Sand, die *temelle littéraire* für *recherche de la paternité* und Gemütssozialismus; und wie sie alle heißen. Noch lebt Frau Arnoux, die Französin im Geist der Bergpredigt, die Madonna in der Nische der Seitenkapelle, die letzte Christin in diesem Roman des Geldes, an die keiner mehr ganz glaubt, auch der Geliebte nicht; die Frau, die wie die »lauteren Gedanken mit gesenkten Augen durchs Leben geht und sich fürchtet entdeckt

zu werden«; die Frau, in die man sich einschließen möchte; die unglücklich verheiratete Frau, die wie keine aus ihrer keuschen und doch so heißen Weiblichkeit eine weiche Fülle von Glück geben könnte; die Frau voll taubstummer Wunder; die Frau, die in einer Welt voll zuchtloser Unruhe ohne Widerspruch die feige Brutalität und die wüsten Zärtlichkeiten des Gemahls, des vielliebenden *homme d'affaires*, erträgt und erst mit weißem Scheitel wagt zu dem Geliebten zu kommen: um ihm schwesterlich, mütterlich Lebewohl zu sagen und im Augenblick des Abschieds das ganze Glück, das sie in blühender Fraulichkeit verleugnet hatte, wie durch gläserne Entfernung ein einziges Mal offen anzuschauen. Und noch lebt Frédéric, dessen Beruf der Dilettantismus in der Liebe ist, der verunglückte Jurist, der verunglückte Maler, der verunglückte Poet, der reiche Erbe, der Mensch an sich, der zu jeder anständigen Ideologie bereit ist, zwischen verlegenen Börsianern und erstaunten Damen tenorhaft und edel mit dem *Contrat social* manifestiert, für die Gründung einer oppositionellen Zeitung Geld gibt, die Barrikadentage mit einer molligen Kokotte in einem niedlichen *vert-logis* der rue Tronchet verbringt und am Ende zwischen drei Liebesgeschichten ohne Anfang, ohne Akzente und ohne Ende den Weg zu einem farblosen Kleinbürgerleben findet; Frédéric Moreau, der kein Geld scheut, wo es Liebe und Leben vermitteln kann, und der gegen das Ende seines Lebens, so um 1867, mit einer zugleich philiströsen und tiefsinnigen Wehmut gesteht, daß kein Liebesabenteuer seines Lebens so schön gewesen sei wie der erste mißlungene, herzklopfenerregende Besuch im Provinzbordell der *Türkin*. Noch hat das Leben die aufgeregte und doch bewegungslose Passivität einer Menschheit, die von Tag zu Tag prolongiert wird, ohne daß ein einziger an der *comédie humaine* Gefallen hätte und es verlangen möchte. Die Schwachen welken ab; die Anständigen, die sich naiv genug die Keuschheit der Gesinnung bewahrt haben oder den Mut der Verzweiflung in sich tragen, springen auf Barrikaden und fallen oder werden in Reihen an langen Mauern fusiliert. Die Kräftigen, die zu profitieren wissen, finden sich mit den Machtverschiebungen ab, blühen, gedeihen und enden, ohne etwas erlebt zu haben. Für alle, die überleben, mündet das Dasein in eine grenzenlose Öde.

Und die anderen? Die Toten? Wohin gelangen sie? Vielleicht geben Religion und Wissenschaft eine Perspektive. Aus dem Alltag erhebt sich Flaubert zu einem faustischen Gedicht. Das ist die *Versuchung des heiligen Antonius*: ein heilloses dramatisch-religionsphilosophisches Epos, das nichts übrig läßt: nicht einmal die Banalität des Tages.

Von der Banalität des Tages erhebt sich Antonius zum religiösen Enthusiasmus. Indem er alle Triebe des gewöhnlichen Lebens unterdrückt, entwickelt er in sich eine komprimierte Kraft, die ihn mit explosiver Gewalt zu den außerordentlichsten Sensationen, den metaphysischen, hinaufschleudern soll. Der Trieb zum Weib vor allen Trieben, der physische Hunger, die Gier nach Gold; jedes unerfüllte Verlangen bringt ihn den metaphysischen Sensationen näher. Der Visionär betritt eine Basilika, in der alle Häresien der Welt durcheinanderschreien; bis hin zur Häresie der Sekten, die das Fleisch durch die Wollust töten und den Unterleib dem Teufel lassen, der ihn erfunden hat. Jedes System hebt das andere dialektisch auf. Die Religionen aller Völker ziehen an ihm vorbei: er verabscheut die orientalischen Götter,

die nur durch Blutbad und Unzucht leben, bewundert Buddha und weint vor Venus Anadyomene, »deren Gürtel den Gesichtskreis der Hellenen umspannte«. Aber die Welt geht weiter. Satan trägt den Heiligen über die Erde. Der Eremit erkennt mit Verwunderung, daß die Erde eine Kugel ist, die um die Sonne rotiert, schaut in das unbewegte, gefrorene Licht des Mondes, der wie eine Eiskugel im Raum kreist, fährt von Planetensystem zu Planetensystem und fragt den Teufel nach Sinn und Zweck dieser ungeheuren Mechanik. Satan lacht über die naiven Paradoxieen des Christenmenschen und seines horizontlosen Eremitagenstandpunkts und bekennt ihm, der einzige Zweck dieser Dinge sei ihre schamlose Tatsächlichkeit.

So bleibt uns nur die Tatsächlichkeit und ihre Erkenntnis. Aber was ist Erkenntnis?

Flaubert schrieb in seinen letzten Jahren an einem großen enzyklopädischen Roman, der Torso geblieben ist. Er heißt *Bouvard et Pécuchet*. Die beiden sind Kopisten in Paris, erben, gehn aufs Land, studieren alle wissenschaftlichen Systeme und finden, daß jedes das andere aufhebt. Aber was bleibt zurück? Ein *Dictionnaire des idées reçues*, ein Wörterbuch offiziell anerkannter Definitionen, das die entsetzlichsten Trivialitäten enthält. Hier einige Beispiele:

»ALABASTER. Dient dazu die schönsten Teile des weiblichen Körpers zu beschreiben.«

»ARBEITER. Immer ein anständiger Kerl, solange er nicht Revolution macht.«

»BLONDE. Sind heißblütiger als die Brünetten (siehe *Brünette*).«

»BRUNETTE. Sind heißblütiger als die Blondes (siehe *Blonde*).«

»CHRISTENTUM. Hat die Sklaverei abgeschafft.«

»DEUTSCHE. Ein Volk von Träumern. (Veraltet).«

»EKLEKTIZISMUS. Dagegen wettern: Denn diese Philosophie ist unmoralisch.«

»HELLDUNKEL. Malerei. Man weiß nicht recht, was es bedeutet.«

»REPUBLICANER. Nicht alle Republikaner sind Spitzbuben, aber alle Spitzbuben sind Republikaner.«

»SCHAM. Der holdeste Schmuck des Weibes.«

»SCHAUPIELERINNEN. Sind der Ruin der Söhne guter Familien. Von einer beklemmenden Lüsternheit, feiern schreckliche Orgien, verschlingen Millionen. (Verdenden im Spital.) Entschuldigen gnädige Frau: Es gibt doch einige, die es zu einer braven Familienmutter bringen.«

»STRAUSS. Verdaut Steine.«

»WASSER. Das Pariser Wasser verursacht Unterleibskrämpfe. Im Seewasser kann man gut schwimmen. Das Kölnische Wasser riecht gut.«

Und weiter bleibt die Erkenntnis, daß kaum ein großer Geist etwas Bleibendes, wohl aber jeder einmal eine unglaubliche Sottise gesagt hat.

Bossuet: »Molière war ein niederträchtiger Komödiant.«

Fénélon: »Schade, daß Molière nicht ordentlich Französisch konnte.«

Dumas fils (ausgerechnet Dumas fils im Jahr 1873): »Die Nachwelt, deren richtendem Urteil Goethe seine Werke hinterließ, wird das tun, was sie zu tun hat. Sie wird auf eine ehernen Tafel schreiben: »Johann Wolfgang Goethe, geboren zu Frankfurt im Jahr 1749, gestorben zu Weimar im Jahr 1832. Ein großer Schriftsteller, ein großer Dichter, ein großer Künstler.« Aber wenn die Fanatiker der schönen Form, des *L'art pour l'art*, die Fanatiker der Erotik und des Genußmaterialismus daherkommen werden und hinzufügen wollen »Ein großer Mensch«, dann wird die Nachwelt ausrufen: »Nein!«

Proudhon: »Es gehört mehr Genie dazu Flußschiffer auf dem Rhône zu sein als dazu die orientalischen Oden zu dichten.«

Chateaubriand: »Es ist, wie uns scheinen will, ein Jammer, daß man heutzutage den Menschen als Säugetier rangieren läßt und nach Linnés System ihn mit Affen, Fledermäusen und Faultieren in eine Kategorie stellt. Wäre es nicht besser ge-

wesen ihn an der Spitze der Schöpfung stehen zu lassen, wo ihn Moses, Aristoteles, Buffon und die Natur hingestellt hatten?«

Bernardin de Saint-Pierre in seinen *Etudes de la nature*: »Die Melone ist von der Natur selber in Schnitze eingeteilt, auf daß sie im Familienkreise verzehrt werde. Der Kürbis ist größer und soll deshalb in Gemeinschaft mit den Nachbarn verzehrt werden.«

Der Dichter Scribe, einer der Unsterblichen der Akademie, hat nach Flaubert in der Rede, mit der er seine Beziehungen zur Unsterblichkeit endgültig legitimierte, folgenden Satz gesagt, durch den er den moralischen Einfluß der eigenen Komödien von dem sozialpädagogisch so wertlosen Theater Molières unterschied: »Belehren uns Molières Komödien etwa über die wichtigsten Ereignisse des Zeitalters Ludwigs XIV.? Sagen uns Molières Stücke eine Silbe von den Irrtümern, Schwächen, ja Fehlern des großen Königs? Sagen sie etwa eine Silbe von der Widerrufung des Duldungsedikts von Nantes?« Die Sache ist an sich selber genügend. Aber Flaubert, der ein fürchterlich boshaftes Gedächtnis besaß, konnte noch die Spezialanmerkung machen: »Widerrufung des Duldungsedikts von Nantes 1685. Tod Molières 1673.« Die Tendenz liegt bloß. Flaubert ironisiert eine Kultur, in der die Wissenschaft als Spezialität gepflegt wird, ohne daß der kollektive Erkenntnisstandard die Normalnull der Banalität übersteigt. Was taugt diese Wissenschaft — die übrigens fast nur durch den heroischen Blödsinn erträglich wird, den ihre Protagonisten in ihren seriösesten Stunden verkündet haben? Was taugt die Gesellschaft, aus der solche Wissenschaft aufblüht?

Ist die Tendenz hier entblößt, sehen wir hier in die Führung hinein, mit der Flaubert ursprünglich die Dinge zusammenbrachte und vorwärtsschob, so liegt es daran, daß wir hier einen Roman vor uns haben, der in den Vorbereitungen hängen blieb. Wir erfahren, wie Flaubert gearbeitet hat; wir sehen, daß er mit einer geradezu dämonischen Herrschaftlichkeit dachte, sehen, daß er der bürgerlichen Kultur das Prädikat des Nihilismus gab und sich selber in einem ähnlichen Nihilismus mitverzehrte. Und wir sehen auch, mit welcher ungeheuren Gewalt diese herrschaftliche Persönlichkeit ihr subjektives Verhältnis zu den Dingen unterdrückt haben muß, um Werke von der unvergleichlichen Anonymität der *Madame Bovary*, der *Salammbô*, der *Education*, des *Antonius* und der *Drei Erzählungen* zu schreiben. Denn dies ist, wenn wir das Werk Flauberts im Ganzen sehen,¹⁾ der bestimmende Grundzug seines Stils; die planmäßige Unpersönlichkeit. Flaubert selber sprach von »impassibilité«. Kein Satz eines fertigen Buches sollte etwas von dem *morbis lyricus* der romantischen Schule haben. Flaubert verabscheute den herumfuchtelnden Individualismus der französischen Romantik und liebte den unpersönlichen Stil der Klassik. Keine Formel sollte den Anteil des Dichters verraten. Das Objekt selber sollte sich präsentieren, und es sollte scheinen, als hätte es sich selber formuliert; aber wirklich formuliert.

Flaubert schrieb den Stil der absoluten Gegenständlichkeit. Jede subjektive Nuance, jedes explikative Eingreifen des Autors, jede psychologische Re-

¹⁾ Eine abschließende Ausgabe der *Oeuvres complètes* Flauberts ist im Jahr 1910 von dem Verlag Louis Conard in Paris veranstaltet worden; sie umfaßt 18 Bände (Werke und Briefe), 3 von ihnen enthalten die früher nicht veröffentlichten Jugendwerke. Eine sehr gute deutsche Ausgabe der *Gesammelten Werke* ist, mit Autorisation der Rechtsnachfolger Flauberts, von Dr. E. W. Fischer herausgegeben und von Bruns in Minden verlegt worden; sie wird von dem Essay Maupassants über Flaubert eingeleitet und bringt in 10 Bänden alle wesentlichen Werke und die wichtigsten Briefe, namentlich auch die an seine Nichte Caroline, ist also dem deutschen Leser, hinter dem französischen Original, in erster Reihe zu empfehlen.

flexion des Erzählenden wurde von ihm vermieden. Vermieden wurden vor allem der Humor und die Sentimentalität. Und nicht nur, daß die psychologische Deutung vermieden wird. Flaubert ist so konsequent die Objektivität bis zur Einschränkung der Innerlichkeit seiner Helden zu treiben. Flaubert gibt das Sichtbare und von dem Sichtbaren das scheinbar Zufällige. Er diktiert sich die Rolle eines neutralen Zuschauers, der nicht mehr von Dingen und Personen weiß als das, was jedem, was einfach dem kollektiven Wesen Publikum in der Form der gelegentlichen Impressionen zugänglich ist. Er baut seinen Roman aus lauter Äußerlichkeiten. Aber mit diesen Äußerlichkeiten gibt er das ganze Ding, die ganze Situation, die ganze Person, die ganze Seele. Es handelt sich also um eine sehr spezifische Art von Gegenständlichkeit: um einen biologischen Impressionismus. Flaubert stellt fest, daß die Courtesane Rosanette *Kategorie* mit *th* schreibt und skizziert damit eine ganze Kultursphäre. Sénécals erzählt von »einer berühmten Lithographie, die die ganze königliche Familie idealisierte: Louis Philippe hielt ein Gesetzbuch in der Hand, die Königin ein Gebetbuch, die Prinzessinnen stickten, der Herzog von Nemours gürtete sich einen Säbel um, Herr von Joinville zeigte seinen jüngeren Brüdern eine Landkarte und im Hintergrund sah man ein zweischläfriges Bett«. *Une bonne famille*. Es ist in einem Seitenblick die ganze Loyalitätssimpelei der Julimonarchie.

Man könnte statt von Impressionismus auch von einer Hegemonie des Akzidentiellen sprechen. Man ist überhaupt versucht die Sache immer aufs neue zu bezeichnen: vielleicht weil Flauberts Atmosphäre dazu anreizt, vielleicht auch bloß, um nicht gezwungen zu werden die Zusammenhänge weiterzuverfolgen. Und doch kann man der Frage nicht ausweichen, man muß sie wenigstens andeuten, wenn sie im Fluge auch nicht zu beantworten ist: Woher kommt dieser Stil? Woher diese Herrschaft des Objekts und zumal des Objekts in seiner impressionistischen Verkürzung? Man könnte auch fragen, woher der Stil Courbets und dann der Stil Manets kommt. Flauberts Stil ist die äußerste Konsequenz des bürgerlichen Geistes.

Das Genie der bürgerlichen Kultur läßt sich in ein physiokratisches Schlagwort zusammenfassen: *Laissez faire la nature des choses*. Es ist der Verzicht auf ein imperatives Verhältnis zu den Dingen, das etwa der Gotik zu eigen war. Es ist der Glaube an die objektive Gewalt der Dinge, an die organisierende Immanenz der Natur: *Τὴν φύσιν κρατεῖν*. Das Objekt ist in dieser Welt wirtschaftlich wie künstlerisch in die Herrschaft eingesetzt. Der emanzipierte Gegenstand beherrscht den Stil dieser Kultur: einer Kultur von Sächlichkeiten, nicht von Menschen. Aber es zeigte sich, daß der Logos der Dinge, den die bürgerliche Gesellschaft unheroisch verkündete, dem einzelnen sich zur Banalität eines passiven Lebenslaufs gestaltete. Der Logos brachte dem einzelnen kein Ziel, kein Ergebnis. Er wurde durch Kausalitäten, die keinen Sinn mehr zu haben schienen, ohne jedes *a priori* in dem allgemeinen Chaos umhergetrieben. Dieser Stoff forderte seine Kunstform. Und sie wurde so, wie es den Perspektiven dieser Gesellschaftlichkeit entsprach: verhältnismäßig unöffentlich, verhältnismäßig privat, verhältnismäßig aphoristisch. Der Stil dieser Kultur konnte keine breiten Flächen haben. Und so ist selbst der *Antonius*, dem es wahrhaftig an Relief, an monumentaler Entfaltung nicht fehlt, ein Kunstwerk, das stark auf einer raffinierten Mechanik der Aperçus und Seitenbeziehungen ruht.

Aber freilich ist er im Ganzen mehr: er ist trotz seiner impressionistischen Intimität, trotz aller zugespitzten Analytik, die an Symptomen das Ganze erkennt, ein Kunstwerk von öffentlicher Erhabenheit.

Woran dies liegt? Vielleicht am enzyklopädischen Geist, der die analytische Kultur der geistigen Arbeitsteilung durch eine neue Synthese zusammenfassen wollte. Balzac und Zola stehen neben Flaubert. Vielleicht ruht diese objektive Tendenz auf organisatorischen Bewegungen in der Gesellschaft. Aber wie dem sei, schließlich liegt in jeder Kunstform, die wirklich Kunstform ist, ein organisatorisches Motiv, das sich immer stärker selbst fühlt und darum absolut einem synthetischen Stil von breitester Fläche zutreibt. Das zeigt der *Antonius*; das zeigt die chronistisch feste, ganz unnervöse Art der Julianuslegende; und vielleicht jenes Romanprojekt, mit dem Flaubert verhiess eine Geschichte der Thermopylenschlacht von ganz breiter und ganz beruhigter Epik zu schreiben. Aber das zeigt ja auch bereits *Salammbô*. Für wen hat dieser Roman trotz seiner impressionistischen Kultur, trotz des *voir de plus près*, das Flaubert immer forderte, nicht die öffentliche Gewalt einer altorientalischen Palastmauer? Wir wollen nicht das, was ein ungelöster Widerspruch unserer Zeit ist, einen Widerspruch individuellen Stils nennen.

Und auch das andere ist ein kollektives Problem unserer Gegenwart: das Problem des Enthusiasmus. Flaubert ist höchst aktuell. Er erlebte längst, weil er ein ganz Großer war, die Konflikte von Generationen voraus. Wohl ist ihm Leben in mehr als einem Sinn etwas Unpersönliches; und wohl fehlt seiner Kunst immer, seinen Menschen zumeist der selbstbewußte hymnische Aufschwung. Das Leben *Frédéric's*, das Leben der Frau *Arnoux*, das Leben *Emmas* ist ergebnislos; und kein erlösendes Wort des Dichters gibt der hoffnungslosen Ergebnislosigkeit einen überpersönlichen Sinn. Es ist eine Ergebnislosigkeit, die sich einfach als Tatsache behauptet und damit rechtfertigt oder, wo je der Dichter spricht, ihr Nichts verkündet. Keine Teleologie, keine Tendenz: nur Tatsachen; Tatsachen, die sich selber langweilen oder Gräßliches vorbereiten. Aber eben in der Unerbittlichkeit der Formulierung liegt die lebendige Energie, die diese Tatsachen irgendwie bedeutend macht. Es fehlt in Flauberts Stil alles Transzendente, alle Metaphysik der Form wie der Gesinnung. Aber dennoch behaupten sich die Objekte in seiner Formulierung mit einer Gewalt, die an Offenbarung grenzt.

»Ihr beklagt euch, daß die Ereignisse nicht abwechslungsreicher sind? Das ist ja die Klage der Realisten. Und übrigens: was wißt ihr denn von den Dingen? Seht sie doch erst einmal ganz genau aus nächster Nähe an. Habt ihr überhaupt je an die Existenz der Dinge glauben können? Ist nicht alles Illusion? Es gibt nichts Wirkliches und Wahres als unsere Apperzeptionsformen.«

Flaubert besaß den Enthusiasmus der Apperzeption. Und von diesem Enthusiasmus ging das Beste in die Dinge, in die Bücher, die nun lebendig bleiben werden, solange Menschen sind. Seine Worte behalten, auch wo sie tödlich sind, einen unwiderleglichen Glanz. Es ist der Glanz eines Geistes, der die Kraft hatte unpersönlich zu sein. Es ist der Glanz eines Geistes, der zwar nur Katastrophen sah, aber dennoch uns fühlen macht, daß Alles in der Welt durch den Enthusiasmus der Apperzeption wesentlich, positiv, begeisternd wird. Es geht von diesem Gedanken eine Perspektive auf eine neue, religiös gestimmte »culture de l'enthousiasme« aus, wie sie *Verhaeren* ver-

kündet. Und wenn wir von Flauberts Wirklichkeitsgeist sprechen, dann wollen wir diesen Sinn seiner Meinung nicht vergessen. Wir wollen nicht vergessen, daß ihm gegenüber eine klassengeschichtliche Wertung nur sehr relativ sein kann, und daß Flaubert auch dann noch zu den Lebendigen gehören wird, wenn nach dem Abschluß der *Vorgeschichte der Menschheit* hochgemute Generationen der Zukunft glückseliger als die Menschen dieser Zeit eine imperative, eine organisierende Logik des kollektiven Geistes mit der Logik der Objekte klingen lassen werden. Auch dann wird Flaubert leben: als einer der ewig Großen unter den Überwindern der Dinge, als einer der ewigen Meister der Form.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Politik / Wilhelm Schröder

Reichstag und Regierung Daß die Einschnürung der in der Arbeiterbevölkerung emporstrebenden Kräfte die politische Entwicklung des ganzen Reichs und seiner Glieder hemmt, hat sich in den letzten Wochen mit besonderer Schärfe gezeigt. Die Sozialdemokratie ist mit ihren 110 Abgeordneten die stärkste Fraktion im Reichstag, aber sie hat aus dieser Zahl noch nicht die Konsequenzen gezogen. Ihre Stärke wird daher zugleich zu ihrer Schwäche.

In früheren Zeiten, da konnten ihre Vertreter fröhlichen Mutes und nicht allzu bekümmert um Realitäten auf der Tribüne des deutschen Parlaments ihre Forderungen geltend machen. Die Sozialdemokraten waren ihren Gegnern, soweit diese nicht zu den verbohrtesten Fanatikern des Stillstands gehörten, Träger eines beachtenswerten Problems. Sie mußten zwar bekämpft werden, vermochten aber als Inhaber von 2 oder 4 Dutzend Sitzen nur in besonderen Fällen ihr Gewicht in die Waagschale zu legen. Das wurde nun zwar schon nicht erst seit den Wahlen vom 12. Januar vorigen Jahres anders. Die bürgerlichen Parteien wußten sehr wohl, daß die geringe Zahl der sozialistischen Vertreter im vorigen Reichstag nur den bürgerlichen Wahlkoalitionen zu danken war, und die Sozialdemokratie kam zwischen 1907 und 1912 mehr als einmal in die Lage positiv die Gestaltung der Zustände im Reich fördern zu helfen. Aber das eigentliche Schwergewicht der Wahl machte sich erst nach den letzten Wahlen geltend.

Durch herkömmliche Anschauungen

über die Behandlung taktischer Fragen, die nicht von einem Tag zum andern abzustreifen sind, an die Vergangenheit gebunden, konnte die Partei im Reichstag zumeist nur negativ wirken, indem sie Schlimmes verhütete. Daß auch diese verneinende Wirksamkeit von bedeutendem Wert ist, zeigte sich bei der Abstimmung über die konservative Streikbrecherresolution, die gewiß nicht mit so erdrückender Mehrheit abgelehnt worden wäre, und gegen die sich auch der Staatssekretär Dr. Delbrück vielleicht nicht so entschieden gewandt hätte, wenn nicht angesichts der Stärke der Sozialdemokratie auch die stillen Freunde des Arbeitswilligenschutzes hätten Zurückhaltung üben müssen. Aber in gar vielen anderen Angelegenheiten muß die Sozialdemokratie auf die Bewegungsfreiheit von ehemals verzichten, wenn sie nicht die Stellung des **Zentrums** noch ausschlaggebender gestalten will als es ohnedies der Fall ist.

Das Zentrum hat am 4. Dezember wegen der Jesuitenangelegenheit, wie auch in dieser Rundschau (1912, 3. Band, pag. 1566 f.) berichtet wurde, eine Kriegserklärung gegen den Reichskanzler erlassen. Und wenn es auch nicht in Wirklichkeit zur Opposition abschnenken konnte und wollte, so hat es doch zunächst ein ernstes Gesicht gezeigt. Es half die Ostmarkenzulagen an die Reichsbeamten streichen. Es stimmte ferner am 30. Januar der von den Polen gewünschten Erklärung zu, daß die Zulassung der Enteignung polnischer Gutsbesitzer durch den Reichskanzler der Auffassung des Reichstags nicht entspreche. Mit 213 gegen 97 konservative und national-liberale Stimmen bei 43 Stimmenthaltungen der Fortschrittler wurde die An-

sicht des Reichstags im Anschluß an die Poleninterpellation der Öffentlichkeit kundgegeben; und der Lärm, den darob am 31. Januar die konservativen Redner im preußischen Abgeordnetenhaus erhoben, zeigt deutlich, wie unangenehm der Beschluß auf die Vertreter und Stützen der Preußenpolitik eingewirkt hat. Kleinere Bosheiten der Zentrumsparthei liefen nebenher. Sie verweigerte dem Staatssekretär Dr. Delbrück den Ministerialdirektor für die Zollpolitik und strich die Stelle eines neuen Reichsanwalts. Den Staatssekretär der Marine wollte sie durch den Beschluß treffen, daß den Marineoffizieren Messe- und Tafelgelder nur für die Tage der dauernden Abwesenheit bei Fahrten auf hoher See gezahlt werden sollen. Hier aber stieß sie auf energischen Widerstand. Der Staatssekretär von Tirpitz drohte mit seinem Rücktritt, und das bedeutete eine Reichstagsauflösung, denn ein Staatssekretär, der die Verantwortung für jenen Beschluß übernommen hätte, wäre nicht zu finden gewesen. Diese Konsequenz wollte das Zentrum offenbar einstweilen nicht ziehen. Daher ist es in dieser Frage zurückgewichen. Im übrigen aber scheint es nicht gesonnen zu sein auf seine Politik der Nadelstiche zu verzichten. Ist unsere Partei dazu da der Zentrumspolitik Vorschub zu leisten?

Es bleibt hierbei die Selbstverständlichkeit außer Betracht, daß man bei der Bekämpfung oder Unterstützung einer Partei nichts von bestimmten Grundsätzen opfern darf. So war kein Wort darüber zu verlieren, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion auch unter den gegenwärtigen Umständen dem auf Beseitigung der Reste des Jesuitengesetzes gerichteten Antrag der Zentrumsparthei von neuem die Annahme sicherte. Aber im übrigen repräsentieren wir denn doch einen zu wertvollen Bestandteil des deutschen Volkes, als daß wir uns zum Behagen unserer Gegner selber schädigen dürften. Denn so viel ist klar: Bei einer Reichstagsauflösung hat unsere Partei wenig zu gewinnen, aber sehr viel zu verlieren. Es wäre daher schon vom reinen Parteistandpunkt aus (erst recht von dem der allgemeinen Politik) sehr kurzichtig, wollte sie alle die kleinen Oppositionstricks des Zentrums unterstützen. Diese Einsicht spricht auch mit wachsender Deutlichkeit aus ihrem Verhalten. Ärgerlich genug vermerkten Zentrums-

blätter, daß, während die Abgeordneten ihrer, der staatserhaltenden Partei, dem Staatssekretär Dr. Delbrück den verlangten neuen Ministerialdirektor verweigerten, die Sozialdemokratie für diese Position stimmte, und daß ferner die Sozialdemokratie im Reichstag auch sonst beflissen sei »die Minister bei guter Laune zu erhalten«. Es ist beachtenswert, was unsere Parteipresse hierauf erwiderte: Der neue Ministerialdirektor sei von der Sozialdemokratie bewilligt worden, weil die sozialpolitischen Aufgaben des Reichsamts des Innern von Jahr zu Jahr größer würden, und weil es selbstverständlich sei, daß man die Beamten nicht verweigern könne, die zur Förderung dieser Arbeiten notwendig wären. Es liege für die Sozialdemokratie kein Anlaß vor die Bosheitspolitik des Zentrums mitzumachen.

Zu der Bosheitspolitik des Zentrums gesellen sich nun ja noch die Anfeindungen der konservativen Partei: Die Regierung sowohl in der Person des Reichskanzlers wie in der des Staatssekretärs Delbrück muß Tag für Tag von dieser Seite den Vorwurf hören, daß sie, wie dies beim konservativen Streikbrecherschutzantrag geschehen sei, die Sozialdemokratie nicht scharf genug anpacke, und daß sie dem Reichstag gegenüber die *preußische Eigenart* nicht entschieden genug respektiere. Unerhört wäre die Drohung des Staatssekretärs gewesen dafür zu sorgen, daß von Reichs wegen die Wohnungsfrage geregelt werde, wenn Preußen keinen entsprechenden Gesetzentwurf schaffe. Den Gipfel erreichten die konservativen Angriffe in der am 17. Februar abgehaltenen 20. Generalversammlung des *Bundes der Landwirte*. Hier warf der Bundesdirektor Dr. Hahn in Übereinstimmung mit Freiherrn von Wangenheim dem Reichskanzler vor, daß er für den Schutz der nationalen Arbeit zwar lauter freundliche Worte und Versicherungen habe, daß seine Taten aber auf das Gegenteil hinausliefen. Der Staatssekretär Dr. Delbrück mußte sich aber gefallen lassen, daß Dr. Hahn Bismarcks Geist gegen ihn beschwor: Was Bismarck wohl zu einem Staatssekretär sagen werde, der es den Konservativen zum Vorwurf mache, daß sie ihr Eintreten für soziale Reformen immer zugleich mit Angriffen gegen die Sozialdemokratie verbänden? Ein gutes Stück größer wurde auf dieser Tagung Herr von Oldenburg-Januschau noch, der

gegen die Demokratisierung des Wahlrechts in den Bundesstaaten wettete, der Reichsregierung Programmlosigkeit vorwarf, den Fall des Sozialistengesetzes bedauerle und in seiner Burschikosität ziemlich unverblümt für sozialdemokratische Agitatoren und Streikposten die Prügelstrafe verlangte. Von neuem geht aus der Haltung der Konservativen hervor, daß sie die Eventualität fürchten, die Sozialdemokratie werde sich in der Reichspolitik weiter zum positiven Faktor entwickeln. In diesem Ereignis sehen sie mit Recht das Ende ihrer Vorherrschaft in Preußen und damit im Reich.

× England und Deutschland In der Budgetkommission des Reichstags haben am 6. und 7. Februar vertrauliche Verhandlungen von großer Wichtigkeit stattgefunden, über die dann auch der Öffentlichkeit Bericht erstattet wurde. Bei der Beratung des Marineetats gab der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, von Jagow, über die auswärtige Lage Erklärungen ab. Er betonte, daß die Beziehungen zu den Mächten, namentlich auch zu England, gute seien. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz ging auf die Ausführungen des englischen Marineministers vom März vorigen Jahres näher ein, daß ein Verhältnis von 10:16 zwischen der deutschen und der englischen Schlachtflotte für die nächsten Jahre akzeptabel sei, und er vertrat den Standpunkt, daß auch er als Leiter seines Ressorts hiergegen keinerlei Bedenken haben würde.

Eine wirkliche Vereinbarung zwischen England und Deutschland über die Flottenrüstungen kann natürlich aus diesen Erklärungen noch nicht gefolgert werden. Doch scheint aus ihr jedenfalls der Wille zu einer Verständigung zu sprechen. Die Bedeutung dieses überaus wichtigen Vorgangs in unserer auswärtigen Politik wird in dieser Zeitschrift noch besonders gewürdigt werden, wenn man klarer sehen kann. Das eine kann man jetzt nur sagen: Kommt eine wirkliche Verständigung zustande, so jedenfalls auf ganz anderer Basis als unsere Pazifisten es sich gedacht haben. Nur eine Abwägung der realen Interessen beider Länder könnte einer solchen Annäherung Gestalt und Dauer geben. Eine Aufteilungs politik unter Ausschaltung eines Landes wäre dann unmöglich. England und Deutschland

würden dann beide von der Überzeugung ausgehen müssen, daß die Erde dem Streben beider genügend Raum bietet, das eine Land müßte die Notwendigkeiten des andern respektieren und mit den seinigen in Einklang zu bringen suchen. Die Arbeiterklasse beider Länder hat an solch einer friedlichen Verständigung das größte, vitalste Interesse. Sie wird daher, ihren Blick auf das Reale gerichtet, ihr Gewicht in die Waagschale solcher Verständigung zu werfen haben. Und sie wird ihre internationale Mission am besten bekräftigen, wenn sie für das Verständnis der nationalen Interessen und deren gegenseitige Anerkennung bei den anderen und bei sich selber wirkt.

× Landtagswahlen In mehreren deutschen Einzelstaaten waren in den letzten Wochen Wahlen zur Landesvertretung fällig.

In Altenburg behauptete die Sozialdemokratie ihre 7 Sitze; ebenso blieb aber der zumeist aus Vertrauensmännern des Bundes der Landwirte bestehenden Rechten mit 18 unter 32 Sitzen die Mehrheit im Landtag.

Bei den Landtagswahlen in Lippe, die durch einige Stichwahlen am 1. Februar beendet wurden, hatten die Liberalen mit den Sozialdemokraten um die endgültige Entscheidung zu kämpfen. Die Liberalen behaupteten ihre Sitze, so daß der Sozialdemokratie das eine schon bei den vorigen Landtagswahlen eroberte Mandat verbleibt. Bei den Hauptwahlen hatten Konservative und Liberale die Stimmenzahl von 1908 ungefähr behauptet, während die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen von 3715 auf 7200 gestiegen war.

In Hamburg, wo sich das Bürger tum nicht nur durch eine besondere Vertretung der Notabeln und der Grundbesitzer sondern bei den allgemeinen Wahlen auch noch durch eine Klasseneinteilung die Vorherrschaft zu sichern gewußt hat, war es der Sozialdemokratie bei den allgemeinen Wahlen am 31. Januar gleichfalls nicht möglich die Zahl ihrer Sitze zu vermehren. Seit 1907 stieg aber die Stimmenzahl der Partei in der 1. Klasse der Privilegierten von 5575 auf 13 845 und in der 2. Klasse von 135 274 auf 197 196.

× Kurze Chronik Einer der bedeutendsten und populärsten Führer der österreichischen Sozialdemokratie, der Reichsratsabge-

ordnete Franz Schuhmeier, wurde am Abend des 11. Februar in Wien von dem christlichsozialen Arbeiter Kunschak ermordet. Alle Gegner, die Organe der Regierung nicht ausgeschlossen, bezeugten der Partei ihr Beileid und rühmten den lauteren Charakter und die Tüchtigkeit Schuhmeiers. Hunderttausende gaben dem Toten beim Begräbnis am 16. Februar das Geleite. × Am 12. Februar faßte das große Komitee der belgischen Arbeiterorganisationen in Brüssel einstimmig den Beschluß, daß die Arbeiterschaft des Landes aufzufordern sei am 14. April in den Generalstreik zu treten. Durch diesen Beschluß hofft man die Regierung zu Zugeständnissen in der Wahlrechtsfrage zwingen zu können. × Der bisherige deutsche Gesandte in Brüssel, von Flotow, wurde am 15. Februar zum Botschafter in Rom ernannt. × In der japanischen Hauptstadt demonstrierte die Bevölkerung am 10. Februar und den folgenden Tagen gegen das Ministerium Katsura. Das Kabinett trat zurück. Der Führer der Liberalen, Jamamota, wurde zum Ministerpräsidenten ernannt.

Wirtschaft / Max Schippel

Kritische Erscheinungen Unbestreitbar hat sich in dem 1. Halbjahr von 1913 der Pessimismus in

den leitenden Unternehmerkreisen ständig ausgebreitet. Nur ein rascher starker Wetterumschlag auf politischem Gebiet kann hier nochmals die Rückkehr zu normalen Zuständen bringen. Andernfalls dürften wir mit einem vorzeitigen Ende der Hochkonjunktur zu rechnen haben, gerade auch für die Produktion, die im großen und ganzen den Einflüssen von außen bisher noch immer kräftig widerstand.

Die fast beispiellose Bedrängung des Geld- und Kreditmarkts spiegelt sich vor allem in den Erfahrungen der deutschen Reichsbank wider. Zum erstenmal seit ihrem Bestehen kam die Reichsbank während des ganzen Monats Januar nicht aus der Notensteuerverpflichtung heraus. Selbst nach der Geldkrise von 1907 finden wir am 23. Januar 1908 die deutsche Zentralbank bereits wieder mit einer steuerfreien Notenreserve von 64,7 Millionen Mark ausgestattet; nach kurzer Unterbrechung am Monatschluß blieb und stieg diese Reserve alsdann auf 53,6 Millionen Mark am 7. Februar und 144,6 Millionen am 15. Februar 1908, trotz der damals noch niedrigeren Be-

messung des steuerfreien Kontingents (bis Ende 1910 472,8, seit 1. Januar 1911 550 Millionen Mark). Diesmal belief sich noch am 23. Januar die Steuerpflicht auf 17,23 Millionen Mark, am 31. Januar sogar wiederum auf 207,74 Millionen Mark, erst am 13. Februar verfügte man über eine steuerfreie Reserve von 30 Millionen Mark (gegen 323 Millionen Mark vor Jahresfrist). Ein noch bedenklicheres Anzeichen ist die Zurückziehung von Einlagen seitens der Reichsbankkunden, die wir allesamt einfach zum Großunternehmertum rechnen können. Zweifelloos war hierbei der Kampf der Großbanken unter einander von wesentlichem Einfluß; kaum jemals haben die rivalisierenden Institute, selber mehr und mehr auf das Trockene gesetzt und doch zu starken Rückendeckungen genötigt, so verlockende Angebote für größere Einlagen und Darlehen gemacht wie seit dem Heranrücken der Jahreswende bis zur Gegenwart; die bekanntlich zinslosen Einlagen bei der Reichsbank mußten naturgemäß darunter leiden. Der Februar war sonst wegen seiner gewöhnlichen Geldflüssigkeit ein Vorzugsmonat für Emissionen aller Art; diesmal harren so gut wie alle geplanten kommunalen und staatlichen Anleihen und Pfandbriefemissionen noch ihrer Unterbringung. An eine Ermäßigung des hohen Bankdiskonts (6 % seit dem 6. November 1912) denkt man schon lange nicht mehr.

Es ist kein Wunder, daß auch der Warenmarkt und die Produktion von diesen nachgerade dauernden Beklemmungen nicht mehr unversohnt bleiben. An den Stapelplätzen des internationalen Verkehrs sollen außerordentlich große Warenmassen in der Weiterbewegung stocken, so daß der Kredit vorläufig die unterbrochene Realisierung ersetzen muß. Kupfer, Zink, englische Roheisenwarrants sind zurückgegangen. Die Eisenwerke in Deutschland, England und Österreich klagen über die Vorenthaltung neuer Aufträge auf Fertigmateriale, sogar die Elektrizitätsunternehmen über das Knapperwerden der Orders. Um zu normalen Bestellungen anzuregen, empfehlen einflußreiche Sachverständige den Orderschein eine Art Kriegsklausel anzufügen: »Für den Fall des Ausbruchs eines Krieges, in den das Deutsche Reich verwickelt wird, oder für den Fall der Anordnung der Mobilmachung im Deutschen Reich ist der Besteller berechtigt den erteilten Auftrag ganz oder zu einem beliebigen

Teil zu annullieren.« Dies alles sind Zustände, die man nur eine bestimmte Zeitlang zur Not ertragen kann.

× **Getreidepreise** Ohne die politischen Störungen, die vor allem den Vorräten Rußlands und der Donauländer die Bewegungsfähigkeit nehmen oder doch stark einschränken, hätte sich wahrscheinlich auch schon, der Welternte folgend, eine fühlbarere Ermäßigung der Getreidepreise durchgesetzt. Immerhin ist auf diesem Gebiet der Höhepunkt längst überschritten, beim Roggen seit dem Mai, beim Weizen seit dem Mai-Juni 1912, und es ist eine sehr selbstschädigende Taktik, wenn Arbeiterblätter von solchen Ermäßigungen nicht genau so Notiz nehmen wie vorher von den Erhöhungen. Man erleichtert dem Brotwucher, in diesem Fall allerdings dem der Weiterverarbeiter des Brotkorns, geradezu das Handwerk, wenn man die Konsumenten nicht hinreichend und lückenlos darüber aufklärt, wie weit sie nach der wechselnden Marktkonjunktur endlich auch einmal wieder eine Verbilligung ihrer Lebensmittel im Kleinhandel verlangen können. Ich stelle deshalb nach der amtlichen Reichsstatistik die Monatsdurchschnitte für Berlin (1000 Kilo in Mark) zusammen, unter Hervorhebung der Höchstpreise:

Monat	Roggen	Weizen
1912		
Januar	190,84	211,22
Februar	191,96	212,38
März	187,52	212,23
April	194,52	227,83
Mai	199,07	231,23
Juni	197,76	231,80
Juli	189,60	228,51
August	171,22	211,79
September	175,05	214,56
Oktober	180,19	211,55
November	176,98	205,77
Dezember	174,83	205,48
1913		
Januar	171,94	200,85

Das ist beim Roggen zuletzt gegen den Höchstmonat Mai eine Ermäßigung pro Tonne um 27,13 Mark, gegen den Januar des Vorjahres um 18,90 Mark; beim Weizen um 30,95 Mark gegen den Höchstmonat Juni, um 10,37 Mark gegen den Januar des Vorjahres. Trotzdem sind die heutigen Getreidepreise noch immer ganz stattliche. Denn der Januardurchschnitt stellte sich während des vorangegangenen Jahres beim Roggen: 1911 auf 149,62 Mark, 1910 auf

167,04, 1909 auf 167,36, 1908 allerdings auch bereits auf 208,48, 1907 auf 163,64 Mark, oder im Jahresdurchschnitt auf: 1911 168,3 Mark, 1910 152,3, freilich wiederum 1909 durchschnittlich 176,5, 1908 sogar 186,5 und 1907 193,2 Mark. Beim Weizen waren umgekehrt die Jahre vorher überwiegend teurer, denn der Januarpreis betrug hier: 1911 201,63 Mark, 1910 227,06, 1909 209,68, 1908 221,00, 1907 dafür jedoch 179,33 Mark; und der Jahresdurchschnitt: 1911 204,0 Mark, 1910 211,5, 1909 sogar 233,9, 1908 211,2, 1907 206,3 Mark. Immerhin ergibt sich: Nach den Großhandelspreisen, wie sie der Landwirt erhält, hat der Konsument durchaus das Recht und die Pflicht sich nicht fortgesetzt Brotpreissteigerungen aufzwingen und aufreden zu lassen.

× **Arbeitsmarkt** An die grundlegende normale Wirtschaftsentwicklung, die bis vor kurzem noch der Produktion eigen war, wurde man nochmals durch die Jahresübersicht des deutschen Reichsarbeitsblatts erinnert. Danach hat in Deutschland »die Besserung des Arbeitsmarkts, die sich im Jahr 1911 in den meisten Gewerben gezeigt hatte, sich im allgemeinen auch im letzten Jahre fortgesetzt. Das deutsche Wirtschaftsleben stand unter dem Zeichen einer blühenden Hochkonjunktur, die nach jeder Richtung ausgenutzt wurde.« Die Mitgliederbewegung der berichtstattendenden Krankenkassen, mehr als zwei Fünftel sämtlicher Krankenversicherter im Deutschen Reich umfassend, entsprach diesem geschäftlichen Aufstieg. Nur zeigt sich, dem allgemeinen Wirtschaftsgang entsprechend, gegen Ende des Jahres bereits eine gewisse Abflauung: »Die Kurve von 1912 bewegt sich dauernd und um etwa 5% des Standes vom 1. Januar 1905 über der Kurve von 1911; doch wird der Unterschied gegen Schluß des Jahres geringer.« Übereinstimmend lauten auch die Ziffern der Arbeitsnachweise. Von 1910 bis 1912 erhöhte sich, um nur eine der Gesamtsummen anzuführen, die Zahl der besetzten Stellen: bei den Männern von 1 640 600 auf 2 211 528 und 2 530 055, bei den weiblichen Stellensuchenden von 448 716 auf 533 407 und 592 332. Die Arbeitslosenziffer der Gewerkschaften (den Organisationen, die an das statistische Reichsamt, Abteilung für Arbeiterstatistik regelmäßig Bericht erstatten, gehörten

1912 über 2 Millionen Mitglieder an) entsprach etwa der Ziffer des günstigen Jahres 1911, blieb jedoch in jedem Monat hinter den Monatszahlen des Durchschnitts von 1908 bis 1912 und des Zeitraums März bis September des Jahres 1910 zurück. »Die Kurve für 1912 verläuft, mit Ausnahme des Dezember 1912, ebenso wie die für 1911, unterhalb der Kurve des Durchschnitts für die Jahre 1908 bis 1912, das heißt die Arbeitslosigkeit war in den beiden letzten Jahren geringer als im Durchschnitt des letzten Jahrfünfts.« Für Groß Berlin speziell werden noch die *Statistischen Monatsberichte Groß Berlins* herangezogen. Danach waren in den Betrieben Groß Berlins, die am 1. Januar 1909 mehr als 25 versicherungspflichtige Personen beschäftigten, am 1. November 1912 im ganzen 659 231 Personen, um die gleiche Zeit des Vorjahrs 625 593 Personen beschäftigt; dem Vorjahr gegenüber ergibt sich 1912 also eine Steigerung um 33 638 oder 5,4 %. Auf die Männer entfällt hierbei eine Zunahme von 4,4 %, auf die Frauen eine solche von 7,4 %. Am stärksten vertreten ist die Industrie der Maschinen und Apparate, auf die 156 675 männliche und 48 064 weibliche Personen am 1. November 1912 entfallen; die Zunahme beträgt hier 20 578 Personen oder 11,2 %, auf die Arbeiter kommt hierbei ein Zuwachs von 10,2 %, auf die Arbeiterinnen von 14,4 %. Die Fabrikation elektrischer Maschinen und Apparate, auf die 1912 im ganzen 109 795 Personen entfielen, zeigte dabei eine Zunahme bei den männlichen Arbeitern um 9,7 %, bei den weiblichen von 18,6 %. Das *Handelsgewerbe* mit 70 652 Personen am 1. November 1912 hatte eine Steigerung von 2,8 % an männlichen Personen und 8,9 % an weiblichen Personen. Im *Bekleidungs-gewerbe* mit 50 235 beschäftigten Personen stiegen die männlichen Personen um 2,7 % und die weiblichen um 3,7 %. Mit erheblicher Zunahme ihrer beschäftigten Personen ragen noch das *polygraphische* und das *Verkehrsgewerbe* hervor (+ 3,9 respektive 5,3 % Arbeiter und + 8,0 respektive 14,5 % Arbeiterinnen).

Die englische Statistik des Beschäftigungsgrades wurde 1912 außerordentlich stark durch den britischen Kohlengräberstreik beeinflusst, der im März und April zahlreiche Industrie- und Verkehrsunternehmungen zur Einschränkung, mitunter sogar zum vollkommenen Stillstand zwang. Durch die hohe Ar-

beitslosenziffer des März 1912 (11,3 %) wurde so der ganze Jahresdurchschnitt 1912 etwas über den Durchschnitt von 1911 hinaufgerückt. Aber seit dem Krisenjahr 1908 ist die Besserung eine ganz bedeutende, denn der Prozentsatz der Arbeitslosen betrug 1908 7,8, 1909 7,7, 1910 4,7, 1911 3,0, 1912 3,2. Doch selbst 1912 waren, mit Ausnahme des März, April und Mai, alle Monate abermals günstiger als 1911. Selbst der Januar 1913, für den soeben die *Board of Trade Labour Gazette* die Ziffern bringt, war nochmals beschäftigungsreicher als der Januar 1912. Bei den bericht-erstattenden Gewerkschaften waren Ende Januar 1913 2,2 % der Mitglieder arbeitslos; gegen 2,3 % Ende Dezember 1912 und 2,7 % Ende Januar 1912 (und entsprechend 3,9 % in 1911, 6,8 in 1910, 8,7 % in 1909).

× **Baumwoll-spinnerei** Nach einer Zusammenstellung des Zensusbureaus der Vereinigten Staaten von Amerika waren in der ganzen Welt 1912 rund 140 996 000 Spindeln in Baumwollspinnereien im Betrieb, gegen 105 681 000 im Jahr 1900. Die Zunahme während dieses Zeitraums war an und für sich wie verhältnismäßig am größten in den Vereinigten Staaten. Die größte Zahl von Spindeln hat noch Großbritannien aufzuweisen: 55,3 (1900 45,5) Millionen gegenüber 30,6 (1900 19,5) Millionen in den Vereinigten Staaten, 10,7 (8,0) in Deutschland, 8,8 (7,5) in Rußland, 7,4 (5,5) in Frankreich, 6,2 (4,9) in Indien, 4,8 (3,3) in Österreich-Ungarn, 4,6 (1,9) in Italien, 2,2 (2,6 ?) in Spanien, fast 2,2 (1,3) in Japan, 1,4 (1,6 ?) in der Schweiz, 1,4 (0,9) in Belgien, 1,0 (0,5) in Brasilien. Alle übrigen Staaten stehen ihrer Spindelzahl nach unter 1 Million. Kennzeichnend für die Vereinigten Staaten ist, neben ihrem raschen Allgemeinwachstum, die starke Verschiebung zwischen der ältern nordstaatlichen und der jüngern südstaatlichen Textilindustrie. Die Südstaaten besaßen 1900 4 368 000, 1912 11 583 000 Spindeln, alle übrigen Unionsstaaten dagegen 1900 15 104 000, 1912 18 996 000 Spindeln. Ähnlich wie der amerikanische Gesamtverbrauch der heimischen Baumwolle, verglichen mit der Versorgung Europas, relativ anschwillt, so beanspruchen allmählich die baumwollpflanzenden Südstaaten einen immer größern Bruchteil ihrer Ernten gegenüber den Nord- und Weststaaten.

×

×

KurzeChronik Der Monat Januar brachte den deutschen Eisenbahnen (ausschließlich Bayerns) abermals eine Einnahmevermehrung: im Personenverkehr um 3,2 Millionen Mark oder um 4,64 % gegen das Vorjahr, im Güterverkehr um 15,1 Millionen Mark oder um 8,73 %. × Die Sechsmächtegruppe (England, Frankreich, Deutschland, Amerika, dazu noch Rußland und Japan) hatte sich am 3. Februar mit China über den Abschluß einer Anleihe von 500 Millionen Mark geeinigt; Rivalitäten wegen der Ausübung der Finanzkontrolle haben jedoch in letzter Stunde die Einigkeit unter den Kreditgebern selber bedenklich erschüttert, so daß der Ausgang der langwierigen Verhandlungen noch immer nicht abzusehen ist.

× **Literatur** Das 1. Heft der vom *Kölnener Museum für Handel und Industrie* herausgegebenen *Modernen Wirtschaftsgestaltungen* /Bonn, Marcus & Weber/ bringt eine Arbeit des Professors Kurt Wiedenfeld *Das Rheinisch-Westfälische Kohlsyndikat*. Über die Geschichte und Struktur des Syndikats, den Gegensatz der reinen und Hüttenzechen, die Dividenden der Grubenaktiengesellschaften von 1890 bis 1911, ferner über die Entwicklung der Löhne seit 1886 findet man hier viel lehrreiches Material. × Als Fortsetzung der früheren Hechtschen Werke über den Bodenkredit in Deutschland ist das Buch *Die deutschen Bodenkreditinstitute 1900 bis 1909* von Dr. Fritz Schulte /Leipzig, Duncker & Humblot/ gedacht, nachdem das Hechtsche Archiv in den Besitz der *Bayrischen Landesbank* übergegangen ist. × In 2. Auflage liegt aus der Teubnerschen Sammlung *Aus Natur und Geisteswelt* Professor Dr. Paul Arndts *Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft vor*, in 3. Auflage Professor Ludwig Pohles *Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im letzten Jahrhundert*.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Frida Ichak

Energetik Die Lehre von der Energie, der Ausbau des Satzes von der Erhaltung der Energie, ist schon lange nicht mehr als Spezialgebiet der Physik aufzufassen. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn man den Zweck alles physikalischen Forschens

definiert als Untersuchung der Energie, ihrer Formen, ihrer Verschiebungen und Verwandlungen. Bei der allumfassenden Bedeutung der Energetik ist es nur natürlich, daß man seit geraumer Zeit nicht nur die Konsequenzen des Prinzips sorgfältig untersucht sondern das Prinzip selbst, seinen Ursprung und seine Basis einer kritischen Analyse unterwirft. Was ist das Gesetz der Erhaltung der Energie? Ein Erfahrungssatz? Eine logische Deduktion? Oder nur ein formaler Ausdruck?

Man kann sich von vornherein auf den Boden der mechanischen Naturauffassung stellen, das heißt annehmen, daß alle Veränderungen in der Natur sich auf Bewegungen materieller Punkte zurückführen lassen. Dann ist der Energiesatz nichts weiter als eine andere Form für den aus der Mechanik bekannten Satz der lebendigen Kraft. Eine ganze Reihe von Physikern schlägt diesen Weg ein. Andere dagegen, so Max Planck, lassen die Frage, inwiefern man alle Naturprozesse auf mechanische reduzieren kann, offen und gehen allein von »der durch jahrhundertlange menschliche Arbeit geprüften und in allen Fällen stets aufs neue bewährten Tatsache aus, daß es auf keinerlei Weise möglich ist ein *Perpetuum mobile* zu bauen, das heißt eine periodisch wirkende Maschine, durch die fortdauernd Arbeit oder lebendige Kraft aus nichts gewonnen werden kann«. Nach dieser Auffassung wäre der Energiesatz letzten Grades identisch mit dem Prinzip des ausgeschlossenen *Perpetuum mobile*. Bekanntlich ist dieses bedeutend älteren Datums als das Energieprinzip. Als 1789 die französische Akademie der Wissenschaften erklärt hatte, daß sie es ein für allemal ablehne ein Projekt eines *Perpetuum mobile* zu prüfen, war sie von der Unmöglichkeit der Unternehmen dieser Art tief überzeugt, ohne jedoch das Energieprinzip erkannt zu haben. Trotzdem steht prinzipiell einer solchen Begründung des Energiesatzes wie Planck sie präzisiert nichts im Weg. Es hängt vielmehr von dem Geschmack des Forschers ab, ob er sich mit einer erfahrungsmäßigen Formulierung des Prinzips begnügt oder eine tiefere Deutung sucht.

Das große Verdienst Ernst Machs besteht darin, daß er als erster das Energieprinzip auf seinen Ursprung geprüft hat. Mach hat zuerst gezeigt, daß der Satz von der Erhaltung der Energie lediglich eine

Sache unserer formalen Auffassung sei. Ein Beispiel kann es am besten erläutern. Indem wir sagen: die Arbeit hat sich in Wärme verwandelt, sagen wir ja nichts anderes als: die Wärme soll uns so viel wert sein (im Idealfall) wie die verbrauchte Arbeit, durch die sie erzeugt wurde. Das mechanische Wärmeäquivalent, das uns erlaubt Wärme und Arbeit mit gemeinsamem Maß zu messen, ist wiederum von uns selbst festgelegt. Indem wir sagen: eine Wärmeeinheit ist 426 Arbeitseinheiten wert, sprechen wir damit das Gesetz der Erhaltung der Arbeit aus. Gibt es ein mechanisches Äquivalent der Elektrizität? Ja und nein, antworten wir mit Mach. Es gibt kein mechanisches Äquivalent der Elektrizitätsmenge wie es ein Äquivalent der Wärmemenge gibt, denn mit einer und der selben Elektrizitätsmenge kann man verschiedene Arbeitswerte erreichen; es gibt aber ein mechanisches Äquivalent der elektrischen Energie, die wir als Elektrizitätsmenge mal Spannungsdifferenz definieren. Würden wir dieses Produkt *Elektrizitätsmenge* nennen, so hätten wir ein mechanisches Äquivalent der Elektrizitätsmenge, genau so wie eines der Wärmemenge.

Mit dieser Analyse Machs ist das Gesetz der Erhaltung eigentlich auf eine Identität zurückgeführt. Das Energieprinzip verliert damit alle seine Zufälligkeit und erhebt sich zum Rang einer unerschütterlichen, formalen Gedankenkette. In neuester Zeit versucht man an Stelle der Erhaltung die Identität einzuführen, indem man von anderer Seite als Mach an das Problem herantritt. Beachtenswert in dieser Hinsicht ist das Werk Leo Gilberts *Neue Energetik* /Dresden, Reißner/.

Gilbert fragt vor allem: Was ist Energie? Auf diese Frage wurde bereits verschieden geantwortet. Wilhelm Ostwald, der Energetiker *par excellence*, hat, von der Universalbedeutung der Energie durchdrungen, versucht Energie mit Materie zu identifizieren. Er sucht in der Materie nach Energieen und findet Volumenenergie, Gravitationsenergie und Bewegungsenergie, »deren räumliche Vereinigung zum Begriff *Materie* geführt hat«. Nimmt man dem räumlichen Körper seine Energieen, so bleibt nach Ostwald von ihm nichts übrig, denn was wir Körper nennen, ist ja nichts anderes als Energiekomplex. Der Ostwaldschen Vorstellung kann man den Vorwurf machen, daß sie ein Spiel mit Begriffen sei. Gilbert dreht den Spieß um: Er will be-

weisen, daß es nichts als Energie gibt, und zwar eine Energie, und diese Energie ist mit der Materie identisch. Seine Definition lautet: »*Materie* (oder *Dichte*) nennen wir die Raumerfüllung, das heißt die Energie, die ihren gerichteten Raum (Gestalt) verteidigt; sie tut dies in der Form, daß sie eindringenden Kräften eine Gegenkraft gegenüberstellt.« Mit dieser Definition wird die ganze moderne Energetik sozusagen auf dem Kopf gestellt. Wir wollen mit dem Autor ein Stück Weges mitgehen, um zu sehen, zu welchen neuen Ergebnissen er kommt.

Zunächst fällt der Unterschied zwischen kinetischer und potentieller Energie im üblichen Sinn fort. Gilbert unterscheidet lediglich zwischen Außen- und Innenarbeit. Außenarbeit (oder kinetische Energie) ist die Beschleunigung respektive Verzögerung eines Stücks Materie (Energie) gegenüber den anderen Stücken der Welt. Wird die Beschleunigung = 0, so entsteht ein Zustand, der sich (in Ruhe oder Bewegung) zu erhalten strebt. Das ist der Zustand, der durch die Trägheit charakterisiert wird. Da nach dem Trägheitsgesetz ein freier Körper bis in die Unendlichkeit die gleiche freie Geschwindigkeit behält, so kann man seinen Zustand auch als den der Ruhe definieren. Jede Außenarbeit führt also zu einem neuen Gleichgewicht, nachdem sie das frühere Gleichgewicht gestört hat. Innen- und Außenenergie entsprechen einander vollkommen. Die kinetische Energie stellt sich so dar, als ob sie potentielle Energie nach außen auf Distanz wäre; und umgekehrt, die potentielle (Dichte und Volumen) so, als ob sie kinetische in einer Kontinuität von Materie wäre. Oder mit anderen Worten: Potentielle Energie (Innenarbeit) ist nichts anderes als die Dichte, die Materie selbst; die kinetische Energie ist die Arbeitsfähigkeit nach außen, oder das, was man Energie schlechthin nennt. Jeder Körper hat also (oder, richtiger, ist) kinetische und potentielle Energie zugleich. Beide Energieseiten sind korrelär identisch.

Mit diesen Festlegungen kommt man tatsächlich zu einer neuen Energetik, und zwar zu einer Energetik der Doppelpoligkeit oder Korrelation, die Gilbert auch *identische Gegenseitigkeit* nennt. Diese Doppelpoligkeit führt Gilbert für das gesamte Gebiet der Physik durch. In jedem Prozeß der Natur ist zugleich ein Gegenprozeß vorhanden. Jede Erscheinung läßt sich nur durch ihre Gegen-

erscheinung erfassen. Ja, selbst die Vorstellung *Energie* läßt sich nur aus ihrem korrelären Gegenbegriff *Nichtenergie* oder *Nichtmaterie*, das heißt leerer Raum, begreifen. (Diese letzte Behauptung steht in bewußtem Gegensatz zu dem bekannten Ausspruch Descartes': wenn man aus einem Becher die Luft vollständig auspumpen könnte, würde der Becher keinen Innenraum mehr haben.) Aus der Korrelation, Bipolarität aller Erscheinungen ergibt sich das Erhaltungsgesetz von selbst. Die übliche Energetik besagt, daß kinetische Energie + potentielle Energie konstant sei, das heißt die eine wird durch die andere korrelär erhalten. Gilbert geht weiter und sagt: Jede Energieerhaltung ist nur so möglich, daß der Prozeß einen Gegenprozeß hervorruft, der ihn deckt. Als Korrelationspaar erscheinen Gilbert schon Dichte und Volumen (obwohl beide nach seiner Definition der potentiellen Energie gehören). Wird das Volumen durch Ausdehnung vergrößert, so wird die Dichte kleiner; wird der Körper komprimiert, so wächst die Dichte.

Nichts liegt eigentlich der Physik näher als der Begriff *Bipolarität*. Wir kennen ihn aus zahlreichen Erscheinungen (positive und negative Elektrizität; hell und dunkel; kalt und warm usw.). So weit stehen Gilberts Vorstellungen in keinem Widerspruch zu dem 1. thermodynamischen Hauptsatz. Dieser erhält nur eine andere Fassung: Die Welt ist eine unendliche Arbeitskette in Raum und Zeit, die erhalten bleibt. Führt man aber diese Vorstellungen konsequent durch, so kommt man zur Streichung des 2. Hauptsatzes, der aussagt, daß Arbeit nur bei gewissen Bedingungen (beim Fließen der Energie von einem höhern Niveau zu einem niedern) geleistet wird. Die Welt muß vielmehr aus einem unaufhörlichen Arbeitsprozeß bestehen, der nie zum Stillstand kommt, weil unauflöflich Gegensätze aus Gegensätzen erzeugt werden. Arbeit ist Störung des Gleichgewichts, und sie kann nie aufhören, weil jedes Gleichgewicht die Störung eines neuen Gleichgewichts ist. Der Satz vom Wärmetod (als dem Zustand, da sämtliche Energie sich in arbeitsunfähige Wärmeenergie verwandelt haben wird) fällt damit weg. An seine Stelle tritt ein neuer 2. Hauptsatz von der Nichterhaltung als Zusatz zu dem oben formulierten 1. Satz von der Erhaltung: Die Arbeits-

kette wird dadurch nicht erhalten, das heißt sie wird dadurch unterbrochen, daß die Arbeitsformen korrelär wechseln.

Mit diesen kurzen Darlegungen suchte ich einen Querschnitt durch Gilberts *Neue Energetik* zu geben. Gilberts System der Energetik stützt sich auf das Prinzip der Korrelation. Es wäre zu untersuchen, inwiefern diese Korrelation nicht eine Grundeigenschaft all unseres Denkens sei, und ob, wie Gilbert sagt, die Kausalität nicht anderes als eine »Gegenseitigkeitsbilanz« darstelle. Diese Untersuchung gehört in die Erkenntnistheorie. So viel sei hier nur bemerkt, daß in letzter Zeit auch von rein philosophischer Seite aus der Versuch gemacht wurde eine Polaritätsphilosophie aufzubauen; das hat zum Beispiel S. Friedländer getan.

×
 Kurze Chronik In seinem 67. Lebensjahr starb der Professor der Astronomie und Experimentalphysik an der Universität Cambridge George Howard Darwin. Er war der zweite Sohn Charles Darwins. Er ist besonders durch seine Arbeiten auf dem Gebiet der Geophysik und theoretischen Astronomie bekannt geworden. Sein grundlegendes Werk über die Gezeiten wurde auch ins Deutsche übersetzt (siehe diese Rundschau, 1912, 3. Band, pag. 1236 f.). ×
 Dem verdienstvollen Physiker Ludwig Boltzmann, der 1906 gestorben ist, wurde im Arkadenhof der Universität Wien ein Denkmal gestellt. ×
 Als erste deutsche Institution dieser Art ist die Rostocker Luftwarte errichtet worden, die hauptsächlich dazu dienen soll mit Hilfe von Drachen und Ballons die Elektrizität der höheren Luftschichten zu erforschen. ×
 In Paris wurde ein internationales Zeitbureau gegründet; seine Zentrale befindet sich im Eiffelturm.

×
 Literatur Mit dem neuen Jahr erblickte eine neue Zeitschrift das Licht der Welt: *Die Naturwissenschaften* /Berlin, Springer/. Das Organ ist als Fortsetzung der von Sklarek begründeten *Naturwissenschaftlichen Rundschau* gedacht und wird von Arnold Berliner und Curt Thesing redigiert. Das Programm der Zeitschrift ist sehr umfassend: Sie will Originalbeiträge und Sammelreferate, Rezensionen und Berichte über alle Gebiete der Naturwissenschaften bringen.

Was die exakten Naturwissenschaften betrifft, so findet man in den ersten Nummern einen interessanten Aufsatz von Richter-Marberg über Maxwells Prinzip der Einheit aller elektrischen Erscheinungen und eine Kontroverse über das Relativitätsprinzip, auf die noch in dieser Rundschau zurückgekommen werden soll.

KUNST

Bildende Kunst / Lisbeth Stern

Corinth Die Ausstellung in der Berliner Sezession, die einen Überblick über Corinths gesamtes Schaffen gibt, zeigt im besten Licht, was wir an ihm haben. So mangelhaft einzelne Bilder von ihm mit Recht oft erschienen sind, so bedeutend und auch groß steht doch jetzt das Ganze da. Das Lebendige, das man durch sein ganzes Arbeiten hindurchströmen sieht, ist vor allem eine ungehemmte und uneingeschränkte Naivetät, die man wohl als das A und O alles seines Produzierens ansehen kann. Gewiß ist Corinth auch dann und wann von einer Kunsttheorie beeinflusst gewesen, die sich auch in sein Schaffen hineingemengt hat. Doch ist sein eigentliches Wesen gänzlich frei geblieben, und nie ist ihm Abbruch dabei geschehen. Ja, sogar in seiner Art sich beeinflussen zu lassen kann wohl noch Naivetät stecken, wie zum Beispiel einem Jungen vom Land die lineare Vornehmheit des geschulten Städters imponieren muß, und er mit heißer Mühe sich ihr wird anpassen wollen. Solche zeitweiligen Anpassungsversuche sind aber bei starken Naturen völlig belanglos; sie werden wieder abgeschüttelt, wie man ein unbequemes Kleid schließlich beiseite tut, und sie können unter Umständen sogar das Gute einer lehrreichen Schularbeit erwirken. Zu den unter fremdem Einfluß entstandenen rechne ich auch einige linear strenge Kompositionen wie auch die paar Bilder, die in ihrer absichtlich saftlosen Schlichtheit an Thoma erinnern. Überall aber, wo Corinths Naivetät wirklich frei und souverän ihr Wort führt, ist seine Art künstlerisch im ganz eigentlichen Sinn. Nur ist es immer besonders überraschend und reizend, wenn irgendein Einfall, der bei einem andern vielleicht nur eine spielerische Laune bedeuten würde, bei ihm mit einer Kraft und Selbstverständlichkeit auftritt, als hätte er ein längst gewöhntes Recht auf seiner Seite. Alle Schnurren wie eine

ganz abstruse Abschneidung durch den Rahmen oder eine sinnlose Art des Angezogeneins haben ihm offenbar bei der Arbeit ihren bestimmten Sinn gehabt, und nirgends sehe ich darin etwas von Koketterie. Am stärksten und größten spricht diese sehr subjektive Art in seinem Familienporträt: die Frau in der Mitte mit dem ganz kleinen Kind auf dem Schoß, das Kleid weit ausgeschnitten und den Hut auf dem Kopf, daneben der große Junge und dahinterstehend dicht übergebengt Corinth selbst wie ein Schutzheiliger mit Palette und Pinsel in der Hand. In diesem Bild von ihm selbst steckt eine ganz große und schwere Wucht. Das Gesicht ist zusammengezogen wie unter dem Furor der zwanghaften und schweren Arbeit, und die Komposition legt sich einem unwillkürlich in einer Art Symbolik aus, als wurzele eben Corinths Wesen in diesem animalischen Grund und empfinde von hier seinen Saft. Die ganz besonders lebhaftige Art Corinths Menschen zu sehen und die Freiheit, mit der er sie wiedergibt, lassen mich immer wieder Corinth als eine Art Spätrenaissancemaler sehen, etwa aus dem 17. Jahrhundert und im Grunde allem fremd, was unsere Zeit will und braucht. Immer wieder ist seine Kunst der Ausdruck einer sehr umfassenden Natur, die ausschließlich Menschen sowohl in ihrer Körperlichkeit als auch in ihrer geistigen Eigenart mit der selben Verve erfaßt, und stets sind sie in großen Dimensionen gegeben, mit einem gewissen Pathos, das die Einzelheiten in dem Schwung des Ganzen verschlingt. Oft sind seine Figuren in naivem und lebhaftem Konnex zum Beschauer gedacht, als gehöre das Bild zu unserer nahen Welt, in die wir nur einzutreten brauchen. Auch seine Kirchenbilder haben nicht die Frömmigkeit, die den Beschauer nicht braucht und ihre Seligkeit und ihr Gewicht in sich trägt. Im Gegenteil, sein großes Triptychon mit dem Gekreuzigten in der Mitte, dem ekstatischen Paulus links und Matthäus rechts ist durchaus zu uns gewendet, wie eine leidenschaftlich eindringliche Bußpredigt, und der Gesichtsausdruck in Corinths Köpfen ist oft von enorm komprimierter Geistigkeit. Dieses Vermögen die geistige Individualität so kraft lebendig erfassen zu können macht ihn zu dem glänzenden Porträtisten. Fast in allen Bildnissen ist die Eigenart so stark betont, daß sie beinahe an Karikaturen erinnern müßten, wenn sie nicht anderer-

seits ganz frei von Schematismus wären; so wirken sie als eine Art Kontraktion aller der geistigen Besonderheiten dieses Menschen. Am besten ist Corinth wie allen Porträtisten immer das Selbstbildnis gegliedert; vielleicht, weil zwischen dem Gesicht selbst und der Malweise eine Wechselwirkung hinüber- und herübergeht. Corinths Selbstporträts sind von einer ganz wundervollen, selbstbewußten, fast etwas protzigen Geradheit und haben mehr Ruhe und Sicherheit als die Porträts anderer. Übrigens zeigt sich die Kraft der Corinthischen Art auch in der großen Freiheit, mit der er alles körperlich Sexuelle behandelt. Nirgends spürt man etwas von Hemmungen oder seelischen Komplizierungen; überall sieht man die selbe körperliche Lust sich vortun, und wenn auch ihr Gebaren oft ein wenig jung und manchmal auch roh sich ausnimmt, so ist doch überall die selbe selbstverständliche und naive Ehrlichkeit. Merkwürdig sind aber bei allen seinen Personen, die doch oft recht massiv gefügt sind, die Hände, deren Finger überall spitzig und kokett gespreizt sind. Übrigens liegt für mich Corinths Größe allein in der Darstellung von Menschen. Seinen Blumenstücken und Landschaften fehlen eigenes Leben und eigene Seele, und sie muten mehr wie Übungsblätter an, deren Objekt eben nur Objekt ist.

× Dekorative Kunst ×
 Von seinen Dekorationen und Kostümentwürfen für das Fokinsche Ballet her ist Léon Backst bekannt. Er hat jetzt in Berlin bei Cassirer eine Kollektion Ölbilder und Kostümstudien in Aquarell ausgestellt. Besonders in diesen Blättern zeigt Backst eine eminente Beweglichkeit und starken erotischen Reiz. Unter ihm ist alles (Gewänder, Gesichter, Leiber und schließlich auch gar noch Seelen) zu einer Art harter Preziosen geworden. Aber von dem flüchtigen Reiz, der hierin liegen könnte, abgesehen, vermag Backst nicht viel zu geben; seine größeren Anläufe sind geistreich, aber nicht groß.

Wie ernstlich groß aber dekorative Kunst sein kann, zeigt bei Gurlitt wieder Max Pechstein. Seine 3 Glasfenster sind von so fabelhafter Schönheit, daß Worte für mich da sinnlos sind. Die zwei kleinen haben die etwas dunkle und nicht klare Glut, die auch viele seiner Bilder an sich haben, das mittelste ist aber klar und bestimmt wie vor eini-

gen Jahren sein großes Glasfenster. Vielleicht ist hier die Figur eine Genoveva, eine Frau mit absonderlicher und strenger Bewegung, die aussieht, als hielte sie eine Symbolik in sich geschlossen, und rechts und links kleine Rehe, alles in lebensvolle, klare Farben gefaßt und auch in der Fläche durchaus bestimmt. Überhaupt scheinen mir die Absonderlichkeiten Pechsteins erst in seiner Glasfenstertechnik gerechtfertigt. In der Öltechnik, vielleicht weil man gewöhnt ist sie nur als eine Art Wiedergabe der Wirklichkeit zu sehen, kommt Pechsteins Phantasie gegen das Umher an Kraft nicht auf. Dafür herrscht in den Glasfenstern eine andere Welt, unserer an Glanz und Frische so übergeordnet, daß neben dem neuen Leben ihrer Farben unser Tag trübe und kompakt aussieht.

× Plastik ×
 Das russische Ballet hat eine Flut von Anregungen ausgelöst, und da unsere Malerei immer und immer wieder sich darum müht den Rhythmus der Bewegung in irgendeiner Weise zu fassen, nicht einer einzelnen sondern gerade den Fluß der laufenden Bewegung, müssen eben die Russen ihnen als ein Hauptstudienmaterial gelten. Allerdings bestand alles, was bisher darin gegeben, nur in Anläufen, die mehr oder weniger gegliedert waren, aber doch große Perspektiven geben konnten. In der Wiedergabe von Einzelbewegung hat die Kunst ja eine lange Tradition hinter sich. Von dem Bildhauer Hans Luetkens gibt es jetzt eine Statuette, die die Anna Pawlowa in der stracksten Drehbewegung gibt. Der Körper, der nichts mehr an sich hat als Sehnen und Nerven, wie etwa der Körper eines Rennpferdes, ist gut getroffen. In der Bewegung ist der Moment festgehalten, in dem der Schwung zur Drehung durch das seitliche Zurückwerfen von Rumpf und Armen ansetzt. Man hat da in der Tat eine recht starke Illusion von Bewegung.

Der Bildhauer Georg Wienbrack, der schon durch seine Beethovenbüste bekannt ist, hat nun eine Büste des Spinoza geschaffen. Der äußere Anlaß war, nach Wienbracks Bekanntheit, die Lektüre von Constantin Brunners Hauptwerk *Die Lehre von den Geistigen und vom Volk*, woraus dem Künstler die Persönlichkeit und das Denken Spinozas so lebendig und zwingend entgegenstrahlen, daß sich seine Begeisterung in einer

Schöpfung Ausdruck suchen mußte. Zwischen Wienbracks Beethoven und diesem Idealporträt Spinozas scheint eine Strecke der Entwicklung zu liegen, in der der Spinoza die Klärung und Vollendung einer Seele bedeutet, die vom Suchen zum Finden gelangt ist. Zeigt der Beethoven die Leidenschaft des Künstlers mit der ganzen Schwere heroischen Ringens, so verkörpert der Spinoza höchste Freiheit und Sicherheit des Gemüts, Beruhigung im Denken. Nicht leere Idealität, keine Affektlosigkeit. Dieses mächtige Gesicht ist vielmehr von Gefühlen sozusagen durchhackert, die in ihrer Stärke den Gedanken des Philosophen entsprechen mußten. Aber auf dieser Stirn herrscht, bei aller Lebhaftigkeit, ja Wildheit der Formbehandlung, Hochgebirgsruhe. Der schöne, langlinige Mund erzählt von ganz gekosteten, doch ganz begriffenen und damit aufgehobenen Leiden.

× KurzeChronik Im Berliner Salon Cassirer hielt Julius Meier-Graefe einen bemerkenswert wichtigen Vortrag über die neuen Richtungen in der Malerei, über Expressionismus, Futurismus, Kubismus usw. Wenn er im Druck erscheinen sollte (was sehr zu wünschen wäre), wird man auf ihn zurückkommen müssen.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Gleichstrom und Wechselstrom Für ausgedehnte Kraft- und Übertragungsanlagen kommt heute fast ausschließlich Wechselstrom, respektive dessen Abart, der Drehstrom, zur Anwendung. Das hat seinen Grund darin, daß sich Wechselstrom leicht transformieren läßt. Man erzeugt deshalb im Elektrizitätswerk Ströme von nicht zu hoher Spannung, etwa von 5000 Volt, damit die Elektrizitätserzeuger nicht gefährdet werden. Diese Ströme verwandelt man dann in ruhenden und absolut betriebssicheren Transformatoren in solche von sehr hoher Spannung, um bei der Fernleitung mit möglichst dünnen Leitungen auskommen zu können. Und an der Verwendungsstelle schließlich transformiert man den hochgespannten Strom wieder auf eine möglichst niedrige Spannung herunter, für Kraftanlagen auf etwa 500 Volt, für Beleuchtungsanlagen auf etwa 110 bis 250 Volt. Trotz der 2maligen Umformung arbeiten derartige Elektrizitätsanlagen in ausgedehnten

Leitungsnetzen erheblich wirtschaftlicher als Gleichstromanlagen, weil für die Leitungen ein nur verschwindend kleines Kupfergewicht aufgewandt zu werden braucht. Trotzdem hat der Gleichstrom vor dem Wechselstrom sehr bedeutende Vorzüge. Der Gleichstrommotor ist dem Wechselstrommotor in seiner Regulierfähigkeit und seiner Anpassungsfähigkeit an wechselnde Leistungen weit überlegen. Ferner ist das mit Gleichstrom erzeugte Glühlicht absolut ruhig, während mit Wechselstrom erzeugtes Glühlicht von der Polwechselzahl abhängige periodische Schwankungen aufweist. Sinkt die Periodenzahl des Wechselstroms unter 50 in der Sekunde, so tritt ein unerträgliches Flimmern des Lichtes ein. Nun könnte man ja ohne weiteres Wechselstrom hoher Periodenzahl erzeugen; dann aber arbeiten die Motoren wieder ungünstiger, und 50 Perioden stellen bereits einen für Kraftübertragungsanlagen ungünstigen Kompromiß zugunsten der Glühlichtbeleuchtung dar. Noch weniger als zur Erzeugung von Glühlicht eignet sich aber der Wechselstrom zur Erzeugung von elektrischem Bogenlicht. Bei gleichem Energieverbrauch hat eine Wechselstrombogenlampe nur etwa die Hälfte der Lichtleistung einer Gleichstrombogenlampe aufzuweisen, und dabei hat eine Wechselstrombogenlampe noch eine sehr ungünstige Lichtverteilung. Schließlich (und dieser Punkt ist von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit) eignet sich der Wechselstrom schlecht zur Fortleitung in unterirdisch verlegten Kabeln. Es treten nämlich in diesen Kabeln Ladungserscheinungen auf, die ganz bedeutende Energieverluste bedingen. Dieser Übelstand tritt bei Gleichstrom nicht auf, man ist deshalb bei Gleichstromkabeln weder in der Spannung noch in der Stromstärke irgendwelchen Beschränkungen unterworfen. Man kann beispielsweise Gleichstromkabel mit Leiterquerschnitten bis zu 350 Quadratmillimeter bauen, die für 150 000 Volt isoliert sind und eine Gesamtspannung von 300 000 Volt zwischen Hin- und Rückleitung zulassen. Bei Drehstrom dagegen kann man bisher Kabel für höchstens 60 000 Volt herstellen, und man ist in der Bemessung des Leitungsquerschnitts auf 50 Quadratmillimeter beschränkt. Bei einer Kraftübertragung von 50 000 Kilowatt bei 60 000 Volt braucht man für Drehstrom 340 Quadratmillimeter, also 7 Drehstromkabel, deren Anschaffungs- und

Verlegungskosten auf rund 18 Millionen Mark zu veranschlagen sind. Dagegen berechnen sich die Kabelkosten bei Gleichstromübertragung von 50 000 Kilowatt bei 300 000 Volt auf weniger als 6 Millionen Mark. Die Leitungskosten stellen sich dann sogar nicht wesentlich höher als die einer Freileitung für Drehstrom, die bei 60 000 Volt immerhin 5 Millionen Mark betragen würde.

Bei großen territorialen Leitungsnetzen wird man natürlich sehr bald von den Freileitungen absehen müssen, wenn man nicht die unangenehmsten Betriebsstörungen, die häufigen Beschädigungen und die großen persönlichen Gefahren mit in Kauf nehmen will, ganz abgesehen davon, daß es eine ästhetische Ungeheuerlichkeit wäre ein ganzes Land in ein Netz von Kupferdrähten einzuspinnen. Entschließt man sich aber generell zur Stromverteilung durch unterirdisch verlegte Kabel, so wird auch dem Gleichstrom wieder eine größere Beachtung geschenkt werden müssen als bisher. Freilich ist die Erzeugung hochgespannten Gleichstroms mit erheblich größeren Schwierigkeiten verbunden als die Erzeugung hochgespannten Wechselstroms, weil Gleichstrom nicht transformierbar ist, man also schon in der Dynamomaschine hohe Spannungen erzeugen muß. Aber diese Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich, wie einige von dem Genfer Elektrotechniker Thury ausgeführten Anlagen zeigen. Durch Hintereinanderschaltung von mehreren Stromerzeugern kann man durch Summation Gleichstrom fast unbegrenzt hoher Spannung erzeugen, muß allerdings nicht die Spannung, wie in den heutigen Verteilungsnetzen, sondern die Stromstärke konstant halten, was technisch schwieriger und nicht ganz so betriebssicher ist.

× Schlagwetter-
prüfapparate

Der rechtzeitige Nachweis auftretender Schlagwetter

ist das beste Vorbeugungs-

mittel gegen verheerende Schlagwetterexplosionen. Schlagende Wetter entstehen, wenn sich brennbare Gase (in erster Linie kommt das Grubengas (Methan) in Betracht) in solcher Menge der Luft beimischen, daß ein explosives Gasmengenge entsteht. Diese Explosionsgefahr beginnt bei einer Beimengung von etwa 6 % Methan zur Luft, das Maximum der Explosionsfähigkeit liegt bei ungefähr 10 % Methangehalt. Das Methan ist bereits bei der Bildung der Steinkohlen entstanden und befindet sich

unter großem Druck in Spalten und Klüften der Steinkohlenflöze eingeschlossen. Wird eine solche Kluff von dem Bergmann angeschlagen, so entweicht das eingeschlossene Gas mit pfeifendem Geräusch, es tritt ein sogenannter Bläser auf. Durch das Geräusch des ausblasenden Gases verrät es sich selbst, und der Bergmann vermag sich meist in Sicherheit zu bringen. Diese Bläser sind also im allgemeinen nicht so gefährlich wie allmähliches und kontinuierliches Ausströmen von Grubengas in abgebauten Strecken, weil sich von diesen aus allmählich auch die Luft der im Betrieb befindlichen Strecken mit Methan anreichert, ohne daß sich hierbei das tückische Gas durch den Geruch oder auf andere Weise verrät. Es ist deshalb in Gruben, die dauernd von Schlagwettern bedroht sind, unausgesetzte Kontrolle auszuüben, um den Methangehalt in der Luft rechtzeitig feststellen zu können. Ein sehr zuverlässiges Mittel zum Nachweis des Methans in der Luft bietet die Davysche Sicherheitslampe selbst dar. Strömt nämlich der Flamme der Sicherheitslampe mit der zugeführten Verbrennungsluft auch Methan zu, so wird diese Flamme allmählich immer kleiner und schwächer und umgibt sich mit einer bläulichen Aureole. Das ist ein Warnungssignal, das kein Bergmann außer acht läßt. Da aber in der Gegenwart die Davysche Lampe, weil sie nicht absolut sicher ist, immer mehr von elektrischen Grubenlampen verdrängt wird, so muß man darauf bedacht sein das Vorhandensein von Grubengas durch andere Mittel festzustellen. Es sind bereits zahlreiche Apparate konstruiert worden, die diese Aufgabe in recht vollkommener Weise erfüllen.

Bei einer Serie von verschiedenen Apparaten wird die Absorption von Methan durch Platinmoor zum Nachweis des Grubengases benutzt. Platinmoor, das nichts anderes als äußerst fein verteiltes Platin ist, besitzt die Eigenschaft große Mengen von Grubengas in sich zu verdichten. Mit dieser Verdichtung ist gleichzeitig eine Erwärmung des Platinmoors verbunden, die sich, wie es von den Platinmoorgaszündern her bekannt ist, so weit steigern kann, daß das Platinmoor ins Glühen gerät. Aber auch schon eine geringe Erwärmung des Platinmoors läßt sich thermometrisch oder noch besser mit Hilfe von Thermoelementen nachweisen. Ist beispielsweise die eine Lötstelle

eines Thermoelementes mit einer Platinmoorpille umgeben, über die verdächtige Grubenluft in langsamem Strom hinweggeführt wird, so wird sich die Platinmoorpille beim Vorhandensein von Methan in der Luft erwärmen. Hierdurch wird in dem Thermoelement ein elektrischer Strom erzeugt, der den Zeiger eines feinen Meßapparates zum Ausschlag bringt. Da die Erwärmung der Platinmoorpille von der vorhandenen Menge an Methan im Luftstrom abhängig ist, so ist der Ausschlag des Instrumentzeigers offenbar ein Maß für die prozentuale Beimengung von Methan in der Grubenluft. Um der dauernden Beobachtung des Meßinstrumentes überhoben zu sein, läßt sich dann die Einrichtung so treffen, daß bei einer bestimmten Stellung des Instrumentzeigers ein Klingelwecker oder dergleichen in Tätigkeit gesetzt wird. An Stelle von Thermoelementen können andere Vorrichtungen benutzt werden, die die Erwärmung des Platinmoors anzeigen, so unter anderen Platinwiderstandsspiralen, die von einem schwachen elektrischen Strom durchflossen werden. Da sich der Widerstand der Platindrahtspirale mit der Erwärmung stark ändert, diese Widerstandsänderung aber gemessen respektive automatisch registriert werden kann, so ist auch auf diesem Weg leicht eine Kontrolle möglich.

Eine zweite Serie von Apparaten beruht auf der Diffusion der Gase. Bringt man beispielsweise ein mit Luft gefülltes Gefäß aus porösem Ton in eine Atmosphäre von Grubengas, so dringt das spezifisch leichtere Methan mit ziemlicher Vehemenz in das geschlossene Gefäß ein und bringt dort eine Drucksteigerung hervor, die manometrisch gemessen, und die auch zur Auslösung akustischer Zeichen benutzt werden kann.

Bei einer dritten Serie von Apparaten wird die chemische Zersetzung des Methans durch einen Induktionsfunken oder eine glühende Spirale, wenn Luft im Überschuß vorhanden ist, zum Nachweis der Schlagwetter benutzt. Hierzu wird Grubenluft in ein mit Natron- oder Kalilauge abgesperrtes Gefäß eingesaugt. Ist ein bestimmtes Volumen Grubenluft in dem Gefäß eingeschlossen, und wird dann innerhalb des Gefäßes der Induktionsfunken oder die Heizspirale in Tätigkeit gesetzt, so zersetzt sich vorhandenes Methan in Kohlensäure und Wasser. Die Kohlensäure wird von der Lauge absorbiert, der

Wasserdampf verdichtet sich, und das in dem Gefäß eingeschlossene Gasvolumen vermindert sich, indem die Sperrflüssigkeit in dem Gefäß in die Höhe steigt. Diese Volumenänderung des eingeschlossenen Gases respektive das Aufsteigen der Sperrflüssigkeit in dem Gefäß kann gleichfalls zur Auslösung akustischer Signale oder dergleichen benutzt werden.

× Taucheraus- Die übliche Taucheraus-
rüstung stung besteht aus einem

wasser- und luftdichten, gummierten Anzug und einem Hals und Kopf umgebenden Metallhelm mit starken Glasfenstern, der luftdicht an den Anzug angeschlossen wird. Der erforderliche Luftbedarf wird dem Taucher vermittelt starkwandiger Schläuche von einer Luftpumpe aus zugeführt, und ebenso wird die verbrauchte Luft durch Schläuche abgesaugt. Da der Taucher mit einer starken Leine herabgelassen wird, und da er außerdem noch mit einer Notleine respektive einem Telefonkabel ausgerüstet ist, so steht er im allgemeinen durch 4 hängende Seile oder Schläuche mit der Außenwelt in Verbindung. Die seiner persönlichen Sicherheit dienenden Verbindungen können für den Taucher aber leicht verhängnisvoll werden, wenn sie sich beim Herablassen oder während der Arbeit verwirren. Überdies sind diese 4 Leitungen bei der Taucherarbeit recht hinderlich. Es wird deshalb neuerdings versucht die Taucherausrüstung durch Beseitigung der Schlauchleitungen zu vereinfachen. Zu diesem Zweck wird die Kohlensäure der ausgeatmeten Luft auf chemischem Weg beseitigt, wozu sich Kalium- oder Natriumhydroxyd besonders eignen, während die Atmungsluft dem Taucher in komprimiertem Zustand mitgegeben wird. Als Atmungsluft dient ein Gemisch von Sauerstoff und Stickstoff, und zwar wird die Stickstoffmenge vermehrt je größer die Tauchtiefe ist. Reiner, komprimierter Sauerstoff ist nämlich direkt giftig, und bei einem Überdruck von 2 Atmosphären tritt schon nach $\frac{1}{4}$ Stunden eine schädigende Wirkung des reinen Sauerstoffs ein. Taucher müssen aber häufig in größerer Tiefe als 20 Meter unter der Wasseroberfläche arbeiten, und sie müssen auch länger als 1 Stunde unter Wasser verweilen können. Bei einer Tauchtiefe von 50 bis 60 Meter wird deshalb als Atmungsluft ein Gemisch von 30 Teilen Sauerstoff und 70 Teilen

Stickstoff in Stahlflaschen gefüllt, die dem Taucher mitgegeben werden. Die verdichtete Atmungsluft gelangt aus einem Reduzierventil aus den Flaschen in den Taucherhelm, und zwar stellt sich das Reduzierventil selbsttätig auf den herrschenden Wasserdruck ein, so daß der Taucheranzug immer gleichmäßig gefüllt bleibt, und der Taucher frei atmen kann. Die Flaschen haben einen Inhalt von zirka 20 Liter. Der Vorrat reicht bei einer Füllung von 130 Atmosphären Druck und einer Arbeitstiefe von zirka 30 Meter etwa 130 Minuten. An einem Manometer an der Brust des Anzugs kann der Taucher jederzeit ablesen, wie lange der Vorrat noch reicht. Der Druck, mit dem die Atmungsluft aus den Flaschen auströmt, wird in sinnreicher Weise noch dazu benutzt die verbrauchte Luft aus dem mit resorbierenden Mitteln gefüllten Regenerator abzufüllen, indem das ausströmende Gas durch Injektorwirkung die ausgeatmete Luft aus dem obern Helmteil absaugt, sie durch den Regenerator drückt und sie wieder vor dem Mund ausbläst.

× **Kurze Chronik** Von der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften ist in Mühlheim an der Ruhr ein Institut für Kohlenforschung errichtet worden. × Eine Signal- und Fernsprechverbindung mit fahrenden Eisenbahnzügen ist auf einer Eisenbahnlinie in Stradford am Avon geschaffen worden, die es gestattet Ferngespräche von und nach dem Zug zu führen, und die es gleichzeitig ermöglicht vom Zug aus den Signalwärter anzurufen und umgekehrt. Für die Sicherung des Eisenbahnverkehrs wäre die allgemeine Einführung derartiger Anlagen von der denkbar größten Bedeutung.

× **Literatur** Bei Dietz in Stuttgart erscheint seit kurzem eine Serie *Die Technik in der Urzeit*; sie ist von Hannah Lewin-Dorsch begonnen und von Heinrich Cunow fortgesetzt. Bisher sind 3 Bändchen ausgegeben worden. Das 1. Bändchen behandelt das Feuer und den Wohnungsbau, das 2. die Nahrungsbeschaffung und Ernährung, das 3. die Entatehung des Wassers, den Körperschmuck und die Technik der Bekleidung. Die sehr gute ethnologische Arbeit würde noch gewinnen, wenn man die Abbildungen etwas besser gestaltete.

Verkehr / Felix Linke

Elektrische Vollbahnen Der Betrieb mit Wechselstrom von 15 000 Volt Spannung und 16 $\frac{2}{3}$ Periode in jeder Sekunde der Strecke Bitterfeld-Dessau wird jetzt auf die Strecken nach Magdeburg, Leipzig und Halle ausgedehnt werden. 3 Nebenwerke sind in Wahren, Marke und Gommern errichtet, die je 3 bis 4 Transformatoren von je 1500 Kilowatt enthalten und eine doppelgleisige Fahrdrastrecke von 50 Kilometer speisen. Das Hauptwerk Muldenstein erhält 16 neue Steilrohrkessel von je 300 Quadratmeter Heizfläche und 4 3300 Kilowatt-Turbodynamos der Siemens-Schuckert-Werke, der *Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft* und der Maffei-Schwarzkopff-Werke. Die hie und da in den Nebenwerken aufgestellten Transformatoren stammen von den Bergmannwerken. Je 4 Kessel, 1 Turbodynamo und die zugehörigen Transformatoren und Schalteinrichtungen bilden eine selbständige Kraftwerkgruppe. Das Schalthaus wird vom Maschinenhaus getrennt errichtet. Die Fahrleitung wird umgebaut. Für die Betriebe der preussischen Staatsbahnen sind 72 Lokomotiven bestellt worden. Bei den Schnellzuglokomotiven kommen 3 neben einander liegende angetriebene Achsen zur Anwendung, während vor und hinter ihnen je eine nicht angetriebene liegt, für Personen- und Güterzuglokomotiven solche, bei denen 2 Motoren je 2 Achsen antreiben, während nicht angetriebene Achsen gar nicht vorhanden sind.

× **Berliner Stadtbahn** Auf Grund einer umfangreichen Drucksache, die dem preussischen Abgeordnetenhaus zugegangen ist, arbeitet jetzt die Kommission an der Frage der Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn. Die Dampflokomotivenfabriken setzen natürlich alles daran den Dampfbetrieb zu retten und die großen Aufträge, die ständig für den Dampfbetrieb der Stadtbahn flossen, sich auch weiterhin zu erhalten. Es sind daher mannigfache Vorschläge aufgetaucht, die sich namentlich mit neuen Konstruktionen von Dampflokomotiven beschäftigen. Alle aber ergeben bei einer vergleichenden Prüfung, daß sie nicht geeignet sind die Konkurrenz mit dem elektrischen Betrieb auszuhalten, und zwar weder betrieblich noch wirtschaftlich. Das ist ja auch ganz klar, wenn man daran denkt, wie unsinnig es ist die schweren Loko-

motiven (und alles läuft auf große, schwere Lokomotiven hinaus) mit herumschleppen, während man bei elektrischem Betrieb die ganze Arbeitserzeugung in ein fest stehendes Werk verlegen kann. Die Lokomotivfirma Henschel & Son in Kassel möchte am liebsten 2000pferdige Lokomotiven auf die Schienen setzen. Ganz abgesehen davon, daß es höchst beschwerlich ist diese Ungetüme immer über die Schienen zu schleifen, abgesehen weiter davon, daß der Oberbau ganz erheblich verstärkt werden müßte, und dieser wie auch die Triebfahrzeuge große Abnutzung zeigen würde, ist es ganz selbstverständlich, daß es vorteilhafter und wirtschaftlicher sein muß, wenn man das Kraftwerk festsetzt und nur verhältnismäßig leichte Gefährte über die Schienen laufen läßt. Zudem ist die Ausnutzung des Brennstoffs in ortsfesten Dampfmaschinen eine mehrfach günstigere als in Lokomotiven. Diese können bei so großen Abmessungen überhaupt nur den besten Brennstoff benutzen, und der ist sehr teuer. So kommt es, daß die Lokomotivfeuerung allein 3 mal höhere Kosten verursacht als die im Zentralkraftwerk. Es ist aber ferner nicht möglich mittels Dampflokomotiven eine so hohe Zugdichte zu erreichen wie mit elektrisch angetriebenen Zügen, man kann auch die Zuggröße nicht in dem Maß variieren und damit den Anforderungen so elastisch folgen wie bei elektrischem Antrieb. So drängt alles auf die Elektrifizierung hin.

Nun spielt aber bei der ganzen Frage der Benutzung der Stadtbahn auch das Publikum eine große Rolle. Ist die Benutzung so wohlfeil wie bisher, dann ist diese Bahn ein geradezu ideales Beförderungsmittel. Wird sie aber teurer, so wird die Bevölkerung empfindlich getroffen. Denn die Wohnpolitik Hunderttausender beruht ja zum großen Teil auf der Stadtbahn und ihren Tarifen. Die Regierung aber glaubt die Fahrpreise erhöhen zu müssen. Die natürliche Folge wird eine Abwanderung der Passagiere sein, die sich mehr der Straßenbahn und den Omnibussen wenden müssen. (Die Hoch- und Untergrundbahn kommt als Konkurrentin nicht in Betracht, da ihre Tarife ohnehin höher sind.) Es gibt aber Fachleute, die behaupten, daß eine Elektrifizierung auch möglich ist, ohne daß eine Fahrpreiserhöhung einzutreten braucht. So hat der Verkehrstechniker Geheimrat W. A. Schulze nachgerechnet, worauf eigent-

lich die schlechten Betriebsergebnisse der Stadtbahn zurückzuführen sind. Er findet zunächst, daß die von der Staatseisenbahnverwaltung bekannt gegebenen Zahlen zur Beurteilung der Betriebsergebnisse durchaus unzureichend sind. So werden die Einnahmen aus den Arbeiterwochenkarten, die einen sehr großen Anteil ausmachen, nicht angegeben. Aus anderen Zahlen der Betriebsergebnisse der preußisch-hessischen Eisenbahnverwaltung lassen sie sich aber annähernd schätzen und ergeben dann eine Summe, die die Behauptung von der Unrentabilität der Stadtbahn sehr in Zweifel stellt. Die Arbeiterwochenkarten entfallen ausschließlich auf die 3. Wagenklasse, so daß die Betriebsergebnisse dieser Wagenklasse durch sie eine erhebliche Veränderung erfahren, wenn man die Arbeiterwochenkarten nicht mit einbezieht. Reduziert man nun die geleisteten Personenkilometer, so ergibt sich, daß im Stadt-, Ring- und Vorortverkehr die Wagen 2. Klasse im allgemeinen nur halb so gut ausgenutzt werden können wie die Wagen der 3. Klasse, und daß von jedem Wagen 3. Klasse rund $2\frac{1}{2}$ mal mehr Personenkilometer geleistet und rund $1\frac{1}{4}$ mal mehr Personengeld eingebracht worden sind wie von den Wagen 2. Klasse und mithin der Betriebszuschuß von 2 Millionen Mark jährlich lediglich auf die Wagen der 2. Klasse wird in Anrechnung gebracht werden dürfen. Schulze sagt daher: »Es ist hiernach nun gar nicht zu erwarten, daß wesentlich bessere Ertragsverhältnisse durch Erhöhung der Personentfahrpreise 2. Klasse zu erreichen sein werden, da diese Preissteigerung nur ein weiteres Abwandern des Verkehrs aus der 2. in die 3. Klasse zur Folge haben und die 2. Klasse nur noch um so weniger einträglich machen würde. Und eine Erhöhung der Fahrpreise 3. Klasse erscheint nicht nur ganz unbillig, weil diese Preise für sich allein betrachtet die jetzige Unrentabilität des Verkehrs nicht hervorgerufen haben können, sondern auch wenig zweckmäßig, weil sie den Verkehr von der Staatsbahn zum Teil auf die Wettbewerbsgesellschaften, soweit diese den Verkehr gleich schnell und etwas billiger vermitteln können, ablenken würde. Eine wesentliche Verbesserung der Ertragsverhältnisse des Stadt- und Vorortverkehrs erscheint vielmehr nur erreichbar, wenn die Zahl der in die Züge einzustellenden Wagen 2. Klasse genauer dem Verkehrsumfang

und in jedem Personenzug nur 2 oder höchstens 3 Wagen 2. Klasse befördert werden, und wenn, um eine gleichmäßigere Besetzung aller Klassen zu ermöglichen, zugleich auch die Wagen und Wagenabteile beider Klassen für Raucher auf eine viel geringere Anzahl als jetzt verkehren würden beschränkt werden können. Eine willkommene Gelegenheit zu solchen Beschränkungen in der Einstellung von Personenwagen in die Züge wird voraussichtlich auch die Einführung der elektrischen Zugbeförderung gewähren, da die Züge nicht immer mit der Höchstzahl von 12 oder 13 Personenwagen zusammenzustellen sein werden sondern in den Tagesstunden mit schwächerem Verkehr auch leicht Züge von 6, 8 oder 10 Wagen sollen zusammengestellt werden können.»

Ich meine, daß bei der Gelegenheit nicht halbe Arbeit gemacht werden sollte. Die Hoch- und Untergrundbahn hat ein Rauchverbot erlassen und damit die Zahl der zu unterscheidenden Wagen-Gruppen auf die Hälfte beschränkt. Dabei hat sie jedoch eine wesentliche Vereinfachung erreicht. Das würde sich auch auf der Stadtbahn machen lassen, ja sogar noch mehr, wenn man zugleich auch die Klassenunterschiede aufhobe. Die anderen Verkehrsmittel Berlins mit Ausnahme der Hoch- und Untergrundbahn haben nur eine Klasse, und das Publikum kommt damit aus. Warum soll das nicht auch auf der Stadtbahn möglich sein? Die Frage der mangelnden Rentabilität wäre damit auf einmal aus der Welt geschafft.

×
Donau-Nord-see-Kanal Ein Riesenkanalprojekt beschäftigt neuerdings die Industrie- und Handelskreise Bayerns, nämlich die Schiffbar-machung der Werra und die Durchführung eines großen Kanals von der Werra bis Bamberg. Da Bamberg durch den Ludwigskanal Anschluß an die Donau hat, so würde durch die neue Wasserstraße die Wasserscheide zwischen der Nordsee und dem Schwarzen Meer überbrückt sein. Auf der Weser können Lastschiffe von 500 bis 600 Tonnen stromaufwärts bis Hannoversch Münden gelangen. Dort schließt die Werra an, aber auf ihr können nur noch kleinere Fahrzeuge verkehren. Diese nun für die genannten größeren Lastschiffe fahrbar zu machen beabsichtigt ein Projekt Contags. Danach würde sich die Werra auf eine Strecke von 200 Kilometer bis oberhalb Meiningen für die Groß-

schiffahrt herrichten lassen. Von da an jedoch muß auf die Weiterbenutzung der Werra verzichtet und ein besonderer Kanal von etwa 87 Kilometer Länge gebaut werden. Der Kanal würde bei Salzungen beginnen und die Orte Wausungen, Meiningen, Römhild, Heldburg und Seßlach berühren und bei Bamberg in den Main münden. Das Gebirge (die Rhön) bietet mit seiner tiefsten Einsattlung zwischen Meiningen und Römhild bei 370 Meter über dem Meer die Wasserscheide. Man gedachte zuerst eine 10 Kilometer lange Scheitelhaltung bei 358 Meter Höhe anzubringen und die ganze Höhe mit Hilfe von 6 Schiffshebewerken zu überwinden. Neuere Untersuchungen und Studien aber haben dargelegt, daß ein 9 Kilometer langer Tunnel die Scheitelhaltung bis auf 310 Meter absenken könnte, so daß der Scheitel 36 Kilometer lang würde und 5 Hebewerke erspart werden könnten. Die Kosten dieses Projekts würden allerdings sehr groß sein. Die Kanalisierung der Werra ist auf 50 Millionen Mark veranschlagt, der 87 Kilometer lange Kanal wegen der riesigen Tunnelkosten (30 Millionen Mark) auf 75 Millionen Mark. Immerhin würde es für die ganze Industrie und auch für die Landwirtschaft von größter Wichtigkeit sein den Kanal zu bauen. Leider werden sich die Einzelstaaten darauf wegen der großen Kosten nicht einlassen; und wenn das Reich nicht einen erheblichen Teil der Kosten zuschießt, dürfte aus dem Projekt kaum etwas werden, so ersprießlich es sowohl im Interesse der Kultur des Landes wie auch für die nationale Wirtschaft sein würde.

×
Kanada: Wasserstraßen Die Wasserstraßen haben neben dem Eisenbahnnetz für den Binnenverkehr Kanadas die größte Wichtigkeit. Unter ihnen ist der Lorenzstrom die Hauptschlagader des pulsierenden Wirtschaftslebens. Im ganzen ist die durch ihn festgelegte Strecke von Belle Isle an der Küste von Labrador bis Duluth an der westlichsten Spitze des Obern Sees nicht weniger als 3770 Kilometer lang, entspricht also der Luftlinie Lissabon-Moskau oder Nordkap-Straße von Messina. Von der Wasserstraße im kanadisch-amerikanischen Grenzgebiet ist die 1586 Kilometer lange Strecke Belle Isle-Montreal für Seedampfer befahrbar. Der gesamte Höhenunterschied zwischen dem Meer und dem Spiegel des Obern Sees beträgt 182 Meter; 48 Schleusen ver-

mitteln den Übergang zum Meer. Die geringste Tiefe des Fahrwassers beträgt oberhalb Montreals nicht weniger als 4,3 Meter. Zwischen Montreal und dem Eriesee dürfen Schiffe mit einer Länge von höchstens 68,6 Meter verkehren. An der kanadischen Küste des Oberrn Sees münden in Port Arthur und bei Fort William eine Reihe von Eisenbahnen. Die *Canadian Pacific Railway* vermittelt die Verbindung nach Osten und Westen, außerdem ist bei Fort William noch der Endpunkt der Nordbahn und der *Grand Trunk Pacific*. Montreal ist mit New York durch den 660 Kilometer langen Richelieufluß verbunden, der bei Sorel in den Lorenzstrom mündet. An den eigentlichen kanadischen Wasserstraßen zwischen dem Ontariosee und dem Huronsee arbeitet Kanada kräftig und baut sie aus. Daß das einem großen Bedürfnis entspricht, beweist die Verkehrsentwicklung. In den letzten 10 Jahren ist der Güterverkehr der auf den verschiedenen Kanälen beförderten Güter von 5 665 000 Tonnen im Jahr 1901 auf 42 990 000 im Jahr 1910 gestiegen, hat sich also fast in jedem Jahr verdoppelt.

× **Kurze Chronik** Die Stadt Köln plant neue große Verkehrsanlagen. Eine der Stadtverordnetenversammlung zugegangene Vorlage sieht die Schaffung eines Industrie- und Handelshafens vor. Weiterhin soll eine Gürtelbahn gebaut werden, die das linksrheinische Köln umschließt. Die erforderlichen Mittel betragen 8 600 000 Mark, von denen zunächst 3 000 000 Mark bereit gestellt werden sollen. × Die Vorarbeiten zum Bau einer festen Rheinbrücke zwischen Neuwied und Weißenthurm, unterhalb Koblenz, sind erledigt. Man gedenkt die Brücke bereits 1914 fertig zu haben. × Die Bürgerschaft Lübeck's hat die Kosten und die Lastanteile der Hergabe des auf lübeckischem Gebiet zum Bau einer Eisenbahn von Travemünde nach der oldenburgischen Ostseestadt Niendorf erforderlichen Baugeländes genehmigt, wodurch der Bau einer Eisenbahngesellschaft ist. × Der Hafen von Havana, der nach Fertigstellung des Panamakanals an Bedeutung erheblich zunehmen wird, soll ausgebaut und vergrößert werden. Zunächst werden 4 neue Landungsstege, die zu den bisherigen Ufermauern senkrecht stehen, angelegt.

Literatur Eine umfassende Darstellung der Geschichte und Entwicklung der ostindischen Eisenbahnen gibt Dr. Ernst Schulz (*Die ostindischen Eisenbahnen* /Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht/). Nach einer Einleitung, in der er uns über die Verkehrsverhältnisse unterrichtet, die zur Zeit der *Ostindischen Kompanie* herrschten, zeigt er die Entwicklung der Eisenbahnen auf, wie sie von dem Garantiesystem zum Staatsbahnsystem und schließlich zu einem gemischten System von Staats- und Privatbahnen führte. Zur Zeit des Garantiesystems wurden den Aktiengesellschaften durch die *Ostindische Kompanie* und, nachdem durch Gesetz vom 2. August 1858 die Verwaltung Indiens auf die englische Krone übertragen worden war, durch die Regierung gewisse Zinsgarantien für die mit ihrer Genehmigung für den Eisenbahnbau ausgegebenen Kapitalien gewährt. Das direkte pekuniäre Interesse, das dadurch die Kompanie und dann die Regierung an dem Bau und Betrieb der einzelnen Linien hatte, machte eine gewisse Kontrolle notwendig, die in den Kontrakten mit den verschiedenen Gesellschaften vorgesehen war. Ferner wurde auch das für die Eisenbahnstrecken und die damit zusammenhängenden Anlagen benötigte Land den Gesellschaften kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Verfasser schildert eingehend, welche Bedingungen die Verträge enthielten, welche Kontrollen vorgesehen waren, welche ungeheuren Schwierigkeiten beim Bahnbau zu überwinden waren, da alles Baumaterial aus England herangeschafft werden mußte, er berichtet über die Kosten, die Entwicklung, ihre Unterbrechung durch den Aufstand von 1857 usw. 1869 ging die Regierung dazu über den weiteren Ausbau des Eisenbahnnetzes in Indien direkt durch den Staat vorzunehmen. Es ist sehr interessant zu verfolgen, welche Pläne in Aussicht genommen und welche ausgeführt wurden, wie die große Hungersnot von 1876 und 1877, bei der 4 Millionen Menschen Hungers starben, auf die englische Eisenbahnpolitik Einfluß nahmen usw. Das Buch berichtet sehr eingehend, wobei eine große Menge geo-, ethnographischen und wirtschaftlichen Materials verarbeitet ist. Weitere Kapitel beschäftigen sich mit den Spurweiten und dem Tarifwesen dieser Bahnen.